

AUFBRUCH UND ABGRÜNDE



Nadine Rossol / Benjamin Ziemann (Hrsg.)

DAS HANDBUCH DER WEIMARER REPUBLIK



Nadine Rossol / Benjamin Ziemann

Aufbruch und Abgründe

Nadine Rossol / Benjamin Ziemann (Hg.)

Aufbruch und Abgründe

Das Handbuch der Weimarer Republik

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

wbg Academic ist ein Imprint der wbg.

© 2021 by wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt)

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Satz und Herstellung: Arnold & Domnick, Leipzig

Redaktion: Ute Maack, Hamburg

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Europe

Besuchen Sie uns im Internet: www.wbg-wissenverbindet.de

ISBN 978-3-534-27375-1

Elektronisch sind folgende Ausgaben erhältlich:

eBook (PDF): 978-3-534-74696-5

eBook (epub): 978-3-534-74697-2

Inhaltsverzeichnis

	Vorwort	7
<i>Nadine Rossol und Benjamin Ziemann</i>	Einleitung	9

Teil I Perioden der Weimarer Republik

<i>Christopher Dillon</i>	Die deutsche Revolution 1918/19	41
<i>Martin H. Geyer</i>	Die Zeit der Inflation 1919–1923	66
<i>Matthew Stibbe</i>	Koalitionsbildung und politische Fragmentierung 1924–1930 ..	93
<i>Larry Eugene Jones</i>	Von der Demokratie zur Diktatur: Das Ende der Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus	120

Teil II Rahmenbedingungen der Politik

<i>Peter C. Caldwell</i>	Die Weimarer Verfassung	145
<i>Erin R. Hochman</i>	Nationalismus und nationale Zugehörigkeit	170
<i>Thomas Mergel</i>	Wahlen, Wahlkämpfe und Demokratie	198
<i>Siegfried Weichlein</i>	Föderalismus, Regionalismus und die Konstruktion von Räumen	226
<i>Benjamin Ziemann</i>	Die Reichswehr und die Politik der Aufrüstung	251
<i>Jonathan Wright</i>	Die Außenpolitik der Weimarer Republik. Das Dilemma eines revisionistischen Staates	280
<i>Nadine Rossol</i>	Republikanische Gruppen, Ideen und Identitäten	309
<i>Karl Christian Führer</i>	Die Sozialpolitik der Weimarer Republik	338

Teil III Parteien und Parteimilieus

<i>Philipp Müller</i>	Liberalismus	367
<i>Joachim C. Häberlen</i>	Sozialdemokraten und Kommunisten in der Weimarer Republik: Eine gesplante Arbeiterbewegung	390
<i>Shelley Baranowski</i>	Zentrumspartei, Konservative und Radikale Rechte	417
<i>Daniel Siemens</i>	Nationalsozialismus	441
<i>Susanne Wein und Martin Ulmer</i>	Antisemitismus in der Weimarer Republik	465

Teil IV Gesellschaft und Wirtschaft

<i>Jan-Otmar Hesse und Christian Marx</i>	Die überforderte Wirtschaft: Industrie und Dienstleistungssektor	489
<i>Moritz Föllmer</i>	Die bürgerlichen Mittelschichten	516
<i>Pamela E. Swett</i>	Die industrielle Arbeiterschaft	538
<i>Benjamin Ziemann</i>	Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft	567
<i>Ute Planert</i>	Körper, Sexualität und Geschlechterordnung in der Weimarer Republik	595
<i>Mary Nolan</i>	Transnationale Visionen der Moderne: Amerika und die Sowjetunion	619
<i>Sharon Gillerman (†)</i>	Deutsche Juden in der Weimarer Republik	647
<i>Barbara Stambolis</i>	Jugend und Jugendbewegungen: Erfahrungen und Deutungen	677

Teil V Kultur

<i>Jochen Hung</i>	Massenkulturen	699
<i>Helmuth Kiesel</i>	Deutsche Literatur 1918–1933	722
<i>Beate Störckuhl</i>	Architektur, Stadtplanung und Massenwohnungsbau: Herausforderungen, Visionen und Lösungsansätze	750
<i>Todd H. Weir und Udi Greenberg</i>	Religiöse Kulturen und Konfessionspolitik	774
<i>Lutz Raphael</i>	Geistes- und Sozialwissenschaften	801
<i>Kerry Wallach</i>	Das visuelle Weimar. Die Ikonografie sozialer und politischer Identitäten	822
<i>Claudia Siebrecht</i>	Die Präsenz des Ersten Weltkrieges in der Kultur der Weimarer Republik	848

Anhang

Danksagung	879
Abkürzungsverzeichnis	880
Karten- und Tabellenverzeichnis	883
Bildnachweis	884
Bibliografie	885
Ortsregister	979
Personenregister	981
Autorinnen und Autoren	990

Vorwort

Mehr als 100 Jahre nach ihrer Gründung geht von der Weimarer Republik immer noch eine große Faszination aus. Das ist kaum verwunderlich. In der verhältnismäßig kurzen Zeitspanne von 1918 bis 1933 verdichteten sich hier in aller Schärfe die Aufbrüche und Abgründe der deutschen und europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Diese Epoche hat einprägsame Bilder geschaffen, die uns ansprechen und berühren. Die Weimarer Republik ist uns auch heute noch nahe, weil sie moderner und damit näher an unseren eigenen Lebenswelten erscheint als andere Epochen wie das Kaiserreich, aber auch die 1950er Jahre der Adenauerzeit. Zugleich ist „Weimar“ eine Chiffre für die Gefährdungen der Demokratie, die von populistischen Bewegungen und Parteien ausgehen.

Wir teilen dieses Interesse an der Weimarer Republik, sehen aber die Notwendigkeit, historisch interessierten Leserinnen und Lesern ein komplexeres Bild dieser Zeit zu vermitteln. Weimar war viel mehr als das ekstatische Nachtleben, das in „Babylon Berlin“ stilisiert wird, als bedrohlich wirkende Naziaufmärsche, funktionale Bauhaus-Architektur oder modische Bubikopf-Frisuren. Gerade um die Widersprüche der ersten deutschen Demokratie zu verstehen, müssen wir über die bekannten Klischees und Formeln hinausgehen. Trotz des großen Interesses an der Weimarer Republik sowie zahlreichen Büchern und Sammelbänden zu wichtigen Spezialthemen fehlt bisher ein aktuelles und thematisch breit aufgestelltes Überblickswerk. Diese Lücke füllt unser Handbuch mit einer umfassenden Themenpalette, zu der neben klassischen Feldern wie Wirtschaft, Außenpolitik und den politischen Parteien auch Aspekte gehören, die nicht zur „Großen Politik“ zählten. Unser Handbuch lädt dazu ein, sich auf oft vergessene, aber wichtige Themen einzulassen, die nur scheinbar am Rande liegen. Dazu gehören beispielsweise die ländliche Gesellschaft und religiöse Lebenswelten, die Massen- und Jugendkultur, die Sozialstruktur und Kultur der jüdischen Deutschen und die transnationalen Aspekte der Modernität Weimars.

Unser Handbuch erlaubt es den Leserinnen und Lesern, ihren Interessen zu folgen und jeweils in sich abgeschlossene Kapitel auszuwählen. Das Handbuch richtet sich an jene, die eine breite Palette von Themen in klar strukturierter und kompakter Form erkunden wollen. Zugleich soll es als zuverlässiges, innovatives und breit aufgestelltes Referenzwerk dienen, das im universitären Unterricht, in der Weiterbildung, im schulischen Alltag und für die Arbeit in Gedenkstätten, Medien und Archiven benutzt werden kann.

Das Handbuch bringt ein internationales und interdisziplinäres Autorenteam zusammen. Historiker, Germanisten, Judaisten und Kulturwissenschaftler aus Deutschland und der Schweiz, den Niederlanden, Großbritannien, Kanada und den USA, jeweils international führende Expertinnen und Experten auf ihrem Gebiet, bieten in konzisen Beiträgen eine reflektierte Zusammenfassung ihres Themas. Der internationale Blick,

der auch von jeweils unterschiedlichen nationalen Forschungstraditionen geprägt ist, eröffnet neue Perspektiven auf ein nur scheinbar gut bekanntes Thema. In den letzten 20 Jahren haben gerade Historikerinnen und Historiker aus den USA und Großbritannien der Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik entscheidende Impulse verliehen, andere Fragen gestellt und damit einen neuen Zugang zu vielen Themenfeldern eröffnet.

Unser Handbuch will Wissen bündeln, zusammenfassen und zugänglich machen. Dafür orientieren sich die Autorinnen und Autoren dieses Handbuchs an den aktuellen Forschungsperspektiven zur Weimarer Republik, die sie oft selbst mitgeprägt haben. Wir sehen es nicht als die Aufgabe dieses Handbuchs an, eine neue, übergreifende Deutung der Weimarer Republik und ihres Untergangs vorzulegen. Uns kommt es vielmehr darauf an zu zeigen, dass die Geschichte der Weimarer Republik in vielen Kontinuitätslinien steht, von denen keineswegs alle auf 1933 hinführen. Zugleich wünschen wir uns, dass dieses Handbuch dazu beiträgt, die Widersprüche der Weimarer Zeit und die Lebenswelten der Weimarer Zeitgenossen verständlicher zu machen. Das Erleben dramatischer Aufbrüche gehörte genauso zu den Erfahrungswelten der Bürgerinnen und Bürger der Weimarer Republik wie langfristige Kontinuitätslinien und kurzfristige Entwicklungen, die Deutschland in den Zivilisationsbruch der NS-Diktatur führten.

Nadine Rossol und Benjamin Ziemann

Einleitung

Nadine Rossol und Benjamin Ziemann

Der Epochenbegriff Weimarer Republik ruft viele schillernde und letztlich widersprüchliche Vorstellungen auf. Weimar steht für Innovationen in allen Bereichen von Kunst und Kultur, von Bertolt Brechts epischem Theater über die funktionalistische Architektur des Bauhauses bis hin zu den Fotomontagen von Hannah Höch. Mit Weimar verbinden wir eine Gesellschaft auf der Suche nach neuen Lebensformen, die Sehnsucht nach Gemeinschaft in der Jugendbewegung wie die Um- und Aufbrüche im Geschlechterverhältnis und die Erprobung neuer Geschlechterrollen. Zugleich war die Weimarer Republik ein Ort der radikalen Erweiterung von Partizipationsrechten: Das allgemeine Männerwahlrecht wurde durch die Herabsetzung des Mindestalters erweitert, und mit der Einführung des Frauenwahlrechts – ein Vierteljahrhundert früher als in Frankreich 1944 und ohne gravierende Einschränkungen, wie sie in Großbritannien bis 1928 galten – stand Deutschland an der Spitze des emanzipatorischen Fortschritts in Europa. Die Weimarer Reichsverfassung kodifizierte zudem die Grundlagen eines Wohlfahrtsstaates, der mehr versprach als nur die Reparatur sozialer Risiken.

Doch die Weimarer Republik erinnert uns auch daran, wie konfliktreich und ambivalent die moderne Gesellschaft und wie zerbrechlich die Demokratie ist. Antisemitische Vorurteile und Hetze gegen die deutschen Juden waren weit verbreitet, populistische Angriffe gegen die parlamentarische Demokratie und ihre Repräsentanten waren an der Tagesordnung. Die Weimarer Republik erlebte die größte Krise der kapitalistischen Wirtschaft im 20. Jahrhundert, deren ökonomische und soziale Folgen Millionen von Menschen zur Verzweiflung trieben. Und es entstand die Nationalsozialistische Partei, die nach bescheidenen Anfängen als eine von vielen rechtsradikalen Gruppen in Bayern nach 1918 zur größten deutschen Partei in den Wahlen des Jahres 1932 heranwuchs. Nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler berufen wurde, zerstörten die Nationalsozialisten umgehend die Reste der Weimarer Demokratie, und die totalitäre Diktatur des „Dritten Reiches“ begann.

Die Weimarer Republik ist somit von zentraler Bedeutung für die deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts. Das Ziel des Handbuchs ist es, auch Lesern ohne Vorkenntnisse kompakte Informationen über alle wichtigen Aspekte der Gesellschaft, Kultur und Politik der Epoche zugänglich zu machen und es ihnen so zu ermöglichen, die Widersprüche dieser Zeit zu verstehen. Geschehnisse in der jüngsten Vergangenheit haben das Interesse an der Weimarer Republik erneut geweckt. 2018 jährte sich ihre Gründung zum 100. Mal. Dieses Jubiläum gab den Anstoß dazu, die erste deutsche Republik als einen Meilenstein für die Entwicklung der demokratischen Kultur zu präsentieren und als Bezugspunkt für eine positive historische Tradition zu deu-

ten. Gleichzeitig hat der Aufstieg rechtsgesinnter populistischer Parteien in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern erneut Besorgnis über die Stabilität der Demokratie ausgelöst. Der Ausdruck „Weimarer Verhältnisse“ dient dabei als Chiffre für die Gefahren, die eine Erosion des Vertrauens in das parlamentarische System nach sich zieht, aber auch für die Verwundbarkeit der demokratischen Regierungsform gegenüber denjenigen, die sie verachten und populistische Ressentiments gegen sie aufwiegen.¹ Wir teilen die weitreichende Besorgnis über die populistische Welle in der gegenwärtigen europäischen Politik und sind uns der Einsichten, die aus dem historischen Vergleich gewonnen werden können, sehr bewusst. Doch wir glauben auch, dass sich das Interesse an Weimar als historischem Referenzpunkt für die gegenwärtigen Schwächen der Demokratie die Waage halten muss mit dem Hauptziel historischer Forschung, nämlich die Spezifik einer vergangenen Epoche zu verstehen und zu erklären.² Was sich so als ein Interesse an der Historisierung beschreiben lässt, bleibt auch ein wichtiges Anliegen für die Zeit der Weimarer Republik.

Welches Bild der Republik von Weimar entsteht, wenn Historiker die Aufgabe der Historisierung ernsthaft angehen? Diese Frage wird weiter unten ausführlich erörtert, aber bereits an dieser Stelle wollen wir einige Anhaltspunkte geben. Die dramatische Gegenüberstellung einer glanzvollen, modernen Avantgardekultur auf der einen Seite und der verhängnisvollen Wirtschaftskrise und des Aufstiegs der Nationalsozialisten auf der anderen Seite sollte aufgegeben werden. Denn sie verdeckt viele andere Facetten der Weimarer Republik, die auch zu dieser Epoche gehören, und zeichnet ein Bild der Kunst und Kultur, das in seiner Betonung der Avantgarde einseitig ist.³ Weimar zu historisieren verlangt auch, den „Erwartungshorizont“ der Zeitgenossen der 1920er und frühen 1930er Jahre zu rekonstruieren. Eine Rückschau, die sich aus dem Wissen um den Ausgang der Epoche im Jahr 1933 speist, bringt Probleme mit sich. Für viele Angehörige des nationalen Lagers erschien der 30. Januar 1933 als die Erfüllung ihrer Träume. Aber die deutsche Geschichte der Jahre 1918 bis 1933 lässt sich nicht auf die Rolle eines Vorspiels des „Dritten Reiches“ reduzieren.⁴ Denn in diesem Fall würden wir die zeitgenössischen Erwartungshaltungen derjenigen vernachlässigen, die im Jahr 1925 oder 1930 in die nächsten fünf oder zehn Jahre blickten und eine Fülle verschiedener möglicher Zukunftsperspektiven für Deutschland imaginierten.⁵ Zugleich erschwert der alleinige Fokus auf 1933 eine Analyse der kollektiven Handlungsspielräume der Zeitgenossen und auf die sich ihnen bietenden Chancen, die Zukunft zu gestalten. Eine Ideengeschichte der zeitgenössischen Zukunftsvisionen in Deutschland 1918 bis 1933 zeigt deren optimistischen Grundton. Dies widerspricht der konventionellen Sicht, das Gemetzel an den Fronten im Ersten Weltkrieg hätte dem optimistischen liberalen Fortschrittsglauben des 19. Jahrhunderts ein Ende bereitet.⁶ Der Glaube an die Fähigkeit, die eigene Zukunft gestalten zu können, war ein zentrales und über das gesamte politische Spektrum, von der Linken bis zur radikalen Rechten, geteiltes Element der intellektuellen Grundausstattung der Weimarer Republik.

Weimar zu historisieren bedeutet auch, verschiedene Kontinuitätslinien der deutschen Geschichte in Betracht zu ziehen. Durch Überlegungen emigrierter Historiker wie Hans Rosenberg angeregt, haben Vertreter der Sozialgeschichte wie Jürgen Kocka und Hans-Ulrich Wehler das Konzept eines deutschen Sonderwegs formuliert. Sie postulieren eine Kontinuitätslinie, die, grob definiert, von der Gründung des deutschen Nationalstaats 1871 bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 reicht. In dieser Deutung stellen die verfassungsmäßige Vormachtstellung des Militärs und der populäre Militarismus im deutschen Kaiserreich, der Mangel an parlamentarischer Kontrolle der Regierung und die soziale Machtposition der semifeudalen Landbesitzer im ostelbischen Preußen vor 1918 zentrale Vorbedingungen für den Übergang zur Diktatur 1933 dar. Anders als in westeuropäischen Nationen wie Frankreich und Großbritannien, so argumentieren die Vertreter der Sonderwegsthese, entwickelte sich in Deutschland keine pluralistische politische Kultur, die dabei geholfen hätte, den faschistischen Angriff auf die Demokratie abzuwehren. In diesem Sinne war der Weg in die Diktatur 1933 überdeterminiert.⁷ Das Konzept des Sonderwegs ist vielfach kritisiert worden, weil es die Fülle möglicher Kontinuitätslinien auf eine einzige reduziert.⁸ Betrachtet man etwa 1918/19 als einen Neuanfang, markiert durch die Einführung des Wahlrechts für Frauen und die Kodifizierung der Weimarer Verfassung, so öffnet sich der Blick für andere Kontinuitätslinien. Aus der Sicht des Jahres 1949, als die Bundesrepublik das Grundgesetz annahm, und mehr noch aus der Perspektive von 1990, als das wieder vereinigte Deutschland die 1949 eingeführte demokratische Ordnung bestätigte, erscheint 1919 als Begründung einer historischen Entwicklung: Zum ersten Mal gab sich ein deutscher Staat eine demokratische Regierungsform. Aus dieser Perspektive ist Weimar ein wichtiger Teil der Vorgeschichte der gegenwärtigen Bundesrepublik.⁹

In diesem einleitenden Kapitel wollen wir unsere Leser in einige wichtige Strömungen und Aspekte der historiografischen Diskussion einführen, die von 1945 bis zur Gegenwart die geschichtswissenschaftliche Debatte über die Weimarer Republik geprägt haben. Wir werden uns mit den wichtigen Studien von Historikern der Bundesrepublik aus der Zeit bis 1990 beschäftigen, die bis heute die Geschichtsschreibung über diese Ära beeinflussen. Dann sprechen wir einige Themen und Fragestellungen an, die seit 1990 zu einer Pluralisierung der Ansätze, Perspektiven und Interpretationen geführt haben. Abschließend erläutern wir den Aufbau dieses Handbuchs und die Auswahl der Themen.

1. Weimar als Krise: Interpretationen von 1950 bis 1990

In der Zeit nach 1945 warf der Untergang der Weimarer Republik einen langen Schatten auf die ersten Versuche, die Geschichte Deutschlands von 1918 bis 1933 zu schreiben. Weite Teile der westdeutschen Öffentlichkeit hegten in den 1950er Jahren noch einen

starken Widerwillen gegen die Rolle der Parteien im parlamentarischen System und die parlamentarische Demokratie insgesamt. In diesem schwierigen politischen Klima waren es renommierte Politikwissenschaftler wie Karl Dietrich Bracher und Kurt Sontheimer, die als Erste die kritische Analyse der Weimarer Republik mit einer eindeutigen normativen Unterstützung für die parlamentarische Demokratie verbanden. In seiner bis heute immer wieder zitierten Studie aus dem Jahr 1955 war Bracher zum einen dem Ansatz der Totalitarismustheorie verpflichtet, mit dem er die zweigleisige Attacke der radikalen Flügelparteien KPD und NSDAP gegen die Republik analysierte. Neben dem antirepublikanischen Geist der Eliten in Justiz, Bürokratie und Reichswehr war Brachers anderes großes Thema der Machtmissbrauch durch die Präsidialregierungen seit 1930 und die verhängnisvolle Wirkung des Artikels 48 der Reichsverfassung, die ihn ermöglicht hatte.¹⁰

Erst als 1956 der Schweizer Journalist Fritz René Allemann die beruhigende Formel „Bonn ist nicht Weimar“ prägte, wurde Weimar als ein negatives Schreckbild etabliert, von dem sich die Errungenschaften der Bonner Republik positiv abhoben.¹¹ In diesem politischen Kontext stellten namhafte Historiker der Bundesrepublik jene grundlegenden Interpretationen bereit, die bis Anfang der 1990er Jahre in hohem Maße den Rahmen für die einschlägige Detailforschung absteckten und die historischen Narrative prägten.¹²

Das wichtigste Anliegen all dieser Studien war es, das Versagen und letztendliche Scheitern des demokratischen Systems zu erklären. Daher überrascht es nicht, dass die Politikgeschichte hier ganz im Mittelpunkt stand und wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte nur ganz knapp skizziert wurden, und auch das vor allem, um politische Entwicklungen zu erklären. Der Politikgeschichte stehen im Allgemeinen verschiedene Ansätze zur Verfügung. Doch in den zentralen Studien zu Weimar dominierte der Blick „von oben“, kamen vor allem die politischen Eliten und die zentralen Institutionen wie das Reichskabinett zur Sprache. In einer 1989 erschienen Zusammenfassung seiner langjährigen Forschungsarbeit stellte Hans Mommsen die „verspielte Freiheit“ ins Zentrum und gab der liberalen bürgerliche Elite die Hauptschuld für den moralischen und politischen Bankrott der Republik.¹³ Mommsen attackierte ebenso die überalterte und „verknöcherte“ Führung der SPD und der mit ihr verbündeten Freien Gewerkschaften, deren Mangel an politischer Flexibilität sie daran gehindert habe, die Demokratie effektiv zu verteidigen.¹⁴ Doch die volle Wucht seiner Kritik richtete Mommsen gegen das Bildungsbürgertum, also jene Schicht, welche die universitär ausgebildeten Professionen der Ärzte, Rechtsanwälte, protestantischen Pfarrer, Gymnasiallehrer und nicht zuletzt die Studenten und Hochschullehrer umfasste. Mommsen identifizierte die Angst vor einem Statusverlust als das zentrale Problem, das diese Gruppe in den 1920er Jahren erschütterte und ihr Selbstvertrauen untergrub, ja sogar zu einer „Auflösung des Bürgertums“ insgesamt führte. Auf jeden Fall gaben die Bildungsbürger ihre traditionell liberale Haltung auf und wandten sich „antiliberalen Einstellungen“ und einem „politi-

schen Irrationalismus“ zu. Dass gerade diejenigen die liberalen Prinzipien im Stich ließen, deren historische Aufgabe es gewesen wäre, sie zu verteidigen, habe den Nationalsozialisten in die Hände gespielt.¹⁵ Mommsen hat auch wegweisende Studien über die Sozialgeschichte der Arbeiterschaft verfasst, und so ist es verwunderlich, dass er dem Bildungsbürgertum, einer sozialen Gruppe, die in den 1920er Jahren weniger als ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachte, eine so fundamental bedeutsame Rolle beim Untergang der Weimarer Republik zuwies.¹⁶

Heinrich August Winkler veröffentlichte 1993 eine weitere wichtige Synthese über die Weimarer Republik. Wie Mommsen stellte auch Winkler die Politik in den Mittelpunkt seiner Deutung. Er sah den mangelnden Spielraum für Kompromisse bei Entscheidungen als das zentrale Problem an, das den Untergang der Demokratie herbeiführte. Winklers Weimar ist, darin der Deutung Mommsens ähnelnd, in erster Linie eine Industriegesellschaft. Also bedurfte es eines Kompromisses zwischen der organisierten Arbeiterschaft und den Interessen der industriellen Unternehmer, um das Regieren unter dem extremen wirtschaftlichen Druck der Zeit zu ermöglichen. Nach einem vielversprechenden Start mit dem sogenannten Stinnes-Legien-Abkommen Ende 1918, einer Übereinkunft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften, wurde der „Klassenkompromiss“ zwischen Unternehmern und Arbeitern allerdings bald brüchig und gegen Ende der 1920er Jahre aufgekündigt. Als im November 1928 die Repräsentanten der Schwerindustrie im Ruhrgebiet eine Viertelmillion Arbeiter einen Monat lang aussperrten, stellten sie die Signale auf Konfrontation und verweigerten jegliche Kompromissbereitschaft. So begann eine Abwärtsspirale, in der zunehmend erbitterte Konflikte die Demokratie lähmten und den Weg in die Diktatur ebneten.¹⁷

Die Bücher von Mommsen und Winkler waren Zusammenfassungen ihrer jahrzehntelangen Forschungen zur Weimarer Politik. Mit dem 1987 veröffentlichten Buch von Detlev J.K. Peukert, der die Weimarer Zeit als „Krisenjahre der klassischen Moderne“ interpretierte, betrat hingegen ein Newcomer das Parkett, dessen innovativer Beitrag zur Deutung der neueren deutschen Geschichte durch seinen frühen Tod 1990, im Alter von nur 39 Jahren, abrupt an ein Ende kam.¹⁸ Da diese Studie bis heute eine Schlüsselrolle für all jene einnimmt, die sich für die Weimarer Republik interessieren, beschäftigten wir uns hier ausführlicher mit ihr. Peukerts Darstellung lieferte als erste ein vielschichtiges Bild von der Gesellschaft und Politik von 1918 bis 1933. Er widmete der Massenkultur, dem Generationskonflikt und technokratischen Elementen des Wohlfahrtsstaates ebenso viel Aufmerksamkeit wie eher traditionellen Themen, etwa dem Einfluss der Hyperinflation und dem Vertrag von Versailles. Peukert verstand Weimar als eine im Kern moderne Gesellschaft, deren viele Krisen weder auf die verbliebene Machtbasis traditioneller, quasifeudaler Eliten wie der preußischen Junker noch auf die ungleiche Modernisierung zurückgeführt werden konnten. Für Peukert waren Weimars Krisen das Ergebnis einer Moderne, die in und für sich durch Risiken und Ambivalenzen geprägt war und deren Instabilität sich aus diesen Ambivalenzen ergab.

Wichtig ist dabei, dass Peukerts Verständnis der Moderne von dem Mommsens und Winklers abweicht. Diese beiden definierten sie in erster Linie als eine industrielle Gesellschaft, in welcher der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital im Zentrum steht. Peukert hingegen knüpfte an den Soziologen Max Weber und dessen 1904/05 publizierte Studie „Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“ an. Im Einklang mit Weber identifizierte Peukert Rationalisierung als die Signatur der Moderne. Weber zufolge basierte Rationalisierung im Kern auf einem Trend zur Optimierung von Handlungen durch ein Zweck-Mittel-Kalkül. Dieses setzte sich zunächst in der Wirtschaft durch, avancierte dann aber zum Strukturprinzip in anderen sozialen Feldern und letztlich zum zentralen Element aller Lebensordnungen der Moderne.¹⁹ Peukert analysierte den Prozess der Rationalisierung in der Gesellschaft der Weimarer Republik in vielen Bereichen. In Bezug auf die industrielle Wirtschaft nahm er den Taylorismus, die Mechanisierung des Arbeitsprozesses und die Einführung der Fließbandproduktion als Versuche in den Blick, die Produktivität zu erhöhen. Im Bereich der Sexualität und des Geschlechterverhältnisses hob er die Verbesserung der Sexualhygiene und die Anwendung von Verhütungsmitteln hervor. In der kulturellen Sphäre akzentuierte Peukert die Bedeutung der „Neuen Sachlichkeit“, die sich um eine neue Form des Realismus bemühte und unter dem Einfluss von Medien wie Film und Fotografie eine objektive Betrachtungsweise in die Kunst einführen wollte. Im Ausbau des Sozialstaats entdeckte Peukert die Spuren eines „social engineering“, bei dem es nicht nur darum ging, soziale Notlagen zu lindern, sondern soziale Segregation zu bekämpfen, indem man den Lebensstil von Menschen aus unteren Sozialschichten rationalisierte.²⁰ Sozialpolitische Maßnahmen waren für Peukert auch ein zentrales Beispiel für die Ambivalenzen und inhärenten Widersprüche einer auf Rationalisierung zielenden Moderne. Nachdem der Wohlfahrtsstaat in den 1920er Jahren massiv ausgebaut worden war, ging es nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise um Kürzungen und Einsparungen. Die instrumentelle Rationalität eines allein an der Abwägung von Kosten und Nutzen orientierten Kalküls führte dazu, bei knappen Mitteln zwischen denen zu selektieren, die Unterstützung verdienten, und denen, die sie nicht verdienten. Für Peukert wurde darin eine fundamentale Ambivalenz der Moderne sichtbar: Die progressive Sozialpolitik der Weimarer Republik bereitete den Boden für die auf eugenischen Ausschlusskriterien basierende Rassenpolitik des „Dritten Reiches“. ²¹ Diese Diagnose der inneren Widersprüche und selbstzerstörerischen Tendenzen der Weimarer Republik führte Peukert zu einer weiteren Schlussfolgerung. Weimar ist nicht nur deshalb relevant, weil die Zerstörung seiner parlamentarischen Demokratie eine Warnung für die Gegenwart ist. Weimar erinnert uns auch an das Gefahrenpotenzial, das die Moderne generell in sich birgt.²²

Peukerts kurze Studie ist immer noch die Messlatte für alle komplexen, auf mehr als nur die politische Dimension zielenden Interpretationen der Geschichte der ersten deutschen Republik. Das heißt allerdings nicht, dass alle seine Argumente schlüssig

sind und sein konzeptioneller Rahmen nicht weiterentwickelt werden könnte. Nur zwei wichtige Kritikpunkte seien hier erwähnt. So haben Historiker darauf hingewiesen, dass ein Großteil der finanziellen Ausgaben für die Sozialpolitik der Weimarer Zeit nicht auf generelle Ambivalenzen der Moderne verweise, sondern diese Kosten eine Hinterlassenschaft des Ersten Weltkriegs waren, in dessen Folge Hunderttausende von Veteranen, Kriegswitwen und -waisen auf staatliche Hilfe angewiesen blieben.²³ Experten zur Geschichte der Sozialpolitik bezweifeln auch, dass eugenische Tendenzen des Sozialstaats vor 1933 wirklich „ein gutes Stück des Weges“ für die bald darauf vom NS-Regime praktizierte Politik der „Auslese“ und „Ausmerze“ vorbereitet haben.²⁴ Zudem hatte Peukert praktisch nichts über die kulturelle Präsenz des konfessionell gebundenen Christentums und die praktizierte Frömmigkeit von Protestanten und Katholiken zu sagen. Wie viele andere Sozialhistoriker der 1980er Jahre besaß Peukert kein Gespür für die religiöse Kultur und die andauernden konfessionellen Konflikte der Weimarer Zeit. Aus diesem Grund überschätzte er die Rolle der Rationalisierung als Signatur der Epoche und unterschätzte die Bedeutung von Lebenswelten, in denen der Imperativ formaler Rationalisierung keine oder nur geringe Geltung hatte. Therese Neumann, eine junge katholische Bauernmagd aus der kleinen oberpfälzischen Gemeinde Konnersreuth, die seit 1926 Visionen hatte, als Stigmatisierte die Wundmale Jesu zeigte und über die Jahre Zehntausende von Besuchern und Bewunderern in den entlegenen Grenzort zog, wird bei Peukert nicht erwähnt.²⁵

Historiker der Bundesrepublik, von Bracher bis hin zu Peukert und Winkler, haben grundlegende Studien vorgelegt, die von den 1950er Jahren bis 1990 den konzeptionellen Rahmen für die Debatte über die Weimarer Republik bereitstellten. Selbstredend gab es auch in den USA und Großbritannien führende Experten für die Sozial- und Politikgeschichte der Weimarer Republik. Nur drei von ihnen, Gerald D. Feldman, Larry Eugene Jones und Cornelia Osborne, seien hier genannt. Aber ihre wegweisenden Bücher, die sich auf jahrzehntelange Archivarbeit stützten, analysierten jeweils spezifische Themen und machten kein allgemeines Deutungsangebot für die Geschichte der Weimarer Republik.²⁶ Das änderte sich erst seit 2000, als einige britische und amerikanische Historiker Bücher mit einem allgemeinen Überblick über die Weimarer Jahre veröffentlichten.²⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren die etablierten Interpretationsmuster allerdings bereits in die Kritik geraten, und neue Ansätze traten in den Vordergrund.

2. Ist Weimar gescheitert? Themen und Fragestellungen jenseits des Krisenparadigmas

Von 1950 bis 1990 präsentierten aufeinanderfolgende Generationen von Historikern ihre Interpretationen der Geschichte der Weimarer Republik. Bei allen Unterschieden im Detail stimmten sie in einem Punkt überein: Die wichtigste Aufgabe des Historikers

sei es zu erklären, wie es zum Versagen und letztendlich zur Zerstörung der Demokratie kommen konnte. Der Historiker Michael Stürmer sprach 1980 in diesem Zusammenhang, ein Wort des dänischen Philosophen Søren Kierkegaard aufgreifend, von der Geschichte Weimars als einer „Krankheit zum Tode“.²⁸ In einer etwas anderen Formulierung argumentierte Heinrich August Winkler, dass in Anbetracht der Ereignisse des Jahres 1933, die zu „den großen Katastrophen der Weltgeschichte“ zu rechnen seien, die Geschichtsschreibung über Weimar „notwendigerweise immer auch Trauerarbeit“ sein müsse.²⁹ Der amerikanische Historiker Peter Fritzsche läutete mit einem 1996 veröffentlichten Beitrag eine Trendwende ein. „Did Weimar fail?“, „Ist Weimar gescheitert?“, fragte Fritzsche provokativ. Damit rief Fritzsche dazu auf, neue Fragen zu finden und neue Themen zu entdecken. Im Zentrum seines ebenso leidenschaftlichen wie wegweisenden Plädoyers für einen neuen konzeptionellen Zugang stand die Aufforderung, Weimars Geschichte nicht als vorherbestimmt und von ihrem Ende her zu schreiben, sondern als „ergebnisoffen“ zu verstehen.³⁰ Sein Aufsatz wirkte als ein wichtiger Katalysator für bereits allorten entstehende Überlegungen und zog eine Neubestimmung der Forschung nach sich. Von den vielen neuen Ansätzen, Fragen und Themen, die in direkter oder eher lockerer Bezugnahme auf Fritzsche seit Mitte der 1990er Jahre hervortraten, wollen wir im Folgenden fünf ansprechen.

Zunächst geht es, erstens, um eine Revision unseres Verständnisses der „Krise“ der Weimarer Republik. Der Krisenbegriff ist in Studien über die Weimarer Zeit allgegenwärtig. Gewöhnlich wird er benutzt, um eine Bündelung von Problemen zu beschreiben, die dann zum unaufhaltsamen Niedergang und Untergang der Demokratie führten. Hans-Ulrich Wehlers Verwendung des Begriffs in seiner „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ ist in diesem Zusammenhang aufschlussreich. Er unterscheidet eine „Krise des Kapitalismus“, eine „Staatskrise“ und eine „Gesellschaftskrise“, in der der charismatische Führer Hitler „die Errettung aus der Existenzkrise“ versprach und damit die ohnehin bestehende „Legitimationskrise“ der Republik weiter verschärfte. Dieses „Krisenknäuel“ besiegelte schließlich das bittere Ende der Republik.³¹ Was diese und viele andere Verweise auf die „Krise“ Weimars gemeinsam haben, ist die Verdinglichung des Begriffs: Er wird als eine objektive Messlatte verstanden, die immer nur eines impliziert, Niedergang und Verfall. Die kritische Revision dieses Verständnisses der „Krise“ fand auf verschiedenen Ebenen statt. Einige Historiker haben darauf hingewiesen, dass die Rede von „Krisen“ eine narrative Form ist, in der bestimmte Tendenzen des sozialen Lebens zu einer Erzählung verdichtet werden. Bei Kriminalitätsraten, Bevölkerungsstatistiken oder Arbeitslosenzahlen handelt es sich um objektive Daten. Aber sie lassen sich nur dann als Indizien einer „Krise“ verstehen, wenn sie in eine narrative Beschreibung des Verfalls und Zusammenbruchs eingebettet werden. Empirische Studien über Krisennarrative in Deutschland von 1918 bis 1933 haben gezeigt, dass die Zeitgenossen den Begriff „Krise“ häufig verwendeten, aber damit keineswegs stets nur pessimistische Ausichten auf die Zukunft verbanden.³²

Im Einklang mit solchen Ansätzen erscheint auch die Semantik des Begriffs „Krise“ in einem neuen Licht. Dem traditionellen Sinn des Begriffs nach, der in der in Weimar oft benutzten Schreibung als „Krisis“ mitschwingt, bezeichnet er einen in seinem Ausgang offenen Moment, in dem Entscheidungen fallen, die zukünftige Entwicklungen festlegen. In seiner grundlegenden begriffsgeschichtlichen Studie über die Bedeutung von „Krise“ im Weimarer Diskurs hat Rüdiger Graf hervorgehoben, wie sehr die optimistische Auslegung des Begriffs und der mit ihm implizierten Erwartungen für die Zukunft diesen Diskurs dominierte. So kehrt Graf die Beschreibung einer durch „Krisen“ zum Scheitern verurteilten Republik um und öffnet den Blick auf etwas, das für die Zeitgenossen offensichtlich war: Sie konnten ihre Zukunft durch individuelles und kollektives Handeln verändern. Ein tiefer, die politischen Lager übergreifender Glaube an die Gestaltbarkeit der Gesellschaft bestimmte das politische Denken der Weimarer Republik.³³ In der traditionellen Geschichtsschreibung über die Weimarer Republik ist die Annahme einer fundamentalen Krise, die unabdingbar zum Niedergang führen musste, zu einer Binsenweisheit geronnen. Graf dagegen stellt fest: „Es ist schwierig, einen prominenten Autor, Politiker, Intellektuellen oder Journalisten der Weimarer Jahre zu finden, der das Wort Krise öffentlich in einer pessimistischen oder gar fatalistischen Weise benutze.“³⁴ Diese Erkenntnisse zur Semantik des Krisenbegriffs in der Weimarer Republik stehen in einem starken Gegensatz zu den Einblicken, die Richard Overy in seiner maßgeblichen Studie über den öffentlichen Zukunftsdiskurs in Großbritannien in den 1920er und 1930er Jahren vermittelt. Sowohl die Diagnosen sozialwissenschaftlicher Experten als auch die öffentlich diskutierten Meinungen von Journalisten, Schriftstellern und Politikern zeigen eine tiefgreifende, angstbesetzte Besorgnis über die Zukunft. Der öffentliche Diskurs im Großbritannien der Zwischenkriegszeit war bestimmt von der Vorstellung, die gesamte Zivilisation befinde sich in einer gravierenden Krise.³⁵ Wenn es ein westeuropäisches Land gab, das um 1930 der Obsession einer zum Niedergang führenden Krise verfallen war, dann war es Großbritannien, und nicht Deutschland.

Ein zweites wichtiges Feld der neueren Debatte bezieht sich auf die Weimarer Kultur. Wenn man von einer zum Untergang verurteilten Republik spricht, so geht damit zumeist die Glorifizierung von Weimars kulturellen Sternstunden einher. Der kulturelle Modernismus in den Metropolen scheint umso heller zu glänzen, je dunkler die politische Geschichte der Republik beschrieben wird. Die prägnante Vorstellung, die jungen, zur Avantgarde gehörenden Berliner hätten mit Jazz und Kokain das Nachtleben gefeiert, während die Nationalsozialisten die Macht an sich rissen, greift bei jedem historischen Jubiläum und in jeder neuen Filmproduktion das irreführende Bild der wilden, goldenen 1920er Jahre wieder auf. Solche Vorstellungen haben auch Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden, und zwar erstaunlicherweise ohne große Korrektur bis in die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts hinein.³⁶ Populäre Fernsehserien wie jüngst „Babylon Berlin“ erschweren folglich mit ihrer einseitigen Fokussierung auf das flamboyante Nachtleben in Berlin eher ein Verständnis der Weimarer Zeit, als es zu

befördern.³⁷ In letzter Zeit haben Historiker deshalb mit Recht dazu aufgefordert, den schwarz-weiß gemalten Kontrast zwischen einer „schlechten“ Politik und einer „guten“ Kultur zu überwinden und sich jenseits der Kategorien „Glanz und Verfall“ mit der Weimarer Republik zu beschäftigen.³⁸ Was ist nötig, um unseren Blick auf die Kultur Weimars zu erweitern und uns von dieser problematischen binären Entgegensetzung zu lösen? Wichtig für einen neuen Zugang zur Kultur der Weimarer Republik ist es zunächst, sich von dem Fokus auf eine kleine Auswahl von herausragenden Künstlern und ihren ikonischen Werken zu lösen, also von einer Perspektive, die der Historiker Peter Gay mit seiner zuerst 1968 publizierten Studie begründet hat.³⁹

Wenn wir uns von der Hochkultur wegbewegen, können wir uns auf Felder konzentrieren, die vormals oft übersehen worden sind. Wir brauchen eine kritische und stärker auf die Kontexte fokussierte Geschichte des zeitgenössischen Publikums sowohl für anspruchsvolle wie für populäre Kultur und deren Rezeption. Im Bereich der Literatur ist dafür die Berücksichtigung des Buchmarktes und der Rezeption von Büchern nötig und der Mechanismen, die zur Verbreitung und Rezeption bestimmter Genres und Autoren beitragen.⁴⁰ Für den Film gilt dasselbe. So war etwa Fritz Langs Film „Metropolis“ (1927), der in fast jedem Buch über Weimar erwähnt wird, an den Kinokassen ein Flop, der die Ufa an den Rand des Bankrotts führte. Die Bilder einer futuristischen Stadtlandschaft, die der Film zeigt und die heute als eine Ikone der 1920er Jahre gelten, haben die damaligen Kinobesucher ignoriert.⁴¹ Auch die vielbetonte Neuheit und Innovationskraft der Kunst in Weimar muss kritisch betrachtet werden. Das Bauhaus kann hier als Paradebeispiel dienen. Denn die Anregungen für das moderne Design und die Architektur seiner Gründer und Befürworter reichen bis zur Jahrhundertwende zurück, nämlich bis zu den Arbeiten des „Deutschen Werkbunds“. Nachdem Walter Gropius, Mies van der Rohe und andere führende Vertreter des Bauhauses in die USA emigrierten, gerieten die Anfänge und Vorläufer des Modernismus in der Architektur in Vergessenheit, nicht zuletzt aufgrund der klugen Selbstvermarktung von Gropius. Bis 1933 war das Bauhaus nur eine und nicht einmal die erfolgreichste der modernen Architekturschulen Deutschlands. Erst nach 1945 wurde es als eine der Ikonen der Weimarer Kultur gefeiert.⁴² In Vergessenheit geriet dabei im Übrigen auch, dass es in der Dessauer Zeit die von Gunta Stözl und Lilly Reich geleitete Textilwerkstatt war, die durch die erfolgreiche Vermarktung ihrer Produkte und Designs maßgeblich zum wirtschaftlichen Überleben des Bauhauses beitrug.

Auch im Bereich der Kriegsliteratur lässt sich zeigen, dass beim alleinigen Fokus auf anspruchsvolle Texte in Vergessenheit geraten kann, was das Massenpublikum gelesen hat. Ernst Jünger verfasste mit „In Stahlgewittern“ (1920) ein bahnbrechendes Buch über den Ersten Weltkrieg und prägte eine Metapher, welche die Bedeutung der Front-erfahrung wie keine andere einfiel. Obwohl „In Stahlgewittern“ eine zentrale Schrift in Jüngers Werk ist und in vielerlei Hinsicht als das bedeutendste deutsche Buch über den Ersten Weltkrieg gelten kann, war seine Verbreitung bis 1928/29 sehr begrenzt, als Erich

Maria Remarques „Im Westen nichts Neues“ das literarische Feld transformierte.⁴³ Bevor die Verbreitung von Remarques Buch alle Rekorde brach, gehörten zwei kurze Pamphlete – ohne literarischen Anspruch und mit Sicherheit nicht zur Avantgarde zählend – zu den massenhaft verkauften Texten über den Krieg. Das eine hatte ein Lehrer verfasst, das andere ein anarchistischer Agitator und Journalist. „Charleville. Dunkle Punkte aus dem Etappenleben“ (1919) von Wilhelm Appens und „Etappe Gent“ (1921/1928) von Heinrich Wandt erreichten innerhalb kurzer Zeit sechsstelligen Verkaufszahlen, denn sie legten aus einer linken Perspektive heraus den Finger auf einen Skandal, der viele deutsche Soldaten während des Krieges erzürnt hatte: die moralische Korruption der deutschen Offiziere, die sich im Etappengebiet in sicherer Distanz im Hintergrund hielten, weit entfernt von den Gefahren an der Front.⁴⁴

Schließlich darf nicht vergessen werden, dass Weimars Kultur nicht nur aus den Innovationen der Avantgarde bestand. Seit 1900 hatte sich eine kommerzielle Populärkultur entwickelt, zu der Kinos und massenhaft besuchte Sportveranstaltungen ebenso gehörten wie Groschenromane. Technologische Innovationen wie Rundfunk und Tonfilm erweiterten in der Weimarer Zeit das mediale Ensemble der Massenkultur, das nun Film, Radio, populäre Musik und die Tagespresse umfasste und durch Rezensionen, Werbung und die spartenübergreifende Vermarktung vonseiten der großen Medienkonzerne miteinander verbunden war. Für manchen der bildungsbürgerlichen Zeitgenossen repräsentierte das Spektakel der Massenmedien nur „schlechte“ Kultur, kommerzialisiert, ohne jedwede höhere Bedeutung und häufig sexualisiert, während die Kritiker aus dem linken Spektrum über den entpolitisierenden Effekt besorgt waren.⁴⁵ Aber diese Klagen hatten keinen Einfluss auf die Popularität der verschiedenen Formen der Massenkultur. Populäre Literatur, Filme und andere Formen der kulturellen Massenproduktion müssen in unsere Vorstellungen der Geschichte Weimars eingeschlossen und die Medienlandschaft der Massenkultur sowie ihr Publikum in ihrer ganzen Breite analysiert werden. Darüber hinaus sollten wir das Bild vom „Tanz auf dem Vulkan“, das eine karnevaleske Ekstase als das Wesen der Kultur von Weimar suggeriert, hinter uns lassen.⁴⁶ Diese Verallgemeinerung geht ganz einfach an den Grundtendenzen der Weimarer Kultur vorbei.

Ein drittes Feld der gegenwärtigen Debatte thematisiert den Ort und die räumliche Dimension der Geschichte Weimars, von der lokalen über die nationale Ebene bis hin zu globalen Verflechtungen. Historiker, die sich mit dem Deutschen Kaiserreich beschäftigen, sehen dasselbe als eine treibende Kraft der ersten Globalisierungswelle, die um 1880 begann. Migration, ein hohes Maß an außenwirtschaftlicher Vernetzung durch Exporte und Importe, die deutschen Kolonien in Afrika, Ostasien und im Pazifik sowie das weltweite Vordringen der deutschen Missionsgesellschaften sind nur einige Beispiele dafür, wie vor 1914 die Ebene des Nationalstaats mit globalen Prozessen verknüpft war.⁴⁷ Der Erste Weltkrieg wie auch das im Anschluss daran ausgehandelte Friedensabkommen unterbrachen viele dieser Verknüpfungen in der Migration, im Handel und

in der transnationalen Kommunikation. Dennoch kann die Zeit nach 1918 in Deutschland nicht einfach als eine Ära der Entglobalisierung bezeichnet werden. Obwohl die Handelsbestimmungen des Versailler Vertrags die deutsche Industrie von wichtigen Exportmärkten abschnitten, schafften es einige Schlüsselindustrien wie die chemische Industrie und der Maschinenbau schon 1929, das Exportvolumen der Vorkriegszeit zu übertreffen.⁴⁸ Transnationaler Austausch bestimmte nicht nur die Wirtschaft der Weimarer Republik. Viele Industrielle, Gewerkschaftler und Journalisten waren bestrebt, dem Beispiel zu folgen, das die USA oder die Sowjetunion im Hinblick auf Rationalisierung und Gesellschaftsreform zu bieten hatten. Obwohl nur wenige Modelle der Amerikanisierung in der Zeit von 1919 bis 1933 praktisch umgesetzt wurden, zeigte besonders das breite Interesse an den USA als einem Vorreiter der Moderne, dass deutsche Überlegungen zur Reform der Gesellschaft Teil einer transnationalen Debatte waren.⁴⁹

Ein weiteres Beispiel für intensiven grenzüberschreitenden Austausch ist die professionelle Zusammenarbeit von Experten, zum Beispiel der vielen europäischen Architekten und Stadtplaner, deren Ideen ihre deutschen Kollegen stark beeinflussten. So war zum Beispiel das für das Bauhaus so typische funktionale Design stark geprägt von der holländischen Künstlergruppe De Stijl, dessen Mitbegründer Theo van Doesburg von 1921 bis 1922 am Bauhaus lehrte.⁵⁰ Transnationalismus war auch ein wichtiger Bestandteil der Friedensbewegung, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen. Für deutsche Pazifisten war es zunächst sehr schwierig, frühere Kontakte mit ihren französischen Gesinnungsgenossen wiederzubeleben, nicht überraschend angesichts der Gräueltaten, welche die deutsche Armee im August 1914 in Belgien und Nordfrankreich begangen hatte. Es gelang jedoch, gegenseitiges Vertrauen wiederherzustellen, und 1927 erhielten zwei der führenden Pazifisten, Ludwig Quidde und Ferdinand Buisson, gemeinsam den Friedensnobelpreis für ihren Beitrag zur deutsch-französischen Versöhnung und den neuen Geist der Verständigung, der 1925 den Vertrag von Locarno ermöglicht hatte.⁵¹

Während Deutschland in der Zeit der Weimarer Republik in den globalen Wirtschaftsaustausch und in transnationale professionelle Netzwerke eingebunden blieb, gab es in zwei Bereichen deutliche Veränderungen: in der Migration und in der Hinterlassenschaft von Imperialismus und Kolonialismus.⁵² Deutschland war im Kaiserreich buchstäblich eine Gesellschaft in Bewegung, mit einem extrem hohen Grad an Binnenwanderung zwischen und in den Regionen, der Zuwanderung saisonaler Arbeitskräfte und der Auswanderung deutscher Staatsbürger. Zwischen 1880 und 1893, im Zuge der letzten großen Emigrationswelle des 19. Jahrhunderts, verließen 1,8 Millionen Deutsche ihr Land. Die Auswanderung in der Weimarer Republik erreichte ihren Höhepunkt 1923, als 115 000 Deutsche ins Ausland gingen. Insgesamt wanderten zwischen 1919 und 1932 nur circa 600 000 Deutsche aus, die meisten von ihnen zog es nach Nord-, Mittel- oder Südamerika.⁵³

Im Vergleich mit dem Kaiserreich war die Veränderung bei der Einwanderung sogar noch deutlicher. Das Kaiserreich mit seiner florierenden Wirtschaft und kaum me-

chanisierten Landwirtschaft war in hohem Maße auf den Import von Arbeitskräften angewiesen. Im Jahre 1914 beschäftigte Deutschland rund 1,2 Millionen ausländische Arbeitskräfte. Während des Ersten Weltkrieges vermehrte die zwangsweise Deportation belgischer Zivilisten und der Zustrom von Kriegsgefangenen diese Zahl noch. Das Kriegsende im Winter 1918 veränderte diese Situation völlig. Die meisten Kriegsgefangenen und zivilen Arbeitskräfte kehrten in ihre Heimat zurück, und der republikanische Staat war daran interessiert, die permanente wie auch die saisonale Zuwanderung auf ein Minimum zu reduzieren.⁵⁴ So gab es 1924 nur noch 170 000 ausländische Arbeitskräfte in Deutschland. Die Arbeitsmarktpolitik der Weimarer Republik war darauf ausgerichtet, inländischen Arbeitskräften Priorität gegenüber jenen aus dem Ausland einzuräumen. Zudem wurden die Grenzkontrollen im Vergleich zu 1914 verschärft. So erreichte die Immigration 1928 mit nur 236 000 ausländischen Arbeitskräften ihren Höhepunkt, von denen zudem etwa 100 000 nur eine zeitlich begrenzte Aufenthaltserlaubnis für saisonale Arbeit besaßen.⁵⁵ Gewiss, ungefähr eine Million Deutsche aus den Gebieten, die durch den Versailler Vertrag an Polen und Frankreich fielen, zogen nach Deutschland.⁵⁶ Außerdem erlebte Deutschland nach dem Sieg der Bolschewiken im Russischen Bürgerkrieg 1920 einen großen Zustrom von russischen Flüchtlingen. Allerdings zogen die meisten von ihnen in andere Länder weiter, und so waren 1925 nur noch 150 000 von ihnen in Deutschland.⁵⁷ Nimmt man all dies zusammen, so besaß Deutschland während der Weimarer Republik eine sehr viel homogenere Bevölkerung als vor 1914. Ein- und Auswanderung spielten eine deutlich geringere Rolle als im Kaiserreich, und die Zahl der Ausländer war im Vergleich zur Zeit vor 1914 dramatisch abgesunken.

Zwischen 1884 und 1899 hatte Deutschland ein beträchtliches Kolonialreich in Afrika, Ostasien und im Pazifik aufgebaut, dem der Versailler Vertrag 1919 ein schnelles Ende bereitere. Deutschlands Kolonien wurden nach Kriegsende als Teil der Vertragsbestimmungen dem Mandat des Völkerbundes unterstellt. Der Verlust der Kolonien empörte viele Deutsche. Aber nur wenige von ihnen waren bereit, Organisationen beizutreten, die den kolonialen Revisionismus propagierten. Die bedeutendste von ihnen, die Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG), erlitt einen Rückgang ihrer Mitgliederzahl von ungefähr 43 000 im Jahr 1912 auf nur 21 420 im Jahr 1933, während die Frauenliga der DKG ihre Mitgliedschaft immerhin auf 24 000 (1932) vergrößern konnte.⁵⁸ Aber im Vergleich mit den Mitgliederzahlen und der breiten örtlichen Präsenz vieler anderer radikalnationalistischer Verbände hatte der organisierte Kolonialrevisionismus nur marginale Bedeutung. Manche Historiker argumentieren, dass der Blick auf politische Gruppen und Verbände die Bedeutung der ehemaligen Kolonien für die Weimarer Gesellschaft nicht angemessen einfangen kann. Vielmehr gelte es, die Verbreitung „kolonialer Fantasien“ – also kultureller Vorstellungen und Projektionen, die den Wunsch nach kolonialer Herrschaft kommunizieren – zu analysieren.⁵⁹ Ein Medium für diskursive Repräsentationen dieser „kolonialen Fantasien“ waren die „Afrikabücher“, fiktionale und semibiografische Beschreibungen, in denen der Mythos von den loyalen

Askari, den schwarzen Kolonialsoldaten, die ihren deutschen Herren in Treue dienten, den Kern der Erzählung ausmachte. Eine umfassende Untersuchung dieses Genres kommt zu der Einschätzung, dass bis zur Mitte der 1920er Jahre circa 100 Afrikabücher erschienen.⁶⁰ Auch wenn einige von ihnen Bestseller wurden, muss die Relevanz dieser Publikationen im Kontext des gesamten deutschen Buchmarkts bewertet werden, auf dem allein 1925 rund 6000 Titel Erzählliteratur erschienen.⁶¹ Sowohl der Kolonialrevisionismus als auch koloniale Fantasien scheinen die große Mehrheit der Weimarer Zeitgenossen nicht interessiert zu haben.⁶² Wie dieser kurze Überblick zeigt, sollten die globale Einbettung und die transnationalen Beziehungen Deutschlands in der Zeit der Weimarer Republik nicht überschätzt werden. Sowohl die Nation als identitätsstiftender Raum als auch der Nationalstaat mit seiner Kapazität, das Leben von Millionen zu beeinflussen, hatten von 1918 bis 1933 eine weitaus höhere Relevanz als zur Zeit des hochgradig globalisierten wilhelminischen Kaiserreichs.⁶³

Neben dem Blick auf globale Verflechtungen muss die Geschichte Weimars auch und gerade aus lokaler und regionaler Perspektive betrachtet werden. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Einer davon ist die lange Tradition eines starken Föderalismus, die sowohl den Staat als auch die politische Kultur geprägt hat. Zwar führte die Weimarer Verfassung manche zentralisierenden Maßnahmen ein. Aber die Bedeutung regionaler Verschiedenheiten ging über die politische Dimension hinaus. Regionale kulturelle Unterschiede, selbst innerhalb einzelner deutscher Länder, trugen zur Bildung kollektiver Identitäten bei. Historische Traditionen, geografische Besonderheiten sowie kulturelle Sitten und Bräuche verstärkten Gemeinschaftssinn und prägten das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer kleinräumig definierten Heimat.⁶⁴ Zur Historisierung Weimars ist es nötig, Deutschlands Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in ihren transnationalen, nationalen und lokalen Verflechtungen zu analysieren. Dabei ist besonders die Persistenz der kulturellen Orientierung an der lokalen Ebene, die Prägung Weimars durch die ländliche und kleinstädtische Provinz, stärker zu betonen, als dies bisher zumeist geschehen ist.

Neue Ansätze und Fragen gibt es – viertens – auch im Hinblick auf die politische Dimension der Weimarer Republik. Die konventionellen Darstellungen der Politikgeschichte von 1918 bis 1933 konzentrierten sich auf Entscheidungen, die Eliten und kleine Zirkel trafen, im Reichskabinett, in Parteizentralen und in Hinterzimmern. Im Zusammenhang damit wurde der Einfluss analysiert, den Lobbygruppen wie Industrielle und Arbeitgeberverbände ausübten.⁶⁵ Aus einer solchen Perspektive geriet nicht nur die Relevanz von politischen Massenorganisationen und organisierten Bewegungen ins Hintertreffen. Auch die soziale Mobilisierung in anderen öffentlichen Bereichen, wie zum Beispiel am Arbeitsplatz, auf der Straße, im Verein oder in der Kneipe am Stammtisch, kam nur selten systematisch in den Blick. Politische Debatten fanden in der Weimarer Republik aber nicht nur in Parlamenten, Ministerien und auf Parteitagen statt. Die traditionelle Historiografie zur Weimarer Republik tendierte auch dazu,

die performative Seite des politischen Prozesses, etwa die theatralischen Elemente von Politikerreden, die Zurschaustellung von Flaggen und anderen Symbolen, die visuelle Repräsentation politischer Gruppen entweder als letztlich sekundäre Dekoration der „echten“, realpolitischen Fragen oder als eine manipulative Fassade zu interpretieren, hinter der die machtpolitischen Interessen kaschiert wurden. Beide Perspektiven bleiben der Trennung von performativer Ausdrucksseite und allein relevantem politischem Inhalt treu. Neuere Ansätze in der politischen Kulturgeschichte lösen sich davon und zeigen, dass gerade symbolische Formen das Terrain darstellten, auf dem die politischen Prozesse und der Kampf um Macht tatsächlich stattfanden.⁶⁶ Einige Aspekte dieses Perspektivenwechsels in der Politikgeschichte sollen hier näher erläutert werden.

Die neuen Ansätze erlauben einen frischen Blick auf das politische System, also auf die geschriebenen und ungeschriebenen Regeln, die der Politik ihren Rahmen geben, und auf die Institutionen, die ihr Rückgrat bilden. Dies ermöglichte eine neue Bewertung der Revolution von 1918/19. Zuvor stand oft das angebliche Scheitern der Revolution im Mittelpunkt. Heute wird die im November 1918 anhebende Umwälzung eher als durchaus erfolgreiches Beispiel einer zivilen Mobilisation gesehen, welche die mächtige Militärmaschine des Kaiserreichs zum Stillstand brachte. Das kollektive Handeln der Massen in der Armee und bei vielen über ganz Deutschland verstreuten lokalen Aufständen trieb die revolutionäre Umwälzung voran.⁶⁷ Wichtig war auch der von den Revolutionären mit überwältigender Mehrheit getroffene Entschluss, die weitere Arbeit an der von ihnen angestoßenen Transformation durch freie und gleiche Wahlen für Männer und Frauen in eine Nationalversammlung zu überführen. Die Nationalversammlung ihrerseits verabschiedete eine Verfassung, die eine weitreichende Grundlage für fortschrittliche Reformen schuf. Kernstück der neuen Regierungsform war das Volk, auf dessen kollektivem Willen die Macht ruhte, und der Reichstag, auf den es diese durch Wahlen übertrug.⁶⁸ Eine umfassende Analyse der parteiübergreifenden Integration der Reichstagsabgeordneten durch Rituale und verschiedene Formen symbolischer Interaktion zeigt nicht nur, dass innerhalb des Parlaments bis 1928 eine politische Kultur pragmatischer Kompromissbereitschaft vorherrschte. Zugleich gibt es auch gute Gründe für eine die Rolle des Parlaments im politischen Prozess Weimars stärker akzentuierende Neueinschätzung.⁶⁹

Die Ansätze der politischen Kulturgeschichte mit ihrem Schwerpunkt auf Massenmobilisierung, performativer Politik und politischer Symbolik haben auch zu einer Neubewertung der Rolle jener Kräfte und Gruppen beigetragen, die mit ganzem Herzen hinter der Republik standen. Die oft wiederholte Aussage, Weimar sei eine „Republik ohne Republikaner“ gewesen, ist ebenso falsch wie langlebig. Journalisten und Autoren der radikalen Linken formulierten dieses Schlagwort schon in den Weimarer Jahren und richteten die darin enthaltene Kritik gegen die SPD, die ihnen nicht entschlossen genug agierte. Aber auch Politiker der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) und der SPD trugen zu diesem Urteil bei. In Memoiren, die sie im Exil oder nach 1945 verfassten,

beklagten sie den Mangel an einer republikanischen Gründungserzählung und die fehlende Kollektivsymbolik der neuen Demokratie, die eine zentrale Rolle für den Niedergang der Republik gespielt hätten.⁷⁰ Damit wollten sie von jenen Fehlern ablenken, die Liberale und Sozialdemokraten selbst zwischen 1918 und 1933 begangen hatten. Die Weimarer Republik als eine Demokratie zu interpretieren, die zwischen zwei politischen Extremen aufgegeben wurde, und den Republikanern einen nur geringen Handlungsspielraum einzuräumen, den sie dann auch noch falsch genutzt hätten, passte in das Narrativ der angeblich von Beginn an chancenlosen Republik. Neuere Studien haben gezeigt, dass republikanische Inszenierungen, darunter Feste, Gedenkfeiern, Rituale und Symbole, durchaus Beachtung fanden und populär waren. Als Beispiel seien hier die Bemühungen des Reichskunstwarts genannt, der für die republikanische Formgebung des neuen Staates verantwortlich war. Mit den von ihm organisierten jährlichen Feierlichkeiten zur Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August machte er eine neue demokratische Festkultur populär, die über die Hauptstadt hinaus Anklang fand und den Alltag von Millionen von Menschen berührte. Lokale Konflikte wurden mit republikanischen Symbolen, Flaggen, Paraden und Gedenkveranstaltungen ausgetragen und verorteten damit die Republik in den alltäglichen Lebenswelten der Deutschen. Demokratische Symbole dienten nicht nur der Dekoration, sondern waren Kern lokaler Identitätsfindung und markierten die temporäre Besetzung des öffentlichen Raums durch die Demokraten. Die in letzter Zeit gewachsene Erkenntnis, dass deutsche Republikaner und ihre Organisationen, allen voran das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, nicht in der Minderheit waren, sondern eine deutliche Präsenz in der politischen Landschaft der 1920er und 1930er Jahre hatten und leidenschaftlich für die Republik eintraten, hat das Verständnis der Geschichte Weimars grundlegend verändert.⁷¹

Populäre Partizipation war in der Weimarer Republik in hohem Maße geschlechtsspezifisch konnotiert. Eine Zäsur bildete die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für Frauen durch die Revolution, das zum ersten Mal bei der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 zur Anwendung kam. Die Ausweitung des Wahlrechts auf Frauen in Deutschland war progressiver als beispielsweise der Representation of the People Act 1918 in Großbritannien, wo nur Frauen über 30 Jahre wählen durften, die entweder ein Haus oder Grundstück besaßen oder deren Ehemann eines hatte. Das deutsche Frauenwahlrecht war zudem transformativ, denn es verlieh den Frauen Bürgerrechte, die in der Weimarer Verfassung verankert waren, und ermutigte ein dauerhaftes weibliches Engagement im politischen Bereich im weitesten Sinne. Dazu gehörten die Teilnahme an Wahlen und Parteimitgliedschaften, aber auch das Engagement in beruflichen Organisationen und im Alltagsleben, zum Beispiel durch die Beteiligung an politischen Diskussionen.⁷² Es wäre aber falsch, die neuen Rechte der Frauen als Beleg für ihre Unterstützung eines linken Aktivismus zu interpretieren oder gar Rückschlüsse auf ihre politischen Einstellungen zu ziehen. Bei den Wahlen auf Reichs- und Länderebene bevorzugten Frauen Parteien, die christliche Werte vertraten, wie zum Beispiel die

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und das katholische Zentrum.⁷³ Die linken und linksliberalen Parteien, die deutlich größeren Anteil an der Durchsetzung des Frauenwahlrechts hatten, profitierten an der Wahlurne davon nicht. Hätten bei der Wahl zur Nationalversammlung 1919 nur die männlichen Stimmen gezählt, hätten die sozialistischen Parteien SPD und USPD gemeinsam die absolute Mehrheit gewonnen. Betrachtet man nur die Gruppe der jüngeren Männer, die zwischen 1887 und 1898 geboren waren und 1912, bei den letzten Reichstagswahlen vor dem Krieg, noch nicht wählen durften, wären SPD und USPD wahrscheinlich auf eine Zweidrittelmehrheit gekommen.⁷⁴

Geschlechtsspezifische Strukturen waren nicht nur bei Partizipationsmustern und parteipolitischer Mobilisation, sondern auch im Hinblick auf Körper und Sexualität von enormer politischer Relevanz. Der Kampf gegen den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, also die Forderung nach einer Entkriminalisierung der Abtreibung, war einer der beständigsten politischen Konflikte der Weimarer Republik. Er betraf das Alltagsleben vieler Frauen der Arbeiterklasse, von denen alljährlich Hunderttausende illegale Abtreibungen durchführen lassen mussten, weil sie keine andere Möglichkeit hatten.⁷⁵ Auch Vorstellungen und Praktiken von Männlichkeit waren politisiert. Rechte Parteien, besonders die NSDAP und ihr paramilitärischer Flügel, versuchten Maskulinität, die durch das Trauma des Krieges und die Verstümmelung vieler Männer an der Front angeschlagen war, neu zu definieren.⁷⁶

Die Betonung dieser Neuansätze in der politischen Geschichte bedeutet keineswegs, dass eine Analyse von Interessengruppen und Parteien nicht mehr relevant ist. Sorgfältige Untersuchungen der Verbindungen zwischen Parteiorganisationen, politischen Bindungen und Praktiken auf lokaler Ebene und der Arbeit von Interessenverbänden sind weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Beantwortung der Frage, warum die NSDAP die etablierten Parteien der nationalen Rechten erst herausfordern und dann verdrängen konnte.⁷⁷ Aber die unablässigen Intrigen und Lobbyaktivitäten der radikalen Rechten konnten am Ende nur erfolgreich sein, weil sie sich mit der symbolischen Idee einer wahren „Volksgemeinschaft“ verbanden. Letztlich waren die Nationalsozialisten erfolgreicher als andere Parteien darin, dieses Zukunftsversprechen einer nationalen Gemeinschaft als ihr eigenes Projekt zu reklamieren.

Wichtige Neuansätze gibt es schließlich – fünftens – bei der Analyse der Gründe für den Aufstieg der Nationalsozialisten. Ältere Erklärungen für die Erfolge der NSDAP sind revidiert worden, so zum Beispiel die These, ein „Sieg der Gewalt“ auf der Straße habe den Nationalsozialisten zur Macht verholfen⁷⁸ und habe zu einem „Bürgerkrieg“ in den letzten Jahren der Republik geführt.⁷⁹ Tatsächlich war das Ausmaß politischer Gewalt in den Anfangsjahren der Republik, als die Regierung revolutionäre Umsturzversuche der radikalen Linken 1919/20 brutal unterdrückte, ungleich höher als an ihrem Ende.⁸⁰ Auch die früher populäre Vorstellung, die Weimarer Republik sei zwischen den totalitären Parteien der extremen Linken und Rechten – KPD und NSDAP – zerrieben worden, die sich in ihrer Ablehnung der Demokratie gegenseitig bestärkten, findet keine

Unterstützung mehr. Das liegt zum einen an der diesem Argument zugrunde liegenden Totalitarismustheorie, die in dieser Form nicht mehr überzeugen kann. Aber es gibt auch wichtige empirische Gründe, etwa den, dass Kommunisten und Nationalsozialisten nur in wenigen Orten und Regionen des Reiches direkt miteinander konkurrierten und gewaltsame Straßenkämpfe gegeneinander ausfochten.⁸¹ Eine andere Lesart erklärt den Erfolg der NSDAP mit dem Verweis auf ihre innovativen Propagandamethoden, die kraftvollen Slogans, die Poster und Reden hochrangiger Parteimitglieder.⁸² Der Erfolg der Nazipropaganda wird jedoch genauso wie ihr innovativer Charakter überschätzt. Besonders die Effekte großer Massenveranstaltungen lassen sich nicht eindeutig nachweisen.

Weitaus wichtiger für die Gewinnung von Wählern war der intensive Organisationsaufwand der nationalsozialistischen Partei auf lokaler Ebene. Hierarchisch strukturierte Ortszellen, bis hinunter zu Straßenzellen, die nur einige Häuserblocks umfassten, boten NSDAP-Mitgliedern die alltägliche Routine und Praxis einer politischen Organisation, ein Gefühl von Zugehörigkeit und manchmal einfach nur ein warmes Essen. Sie halfen der Partei dazu, sich in sozial höchst unterschiedlich strukturierten lokalen Gemeinschaften zu verankern, und ermöglichten eine rasche Mobilisierung.⁸³ Ein wichtiger Aspekt dieser Vernetzung in der lokalen Sozialstruktur war es, die Akzeptanz und Unterstützung lokaler Meinungsführer zu gewinnen. In eng verflochtenen Dorfgemeinschaften auf dem Land ebenso wie in kleinen Städten machte es einen großen Unterschied, wenn protestantische Pastoren, Dorfschullehrer, Amtsvorsteher oder ortsbekannte Unternehmer sich zur NSDAP bekannten.⁸⁴ All diese Aspekte lassen sich in einem generellen Argument bündeln, das zuerst am Beispiel der kleinen Universitätsstadt Marburg erarbeitet wurde: Die Nationalsozialisten konnten in höchst unterschiedlichen sozialen Kontexten nicht etwa deshalb Anhänger finden, weil sie diese von außen zu erobern suchten. Vielmehr gelang es ihnen, soziale Netzwerke von innen zu besetzen und schrittweise für ihre Ziele zu gewinnen, indem sie an etablierten Ritualen sozialer Interaktion teilnahmen und diese für sich nutzten, durch die Mitgliedschaft in auf den ersten Blick unpolitischen Vereinen oder durch Gespräche am wöchentlichen Stammtisch in der Kneipe.⁸⁵

Schließlich ist die ideologische und symbolische Attraktivität relevant, die von der Idee der „Volksgemeinschaft“ ausging. Die meisten politischen Parteien in den 1920er Jahren benutzten diesen Begriff, auch die beiden liberalen Parteien und die SPD. Eine wichtige Ausnahme blieb die KPD, die es – von einem kurzen Kurswechsel im Jahr 1923 abgesehen – ablehnte, die Idee der nationalen Solidarität zu propagieren.⁸⁶ Aber von allen Parteien gelang es der NSDAP am besten, ihre Vision von einer Erneuerung Deutschlands mit der Sehnsucht nach einer nationalen Gemeinschaft zu verbinden, die alle sozialen Unterschiede und Klassengegensätze zu überwinden schien. Ihre Auslegung der Volksgemeinschaft, die einen starken Führer forderte, erschien als die überzeugendste Lösung für die vermeintlichen Probleme Weimars und lieferte zugleich ein

effektives Werkzeug zur Mobilisierung der Wähler.⁸⁷ Die Betonung der Solidarität der Volksgemeinschaft durch die NSDAP war eng verbunden mit der Ausgrenzung der Juden als Außenseiter, die außerhalb der Volksgemeinschaft standen. Antisemitismus in Wort und Tat war in der Weimarer Republik weit verbreitet, wurde von vielen unterstützt und von den meisten entweder toleriert oder nicht effektiv bekämpft. Die diskursive Verwendung einer Sprache der Exklusion verschob die Grenzen des Sagbaren, wovon radikale Antisemiten profitierten.⁸⁸ Dem Kampf gegen den völkischen, rassistischen Antisemitismus fehlte es an aufrichtigen, engagierten Unterstützern. So gelang es den Propagandisten des Antisemitismus, sozial höchst unterschiedliche Kreise anzusprechen, was ein wichtiger Grund für den Erfolg der Nationalsozialisten war. Dieser Erfolg basierte nicht allein auf der wirtschaftlichen Depression der späten 1920er Jahre, sondern auf einem komplexen Prozess der politischen Neuorientierung und der Neujustierung politischer Präferenzen, der bereits Mitte der 1920er Jahre einsetzte.⁸⁹ Die Nationalsozialisten eroberten Deutschland nicht von außen, sondern lebten sich in die Strukturen der kleinstädtischen und ländlichen Geselligkeit von innen ein.

3. Der Aufbau dieses Handbuchs

Dieses Handbuch bietet verlässliche Informationen und Interpretationen auf dem neuesten Stand der Forschung. Dafür bürgt das international zusammengesetzte Team von Experten und Expertinnen, das wir als Herausgeber versammelt haben. Um den Zugang auch für Leser ohne jegliche Vorkenntnisse zu erleichtern, bieten wir verschiedene Einstiegspunkte an, die der Leser und die Leserin je nach Vorwissen und Interesse auswählen kann. So vermittelt die erste Sektion einen chronologischen Überblick, der sich auf die Politik fokussiert. Vier Kapitel behandeln den Zeitraum von der Revolution 1918/19 bis zur Zerstörung der Demokratie 1933 für all diejenigen, die sich über die wichtigsten Ereignisse im Verlauf der Weimarer Republik informieren wollen. Die vier Zeitabschnitte in dieser Sektion (1918/19, 1920 bis 1923, 1924 bis 1929 und 1930 bis 1933) sind nicht als feste, in sich geschlossene Einheiten zu verstehen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie in erster Linie politische Zäsuren markieren. Andere Felder der Gesellschaft – genannt seien nur die sozialen Klassen, die Religion und die Massenkultur – folgten dagegen einem anderen Rhythmus, verlangen andere Periodisierungen. Zudem gab es in manchen Bereichen Kontinuitäten, die den gesamten Zeitraum durchziehen. Besonders problematisch ist es, die Zeit von 1924 bis 1928 als Stabilisierungsphase der Republik darzustellen, wie dies oft geschehen ist. Denn gerade in diesen Jahren gab es mit der Herausbildung von kurzlebigen ökonomischen Interessensparteien wichtige Veränderungen im Parteiensystem, und nicht zuletzt kam es zur Entstehung eines nationalsozialistischen Konsenses in der protestantischen Mittelschicht. Gerade in den angeblich ruhigen Jahren der Republik von 1924 bis 1928 formierten sich also

wichtige Kräfte und Konstellationen, die schließlich zur Zerstörung der Republik beitrugen.⁹⁰ Nach dem chronologischen Überblick ist das Handbuch thematisch aufgebaut: Zunächst geht es um die verfassungsmäßigen und strukturellen Rahmenbedingungen der Politik und um wichtige Politikfelder (II.). Danach stehen die Parteien und die sie jeweils tragenden sozialen Milieus im Mittelpunkt (III.). Es folgen Abschnitte zu Wirtschaft und Gesellschaft (IV.) sowie zur Kultur (V.). Die Kapitel des Handbuchs bauen aufeinander auf und beziehen sich oft aufeinander. Zugleich lässt sich jedes von ihnen ohne spezifische Vorkenntnisse für sich lesen und verstehen. Da es kaum von einzelnen Autoren verfasste Darstellungen gibt, die einen ähnlich umfassenden Überblick bieten, ist es uns wichtig, dass dieses Buch allen interessierten Lesern verschiedene Wege in die Geschichte der ersten deutschen Republik bietet.⁹¹

Unser Handbuch zeichnet sich durch eine breite Anlage aus, in der eine Fülle von Themen zur Sprache kommt. Dennoch steht die politische Geschichte im weitesten Sinne im Mittelpunkt. Dafür gibt es nach unserer Auffassung gute Gründe. Die Weimarer Republik war ein neues politisches Gemeinwesen und markierte, bei manchen Kontinuitäten wie etwa im Föderalismus, einen tiefen Bruch mit dem politischen System des Kaiserreichs. Die Weimarer Verfassung brachte neue Rechte und Freiheiten, sie versprach soziale Reformen und definierte das Verhältnis zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern neu. Alle Deutschen konnten nun sowohl als Individuen als auch durch die kollektive Vertretung ihrer Rechte und Interessen am politischen Prozess teilhaben. Zum ersten Mal erlaubte es das allgemeine Wahlrecht Frauen und Männern gleichermaßen, als Wähler und als Kandidaten für politische Ämter an der politischen Willensbildung teilzunehmen. Die Versammlungsfreiheit und das Recht, sich zu organisieren, bedeuteten, dass Parteien und Gewerkschaften, Berufsverbände und andere Gruppen ihre kollektiven Interessen vertreten konnten. Damit war eine viel breitere Basis für politische Teilhabe und Interessenvertretung als vor 1914 gegeben. Politik spielte eine entscheidende Rolle in der Weimarer Republik. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Regeln des politischen Spielfeldes neu ausgehandelt werden mussten. Politische Zugehörigkeit war ein wichtiges Element für die Formierung kollektiver Identitäten, besonders in einer Gesellschaft, die so tief gespalten war, wie die der Weimarer Republik. Auf lokaler Ebene trafen Anhänger und Gegner der Republik im Streit um politische Symbole und materielle Probleme aufeinander. In einer Zeit, in der das politische System neu begründet wurde, spielte Politik in jedem gesellschaftlichen Bereich eine wichtige Rolle, auch in der Religion, der Literatur und in den Geisteswissenschaften, wie die entsprechenden Kapitel in diesem Band zeigen.

An dieser Stelle wollen wir kurz auf eine Frage der Nomenklatur eingehen, die oft Missverständnisse hervorruft: die Bezeichnung „Weimarer Republik“. Als die Nationalversammlung Anfang 1919 in Weimar zusammenkam, stand auch der offizielle Name für den neuen Staat zur Debatte. Während die Vertreter der SPD und USPD für „Deutsche Republik“ stimmten, wollten die bürgerlichen Parteien, einschließlich der liberalen

DDP, den Namen „Deutsches Reich“ beibehalten. Der liberale Jurist und „Verfassungsvater“ Hugo Preuß stimmte dem zu, mit dem Argument, dass die Bezeichnung „Reich“ die Republik mit dem 1871 begründeten deutschen Nationalstaat verband. Daher erhielt die republikanische Verfassung den Titel „Verfassung des Deutschen Reiches“. Dies veranlasste viele prorepublikanische Organisationen wie zum Beispiel das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dazu, den Begriff „Reich“ in ihren Namen zu integrieren. So wurde der Terminus „Weimarer Republik“ als abwertende Bezeichnung gerade von jenen geprägt, die dem demokratischen Staat grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden: Es war niemand anders als Adolf Hitler, der in einem Zeitungsartikel im März 1929 als einer der Ersten von der „Weimarer Republik“ sprach und damit einen Begriff für das republikanische System prägte, das er unablässig bekämpfte.⁹²

Unser Handbuch beinhaltet Kapitel über Themen, die selten im Detail behandelt werden, weder in den vorliegenden Gesamtdarstellungen noch in den meisten Sammelbänden zu dieser Epoche. Dazu gehört eine Analyse des politischen Föderalismus und der regionalen Strukturen und Mentalitäten, die von großer Bedeutung für die politische Kultur waren. Vernachlässigt und manchmal ganz übersehen werden auch die anhaltende kulturelle Präsenz der Religion und die Konflikte zwischen den christlichen Konfessionen und deren Auseinandersetzungen mit ihren Kritikern im organisierten Säkularismus. Auch die Bauern und Landarbeiter werden nur selten substantziell behandelt, obwohl fast ein Drittel aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeitete.⁹³ Diese drei Themen haben gemeinsam, dass sie uns an die regionale Verschiedenheit und die räumliche Tiefe von Gesellschaft, Kultur und politischem Handeln in der Weimarer Zeit erinnern. Die Geschichte der Weimarer Republik wird zu oft aus der Sicht der Metropole Berlin geschrieben, ihrer modernen Kultur, ihrem extravaganten Nachtleben und ihrer sexuellen Freizügigkeit, oft verbunden mit mythologisierten Vorstellungen über die Präsenz der „Neuen Frau“ und die Blüte der angeblichen „Goldenen Zwanziger“. Aber Berlin, das gilt es ausdrücklich festzuhalten, lässt sich nicht metonymisch als ein die Weimarer Republik als Ganzes repräsentierender Ort verstehen.⁹⁴ Im Einklang mit Überlegungen in der neueren Forschung plädieren wir für eine „polyzentrische“ Geschichte der Weimarer Republik.⁹⁵

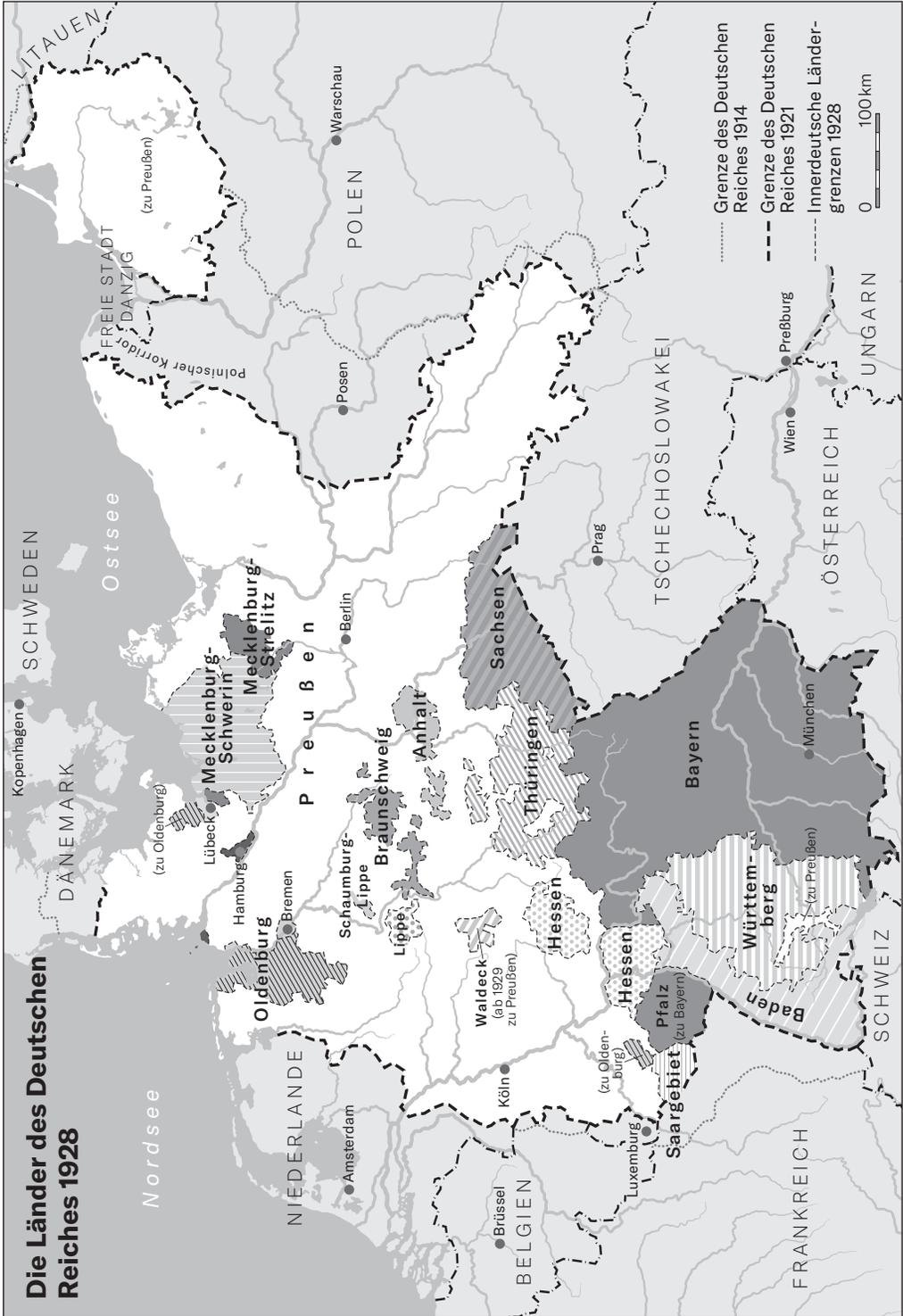
Auch ein umfassendes Handbuch wie dieses ist letztlich selektiv. Deshalb gibt es einige wichtige Themen, die hier nicht in einem eigenen Kapitel behandelt werden. Eines davon sind Schulen, Bildung und Erziehung, ein signifikanter Bereich, denn Bildungsreformen waren ein Teil der progressiven Agenda der republikanischen Parteien, und es gab einschneidende Veränderungen. Dazu zählten etwa die Erweiterung der Schulpflicht vom 14. bis zum 18. Lebensjahr und der gemeinsame Unterricht von Schülern verschiedener Konfessionen in den sogenannten „Simultanschulen“ als Norm – von der Ausnahmen möglich waren.⁹⁶ Kein eigenes Kapitel ist dem Adel gewidmet, einer kleinen, aber sehr einflussreichen Sozialgruppe, die aus rund 90 000 Familien bestand und 0,3 Prozent der Bevölkerung ausmachte. Im republikanischen Staat verlor der Adel

viele seiner Privilegien, so etwa die administrative und polizeiliche Gewalt in den preußischen Gutsbezirken, die 1927 aufgehoben wurde. Doch im lokalen Kontext übten adelige Gutsbesitzer weiter soziale und ökonomische Macht aus, in den agrarisch geprägten ostelbischen Provinzen Preußens wie in anderen Teilen Deutschlands. Viele Adelige unterstützten die NSDAP öffentlich, und dieser Einfluss wog besonders in den letzten Monaten der Republik schwer.⁹⁷ Schließlich haben wir auch dem Film als einem Massenmedium der Weimarer Zeit kein eigenes Kapitel gewidmet. Doch wer sich über Filme, Regisseure und zeitgenössische Rezeption informieren möchte, dem steht eine Reihe von hilfreichen Überblicksdarstellungen bereit.⁹⁸

Wir sind der Meinung, der Sinn eines Handbuchs liegt darin, das Wissen über ein Thema der Geschichte zu umreißen und zusammenzufassen, nicht jedoch spekulativen Reflexionen über die Bedeutung der Vergangenheit im Lichte gegenwärtiger Zustände Raum zu geben. Wir sehen keinen Wert darin, die „Gespenster von Weimar“ wiederzubeleben, wie es in einem alarmierenden Diskurs geschieht, der die Probleme des parlamentarischen Systems der Gegenwart und den Aufstieg des Rechtspopulismus in vielen europäischen Ländern vor dem Hintergrund des Jahres 1933 interpretiert.⁹⁹ Die großen Unterschiede zwischen damals und heute – so zum Beispiel die Dominanz des Agrarsektors während der Weimarer Zeit (wie auch in vielen anderen mittel- und osteuropäischen Ländern) und seine Rolle im Aufstieg des rechtsgerichteten Populismus; die begrenzten Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die Wirtschaft während der Großen Depression; und, auf die Bundesrepublik bezogen, die Art und Weise, in der sich Politiker, Polizei und die breite Öffentlichkeit schmerzhaft der Probleme bewusst sind, rechtsgerichteten Extremismus im Zaum zu halten – machen solche Vergleiche zwischen den frühen 1930er Jahren und der Gegenwart wenig erhellend.

Es ist wichtig, den Begriff der Demokratie und ihre stets provisorische und vorläufige Praxis zu historisieren, und nicht sinnvoll, die Defizite des parlamentarischen Systems der Weimarer Republik an unseren normativen Grundsätzen zu messen. Der Aufstieg rechtsradikaler populistischer Parteien und die Erosion des Vertrauens in das parlamentarische Regierungssystem waren Probleme, mit denen in den 1920er und 1930er Jahren alle europäischen Länder in unterschiedlicher Form konfrontiert waren. Deutschland war nicht das einzige Land, in dem diese Probleme einer rechtsnationalen Diktatur den Weg bahnten.¹⁰⁰ Die Geschichte der Weimarer Republik wirft Fragen zu den historischen Kontinuitäten auf und zu dem, was der Historiker Helmut Walser Smith den „Fluchtpunkt“ der deutschen Geschichte nennt, auf den verschiedene Linien zulaufen.¹⁰¹ Von 1918 aus betrachtet, war 1933 sicherlich nicht der einzige Fluchtpunkt. Die Weimarer Demokratie eröffnete verschiedene Kontinuitätslinien: Zu ihnen zählen die Gründung der Christlich Demokratischen Union 1946, welche die in der Weimarer Zeit erfolglosen Versuche, die politische Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken zu überwinden, in die Tat umsetzte; das westdeutsche Grundgesetz von 1949, das auf den Erfolgen und Niederlagen Weimars in der Gestaltung einer partizipativen Demokratie

aufbaute; schließlich die Massenkultur – die nun auch das neue Medium des Fernsehens umfasste – und die sexuelle Revolution der 1960er Jahre. In diesem Sinne nehmen einige Kapitel in diesem Handbuch Bezug auf Kontinuitäten, die über 1933 hinausgehen. Kontinuitäten und Brüche müssen in der Geschichte Deutschlands von 1918 bis 1933 sorgfältig abgewogen werden. Dies gilt besonders für den problematischsten Aspekt der deutschen Geschichte, die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden erst in Deutschland und dann in ganz Europa. Ein Experte für die Geschichte des Holocaust hat das so auf den Punkt gebracht: „Vor 1933 flohen Juden eher nach Deutschland als von dort.“¹⁰² Weimar zu historisieren setzt beides voraus: Wir müssen erkennen, dass die Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur nicht zwangsläufig war, sondern nur ein mögliches Ergebnis unter vielen, für das es im Übrigen bis zur letzten Minute am 30. Januar 1933 Alternativen gab.¹⁰³ Und wir müssen erklären, welches die Entwicklungen waren, die zu eben diesem Ausgang der Epoche führten.



Anmerkungen

- 1 WIRSCHING, KOHLER, WILHELM 2018.
- 2 Vgl. LEONHARD 2018a.
- 3 HUNG, WEISS-SUSSEX, WILKES 2012.
- 4 Leider präsentiert Richard J. Evans die Weimarer Republik in genau dieser Weise, als „Coming of the Third Reich“. Siehe EVANS 2003.
- 5 LUHMANN 1976, S. 140. Zum Begriff „Erwartungshorizont“ siehe KOSELLECK 1979.
- 6 Vgl. GRAF 2008, S. 83–133.
- 7 Siehe WEHLER 1995; WEHLER 2003; KOCKA 1988.
- 8 Vgl. NIPPERDEY 1985.
- 9 Siehe das Kapitel von Peter C. Caldwell in diesem Band. Vgl. auch DREIER, WALDHOF 2018, darin besonders HAARDT, CLARK 2018, S. 43.
- 10 Vgl. BRACHER 1955, bes. S. 96–127, 134–145, 174–198; vgl. SONTHEIMER 1962.
- 11 Vgl. ULLRICH 2009.
- 12 Für einen exzellenten Überblick der historiografischen Entwicklungen bis in die 1990er Jahre siehe KOLB, SCHUMANN 2013, S. 155–166. Wolfram Pyta weist darauf hin, dass es bereits seit den späten 1970er Jahren wichtige Ansätze zu einer Historisierung des Weimar-Bildes gab, die über die normative Frage nach dem Scheitern der Demokratie hinauswiesen. Siehe Pyta 2003, S. 50–61.
- 13 Vgl. MOMMSEN 1998. „Die verspielte Freiheit“ ist der Titel der 1989 erschienenen Erstausgabe dieses Buches.
- 14 Ebd.
- 15 Ebd., S. 367–376, Zitate S. 368f. Für die These einer „Auflösung des Bürgertums“ nach 1918 vgl. MOMMSEN 1987. Die Problematik dieser Argumentation ist offensichtlich. Denn tatsächlich löste sich nicht das Bürgertum auf, sondern nur die idealisierte Vorstellung, die sich Momm- sen von einem durch liberale Ideen und offene Formen der Vergesellschaftung geprägten Bürgertum gemacht hatte. Siehe das Kapitel von Moritz Föllmer in diesem Band.
- 16 Siehe WEHLER 2003, S. 294.
- 17 WINKLER 1993, S. 45–49, 247–249, 305, 341f., Zitat S. 595.
- 18 PEUKERT 1987.
- 19 Vgl. PEUKERT 1989, S. 70–91. Für eine exzellente Rekonstruktion von Webers Argument vgl. GHOSH 2014.
- 20 PEUKERT 1987, S. 106–109, 116–122, 137–143 (Zitat), 169–174.
- 21 Ebd., S. 147f. Vgl. die Kapitel von Karl Christian Führer und Ute Planert in diesem Band.
- 22 PEUKERT 1987, S. 11f.
- 23 Zu den Zahlen vgl. BÜTTNER 2008, S. 132. Für eine Kritik an Peukert vgl. HONG 1998.
- 24 PEUKERT 1987, Zitat S. 149. Vgl. DICKINSON 2004.
- 25 Vgl. das Kapitel von Todd H. Weir und Udi Greenberg in diesem Band, und die faszinierende Studie von O’SULLIVAN 2018.
- 26 Vgl. als Auswahl aus der Fülle der jeweiligen Beiträge hier nur: FELDMAN 1993; FELDMAN, STEINISCH 1985; JONES 1988; JONES 2015; JONES 2020; USBORNE 1994; USBORNE 2007.

- 27 Die beste kurze Überblicksdarstellung in englischer Sprache ist immer noch STIBBE 2010; vgl. auch McELIGOTT 2014. Das Buch von Eric Weitz konzentriert sich auf die moderne und urbane Kultur der deutschen Hauptstadt. Siehe WEITZ 2007. Dieser eher enge Blick auf Weimar war schon zur Zeit der Veröffentlichung der Studie nicht unproblematisch. Vgl. etwa die Rezension von Peter Jelavich in: *Central European History* 42 (2009), S. 163–165.
- 28 STÜRMER 1980, S. 13.
- 29 WINKLER 1993, S. 11.
- 30 FRITZSCHE 1996, S. 632f.
- 31 WEHLER 2003, S. 589–592.
- 32 Vgl. die Fallstudien in FÖLLMER, GRAF 2005. Helmuth Kiesel weist allerdings zu Recht darauf hin, dass dieses Argument der narrativen Konstruktion von „Krisen“ nicht absolut gesetzt werden sollte und dass die Krisen Weimars zum Teil Diskurse waren, zum Teil aber auch auf objektivierbare Erfahrungen verweisen. Vgl. KIESEL 2017, S. 90f.
- 33 GRAF 2008.
- 34 GRAF 2010, S. 602.
- 35 Vgl. OVERY 2010, bes. S. 50, 93.
- 36 Siehe WEITZ 2007.
- 37 Auch die kritische Diskussion in dem Forum *Babylon Berlin: Media, Spectacle, and History*, in: *Central European History* 53 (2020), S. 835–854, erliegt so eher dem Mythos von Berlin als dem angeblichen Zentrum der Weimarer Republik, anstatt ihn kritisch zu hinterfragen. Als Kritik vgl. bereits ZIEMANN 2010.
- 38 Vgl. HUNG 2016; HUNG, WEISS-SUSSEX, WILKES 2012.
- 39 GAY 1968.
- 40 Siehe das Kapitel von Helmuth Kiesel in diesem Band.
- 41 FÜHRER 2009, S. 274.
- 42 Siehe das Kapitel von Beate Störtkuhl in diesem Band. Vgl. auch BETTS 1996.
- 43 Vgl. JÜNGER 2014. Vgl. auch die Kapitel von Claudia Siebrecht und Helmuth Kiesel in diesem Band.
- 44 Vgl. ZIEMANN 2013, S. 198–220.
- 45 Siehe das Kapitel von Jochen Hung in diesem Band.
- 46 Peter Gay war vermutlich einer der ersten Historiker, der diese Metapher verwendete. Sie geht aber zurück auf Joseph Goebbels und seinen Roman „Michael“ aus dem Jahr 1929. Siehe GAY 1968, S. XIV; KNIESCHE, BROCKMANN 1994, S. 4. Als Kritik vgl. BECKER 2018, S. 521–526.
- 47 Siehe CONRAD 2006; OSTERHAMMEL, CONRAD 2004.
- 48 Siehe das Kapitel von Jan-Otmar Hesse und Christian Marx in diesem Band.
- 49 Siehe das Kapitel von Mary Nolan in diesem Band.
- 50 Siehe das Kapitel von Beate Störtkuhl in diesem Band.
- 51 Siehe HOLL 1988, S. 158–174, und das Kapitel von Jonathan Wright in diesem Band.
- 52 Für diese Themen siehe ROSENBERG 2012.
- 53 CONRAD, THER 2011, S. 573–590. Für eine detaillierte Aufschlüsselung siehe PETZINA, ABELSHAUSER, FAUST 1978, S. 35.
- 54 CONRAD, THER 2011, S. 579f.
- 55 Siehe HERBERT 1986, S. 114–119; OLTMER 2005, S. 309–423.

- 56 Vgl. SAMMARTINO 2010, S. 96–119.
- 57 OLTMER 2005, S. 261–267.
- 58 HARTWIG 1983, S. 725; WILDENTHAL 2010, S. 346.
- 59 Vgl. KROBB, MARTIN 2014, bes. S. 9–11.
- 60 SCHILLING 2014, S. 13–40, Zahl S. 14.
- 61 KIESEL 2017, S. 153.
- 62 LEONHARD 2018b, S. 1222.
- 63 Das ist nicht dasselbe, als pauschal eine „Entglobalisierung“ in den 1920er Jahren zu unterstellen. Genau dies ist allerdings der Ansatzpunkt für viele Beiträge in CORNELISSEN, VAN LAAK 2020. Vgl. LINGELBACH 2020, S. 25.
- 64 Siehe das Kapitel von Siegfried Weichlein in diesem Band.
- 65 In dieser Hinsicht sind sich bei allen Unterschieden MOMMSEN 1998 und WINKLER 1993 sehr ähnlich.
- 66 Vgl. MERGEL 2000a; HARDTWIG 2009. Wichtige Sammelbände zu diesem Thema sind: HARDTWIG 2007; DANIEL 2010. Als Biografie einer Weimarer Schlüsselperson, die diese neue Agenda erfolgreich nutzen konnte, vgl. PYTA 2007, besonders S. 57–67.
- 67 Siehe das Kapitel von Christopher Dillon in diesem Band.
- 68 Für die irriige Annahme, die Weimarer Verfassung sei nur eine modifizierte Variante der Verfassung des Kaiserreichs von 1871 gewesen, siehe EVANS 2003, S. 80.
- 69 Siehe MERGEL 2002, und PYTA 2020, S. 22–67.
- 70 Siehe zum Beispiel LEMMER 1968, S. 151; RADBRUCH 1961, S. 130.
- 71 Siehe die Kapitel von Nadine Rossol und Joachim C. Häberlen in diesem Band, und auch ROSSOL 2010.
- 72 Siehe CANNING 2007, S. 215–228.
- 73 Für eine ausgewogene Betrachtung von Frauen in der Weimarer Politik siehe BOAK 2013, S. 63–133.
- 74 Berechnet von LEHNERT 2016, S. 102–121, 108f.
- 75 Siehe die bahnbrechende Studie von HAGEMANN 1990.
- 76 Siehe das Kapitel von Ute Planert in diesem Band.
- 77 Siehe JONES 2020.
- 78 EVANS 2003, S. 266–288.
- 79 BLASIUS 2005.
- 80 Vgl. SCHUMANN 2001.
- 81 Als wichtige Studie, die eine revidierte Totalitarismustheorie in einem lokalen Kontext umsetzt, vgl. WIRSCHING 1999. Dazu die wichtige empirische Kritik von REICHARDT 2007 und die konzeptionelle Kritik von Dirk Schumann, in: Archiv für Sozialgeschichte, <http://library.fes.de/fulltext/afs/htmrez/80014.htm> [13. 3. 2021]. Ein anderes Argument für die symbiotische Nähe von Kommunisten und Nationalsozialisten bei BROWN 2009. Brown geht es aber nicht um den Nachweis totalitärer Gemeinsamkeiten, sondern um die performative politische Praxis beider Parteien. Insofern fügt sich sein Buch in den oben beschriebenen Forschungstrend ein. Vgl. dazu auch ZIEMANN 2010, S. 564.
- 82 EVANS 2003, S. 229, 257–259, 263–265.
- 83 Vgl. KJØSTVEDT 2013, und das Kapitel von Daniel Siemens in diesem Band.

- 84 Siehe FALTER 1991, S. 325–327, 340–348, und das Kapitel zur Agrargesellschaft von Benjamin Ziemann in diesem Band.
- 85 KOSHAR 1987.
- 86 HARDTWIG 2013b.
- 87 MERGEL 2005; FRITZSCHE 1999.
- 88 Siehe das Kapitel von Susanne Wein und Martin Ulmer in diesem Band.
- 89 Siehe das Kapitel von Thomas Mergel in diesem Band. Bahnbrechend war hier die Studie von FRITZSCHE 1990a, der diesen Prozess am Beispiel norddeutscher Regionen umfassend herausgearbeitet hat. Auf die zahlreichen wichtigen Studien und Aufsätze Fritzsches zur Weimarer Republik, die leider in Deutschland nicht immer hinreichend rezipiert wurden, sei hier nachdrücklich hingewiesen.
- 90 Siehe das Kapitel von Susanne Wein und Martin Ulmer sowie das Kapitel von Daniel Siemens in diesem Band. Siehe schon JONES 1972, S. 23–54; FRITZSCHE 2008, S. 60, 69, über den nationalsozialistischen Konsens.
- 91 Als beste ausführliche Darstellung mit einem weiten Themenspektrum in deutscher Sprache vgl. BÜTTNER 2008.
- 92 ULLRICH 2005, S. 190, 199.
- 93 Vgl. in diesem Band die Kapitel von Siegfried Weichlein sowie von Todd H. Weir und Udi Greenberg, außerdem Benjamin Ziemanns Kapitel über Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft.
- 94 Vgl. ZIEMANN 2010, S. 545f., 566f.
- 95 Vgl. PENNY 2012.
- 96 Für einige Aspekte der Weimarer Bildungsreformen siehe das Kapitel von Barbara Stambolis in diesem Band. Für einen detailreichen Überblick über Erziehung, Schulen und Bildungsreformen vgl. den exzellenten Band von LANGEWIESCHE, TENORTH 1989.
- 97 Siehe REIF 1994; CONZE u. a. 2013. Für die Verbindungen zwischen Adel und Nationalsozialismus siehe MALINOWSKI 2004.
- 98 Siehe ELSAESSER 2000; ROGOWSKI 2010. Siegfried Kracaurs zuerst 1947 in englischer Sprache veröffentlichte Studie „Von Caligari zu Hitler“ und deren teleologischer Ansatz, der eine direkte Verbindung zwischen Weimars Filmproduktion und dem Aufstieg der Nationalsozialisten herstellt, wirkt mittlerweile veraltet. Vgl. KRACAUER 1984.
- 99 Vgl. BESSNER 2017.
- 100 Als guten Einstieg in diese Debatten vgl. WIRSCHING 2007; MERGEL 2011, ferner KAILITZ 2015 mit einer berechtigten Kritik der Thesen von MÜLLER 2014.
- 101 Vgl. SMITH 2005. Vgl. auch SMITH 2010.
- 102 GERLACH 2017, S. 46.
- 103 Vgl. das Kapitel von Larry Eugene Jones in diesem Band sowie zuletzt den wichtigen Beitrag von PYTA, ORTH 2021.

Ausgewählte Literatur

- Becker, Sabina, *Experiment Weimar. Eine Kulturgeschichte Deutschlands 1918–1933*, Darmstadt 2018.
- Bessel, Richard, *Germany after the First World War*, Oxford 1993.
- Boak, Helen, *Women in the Weimar Republic*, Manchester 2013.
- Büttner, Ursula, *Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur*, Stuttgart 2008.
- Fritzsche, Peter, *Wie aus Deutschen Nazis wurden*, Zürich 1999.
- Kolb, Eberhard, Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik*, München 2013 (8. Aufl.).
- McElligott, Anthony, *Rethinking the Weimar Republic. Authority and Authoritarianism 1916–1936*, London 2014.
- Mommsen, Hans, *Aufstieg und Untergang der Republik von Weimar*, Berlin 1998.
- Peukert, Detlev J. K., *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der Klassischen Moderne*, Frankfurt/M. 1987.
- Stibbe, Matthew, *Germany 1914–1933. Politics, Society and Culture*, Harlow 2010.

Teil I

Perioden der Weimarer Republik

Die deutsche Revolution 1918/19

Christopher Dillon

Am Sonntag, dem 10. November 1918, feierte das einflussreiche liberale „Berliner Tageblatt“ den Sturz von Kaiser Wilhelm II. als „die größte aller Revolutionen“.¹ Der Volksaufstand der Soldaten und Zivilisten hatte wie zuvor die Herrscherhäuser in den anderen deutschen Staaten auch die preußischen Hohenzollern abgesetzt. Die politische Macht lag nun bei dem rein sozialistisch besetzten Rat der Volksbeauftragten, den je drei Parteiveteranen der MSPD und der USPD leiteten. Nur eine Woche zuvor, so der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Theodor Wolff, gab es noch „einen militärischen und zivilen Verwaltungsapparat, der so verzweigt, so ineinander verfächert, so tief eingewurzelt war, dass er über den Wechsel der Zeiten hinaus seine Herrschaft gesichert zu haben schien.“ In Szenen, die an die großen Gemälde der Französischen Revolution erinnerten, war dieser Apparat an einem einzigen Samstagnachmittag hinweggefegt worden. „Niemand zuvor“, frohlockte Wolff, sei „eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille in einem Anlauf“ genommen worden.²

Wolffs Einschätzung mag angesichts der nachfolgenden Ereignisse etwas überschwänglich erscheinen. Die deutsche Revolution von 1918/19 sollte nicht nur die Erwartungen ihrer glühendsten Befürworter bald zunichte machen, sondern auch ganze Historikergenerationen enttäuschen, die sich vor allem auf Mängel und verpasste Gelegenheiten fixierten.³ Doch die historische Einschätzung hat sich in jüngster Zeit zunehmend differenziert, und die Historiker tendieren mittlerweile dazu, das Ausmaß der 1918/19 erreichten Veränderungen gebührend zu bewerten. Die deutsche Revolution brachte einen Waffenstillstand, die Republik, eine parlamentarische Demokratie und die erste sozialistische Regierung eines hochentwickelten Industriestaates. Im Vergleich mit der tumulthaften Nachkriegsgeschichte Ost- und Mitteleuropas spielte sich diese Transformation relativ friedlich ab. Der folgende Beitrag bezieht nicht nur diese bedeutenden Errungenschaften mit ein, sondern ist auch ein Plädoyer dafür, besonderes Augenmerk auf die synchrone Dimension des revolutionären Geschehens zu richten, es als ein im Augenblick erlebtes und in seinem Ausgang ungewisses Ereignis zu sehen. In den ersten Novemberwochen des Jahres 1918 bezweifelte kaum eine Zeitung oder ein Kommentator, gleich welcher politischen Provenienz, dass eine wahrhaft historische Revolution stattgefunden habe.⁴ Die Revolution entfachte die politische Fantasie ihrer Befürworter und mobilisierte über die Grenzen von Klasse, Geschlecht und Generation hinweg. Sie wurde weithin, positiv wie negativ, als ein tiefer politischer, gesellschaftlicher und kultureller Einschnitt erfahren. Eine Einschätzung der Revolution in diesem Sinne muss die Durchdringung der Gesellschaft, die Zerschlagung überkommener Autoritätsmuster, die Erzeugung neuer kollektiver Zugehörigkeiten und Antipathien sowie die komplexe

und umstrittene Hinterlassenschaft der Revolution für das Projekt der Weimarer Republik in den Mittelpunkt stellen.

1. Eine Revolution im Kontext

Ende September 1918 kam die deutsche Oberste Heeresleitung (OHL) zu dem Schluss, dass die militärische Situation an der Westfront und auf dem Balkan einen sofortigen Waffenstillstand notwendig mache. General Erich Ludendorff, Generalquartiermeister und treibende Kraft innerhalb der OHL, rief zur Bildung einer neuen, demokratisch legitimierten Regierung auf, die mit dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson Verhandlungen aufnehmen sollte. Trotz seiner bis dahin schroffen Ablehnung innenpolitischer Reformen hoffte Ludendorff nun, die deutsche Armee auf diese Weise als politische Macht retten und die Verantwortung für einen Friedensvertrag zivilen Politikern zuschieben zu können.⁵ Der öffentliche Druck zugunsten einer Verfassungsreform hatte seit dem oft beschworenen, bei Kriegsausbruch zur Einigung der deutschen Heimatfront ausgerufenen „Burgfrieden“ stark zugenommen.⁶ Die steigenden Belastungen des industrialisierten Krieges für alle mobilmachenden Gesellschaften offenbarten und vertieften innenpolitische Brüche nicht nur in Deutschland.⁷ Wirtschaftliche und militärische Entscheidungen der Regierung hatten in Form von Kriegsanzahlungen, Verlustlisten und Lebensmittelkarten direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung. Der in die Länge gezogene Krieg und der zunehmende Mangel an den wichtigsten Gütern begannen die Legitimität des autokratischen politischen Systems Deutschlands zu unterminieren. Die daraus resultierende, weitverbreitete Kriegsmüdigkeit und die sozialen Missstände liefen zwar keineswegs direkt auf ein kohärentes revolutionäres Programm hinaus. Doch sie überschritten sich mit der Kritik und der politischen Sprache der sich immer stärker Gehör verschaffenden radikalen und sozialistischen Gruppierungen an der Heimatfront. Diese Schnittmenge zeigte sich ganz praktisch in einer steigenden Militanz der Industriearbeiter und bedrohte zusammen mit der Abspaltung der gegen den Krieg opponierenden Unabhängigen Sozialdemokraten von der SPD im April 1917 zusehends die politische Ordnung.

Das bei Weitem gravierendste Zeichen kriegsbedingter Uneinigkeit waren die großen Streiks der Munitionsarbeiter im Januar 1918. Arthur Rosenberg, einer der ersten Historiker der Weimarer Republik, hat sie einst als eine „Generalprobe“ für die Revolution bezeichnet.⁸ Als ein transnationales Phänomen begannen die Streiks in Österreich mit dem Protest gegen die unversöhnliche Haltung der Mittelmächte bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk mit den russischen Bolschewisten. Die Annexionsforderungen der OHL liefen den Vorstellungen der deutschen Sozialisten zuwider und standen außerdem im Widerspruch zum Narrativ des Burgfriedens, dem zufolge die Mittelmächte einen reinen Verteidigungskrieg gegen den zaristischen Despotismus

führten. Mehr als eine Million Arbeiter legten in verschiedenen Industrieregionen des Deutschen Reiches die Arbeit nieder und forderten einen Frieden ohne Annexionen, die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheitsrechte, das Ende der in den Fabriken durch militaristische Methoden und mit der Drohung mit dem Schützengraben erzwungenen Disziplin und eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts, das den Konservativen im Kaiserreich so viel Macht im preußischen Landtag einräumte.⁹ Sogenannte Arbeiterräte – solche auf Fabrikebene angesiedelten Ausschüsse waren erstmals im Kontext der Streiks des Jahres 1917 gewählt worden – überbrachten diese Forderungen. Die Wortwahl erinnerte an die Sowjets, die Räte der russischen Revolution, und kennzeichnete eine Abkehr von den traditionellen Institutionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, welche die streikenden Arbeiter wegen ihrer Beteiligung am Burgfrieden für kompromittiert hielten. Die Gerichte gingen drakonisch gegen mutmaßliche Agitatoren und Rädelsführer vor. Etwa 50 000 streikende Arbeiter wurden zum Militärdienst eingezogen, was für weiteren Zündstoff angesichts der ohnehin schwindenden Autorität der Offiziere an der Front sorgte.

Noch im Sommer 1918 war sich Ludendorff sicher, dass ein militärischer Sieg der Mittelmächte die hergebrachte politische Ordnung in Deutschland aufrechterhalten könne. Doch am 5. Oktober wurde der eher liberale Prinz Max von Baden zum Reichskanzler ernannt, und zum ersten Mal in der deutschen Geschichte zogen sozialdemokratische Minister ins Kabinett ein. Noch weitreichender war eine Verfassungsänderung, die den Reichskanzler nun vom Vertrauen der Reichstagsmehrheit abhängig machte. Begleitet von donnerndem Applaus seiner Reichstagsfraktion feierte der Vorsitzende der Mehrheits-SPD Friedrich Ebert im Oktober 1918 die Reformen als den „Geburts-tag der deutschen Demokratie“.¹⁰ Die Oktoberreformen und das gleichzeitige Waffenstillstandsersuchen schienen die Ursachen der innenpolitischen Unruhen zunächst zu beheben. Doch die Ereignisse der folgenden Wochen rufen Alexis de Tocquevilles Bonmot in Erinnerung, nach dem „der gefährlichste Augenblick für eine schlechte Regierung gewöhnlich derjenige ist, in dem sie sich zu reformieren beginnt“.¹¹ Die Reformen waren den Unzufriedenen zu bescheiden und den Anhängern des Kaiserreiches zu weitgehend. Es wirkte nach außen äußerst unglücklich, ausgerechnet einen Prinzen für das Amt des demokratischen Reichskanzlers ausgewählt zu haben, der sich noch dazu durch politische Ungeschicklichkeit und Selbstüberschätzung auszeichnete.¹² Die Parlamentarisierung der deutschen Regierung kam ohne ein die öffentliche Aufmerksamkeit fesselndes politisches Spektakel daher. Die Macht des Militärs blieb allgegenwärtig, und die Lebensmittelknappheit besserte sich nicht: Die „Volksmassen“, wie Rosenberg es ausdrückte, „merkten dabei keinen Unterschied“.¹³ In dem mit neuen Vollmachten ausgestatteten Reichstag sprach der gewöhnlich eher nüchterne USPD-Vorsitzende Hugo Haase von den tausendfachen Erwartungen der radikalen Linken und forderte, nach Höherem zu streben. „Wir sind davon überzeugt“, erklärte er begeistert, „daß aus all dem Elend am letzten Ende doch hervorgehen wird die volle Befreiung der Menschheit.“¹⁴

Bei der nationalistischen Rechten verfinsterte sich derweil die Stimmung. Die „Deutsche Zeitung“, das führende Blatt des Alldeutschen Verbandes, verunglimpfte die Oktoberreformen als einen von dunklen, jüdischen Mächten inszenierten „unblutigen Umsturz“.¹⁵ Selbst mildere Gemüter wie der Industrielle und Intellektuelle Walther Rathenau erwogen übermütig einen Volkskrieg gegen die Waffenstillstandsbedingungen.¹⁶ Gleichzeitig heckten hochrangige Marineoffiziere den ambitionierten Plan aus, die gesamte deutsche Hochseeflotte in Richtung Großbritannien in See stechen zu lassen und neuen Kriegsenthusiasmus durch einen mitreißenden Waffengang gegen die Royal Navy anzufachen. Am 29. Oktober, einen Tag nach der Verabschiedung der Verfassungsreform durch den Reichstag, wurde der Befehl gegeben. Doch die Operation musste innerhalb von Stunden abgebrochen werden, da Matrosen und Heizer in Wilhelmshaven angesichts dieser selbstmörderischen Mission eine Meuterei anzettelten. Der Aufstand griff auf die Hafenstadt Kiel über. Die Behörden verloren endgültig die Kontrolle, als die Militärpolizei am 3. November auf eine Gruppe von Matrosen und Zivilisten schoss und dabei neun Menschen tötete und zwanzig verwundete. Als der Wehrexperte der Mehrheits-SPD, Gustav Noske, zu Verhandlungen mit den Meuterern nach Wilhelmshaven reiste, begrüßte ihn eine Menschenmenge mit den optimistischen, wenn auch verfrühten Rufen „Hoch lebe die Republik“.¹⁷

Die Meuterei der Matrosen inspirierte ähnliche Aufstände in den Ost- und Nordseehäfen Lübeck, Bremen, Cuxhaven und vor allem in Hamburg, Deutschlands zweitgrößter Stadt.¹⁸ Eine Gruppe Kieler Matrosen reiste mit dem Zug zunächst in die Nordseestadt und in den folgenden Tagen weiter durch das gesamte Reich, um als begeisterte Verfechter der Revolution an weiteren Aufständen teilzunehmen.¹⁹ Darstellungen der Novemberrevolution vergleichen ihre „Ausbreitung“ von der Ostsee über das gesamte Reichsgebiet häufig mit einem „Feuer“ oder einer „Flut“, manchmal sogar mit einer „Lawine“.²⁰ Doch diese fatalistische Metaphorik wird der jeweils lokalen, vor Ort entstehenden Dynamik einer Volksmobilisierung gegen Krieg und Autoritarismus nicht gerecht. Weit im Süden des Reiches wurde am 7. November, als sich die Aufstände in Hamburg ausbreiteten, Bayerns altherwürdige Wittelsbacher Dynastie in München gestürzt. Ein Kontingent Matrosen war aufgrund der Unruhen in Kiel in der bayerischen Hauptstadt gestrandet, doch sie hatten an den revolutionären Planungen in München keinen Anteil. Der Journalist und USPD-Vertreter Kurt Eisner hatte sich aufgrund der für den Folgetag angekündigten verfassungsrechtlichen Zugeständnisse zur Deeskalation schon vorher entschlossen, eine geplante Anti-Kriegsdemonstration auf der Theresienwiese als Sprungbrett für die Revolution zu benutzen.²¹ Auch in Frankfurt am Main war die Anwesenheit von Einheiten uniformierter Matrosen bei den örtlichen revolutionären Geschehnissen, bei denen Unabhängige Sozialisten und Fabrikarbeiter eine Vorreiterrolle spielten, eher dekorativer Natur.²² In Berlin, einem Nachzügler der Revolution, scheiterte von Badens letzter Versuch, die Eisenbahnverbindungen in die Stadt abzuriegeln, denn hier waren die Revolutionären Obleute die treibenden Kräfte der Ereignisse und

nicht die Soldaten. Dieses Netzwerk militanter Fabrikarbeiter hatte sich in Opposition zur Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften zusammengeschlossen und spielte bei den Munitionsarbeiterstreiks während des Krieges eine führende Rolle. Die Meuterei des in Berlin stationierten Naumburger Jäger-Bataillons am 9. November, dessen Ergebnis zum Haus Hohenzollern angeblich ihresgleichen suchte, besiegelte Wilhelms Schicksal. Max von Baden gab die Abdankung des Kaisers bekannt, ohne ihn vorher auch nur konsultiert zu haben. Berlins rührige Presse sorgte dafür, dass sich diese Nachricht, die wie eine Bombe einschlug, innerhalb von 15 Minuten in der ganzen Stadt verbreitete.²³

Am selben Tag übertrug von Baden dem MSPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert das Amt des Reichskanzlers. Ein Rat der Volksbeauftragten mit jeweils drei Mitgliedern von MSPD und USPD, unter dem Vorsitz von Ebert und Haase, wurde gebildet und führte vorübergehend die Regierungsgeschäfte. Die deutsche Linke hoffte, damit ein Signal für die Überwindung der Spaltung der sozialdemokratischen Bewegung auszusenden. Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin bestätigte den Rat der Volksbeauftragten als provisorische Regierung. Die Doppelrolle als Reichskanzler und Mitvorsitzender des Rates der Volksbeauftragten machte Ebert zur Schlüsselfigur, wobei seine Amtsbefugnis in der Praxis unklar blieb. Die Übergabe des Reichskanzleramtes an Ebert verstieß technisch gesehen gegen Artikel 15 der Reichsverfassung, nach der nur der Kaiser den Reichskanzler ernennen konnte.²⁴ Der Anspruch des Vollzugsrats der Berliner Räte, eine reichsweite Rätebewegung zu vertreten, war eher zweifelhaft. Auf ihrer Versammlung am 9. November forderten sie außerdem die Sozialisierung des industriellen Sektors und eine Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem bolschewistischen Russland, was weit über Eberts mutmaßliches Übergangsmandat hinausging.²⁵ Die wichtigsten revolutionären Maßnahmen – die Wiederherstellung der bürgerlichen Freiheiten, die Aufhebung der Gesindeordnung und der Gesetze, welche die Landarbeiter in ihren persönlichen Freiheiten beschränkten, sowie das Versprechen eines allgemeinen Wahlrechts – wurden am 12. November schlichtweg proklamiert. Am 15. November, nach Verhandlungen zwischen deutschen Industriellen und Gewerkschaften, gab die Übergangsregierung die Einführung des Achtstundentags, eine langjährige Forderung der Arbeiterbewegung, als Teil des sogenannten Stinnes-Legien-Abkommens bekannt. Dies waren in der Tat bedeutende und dauerhafte Errungenschaften, doch konnten sie die Gräben innerhalb der deutschen Linken nicht überbrücken. Dass am 9. November die Republik gleich zweimal ausgerufen wurde – einmal durch den Mehrheits-Sozialdemokraten Philipp Scheidemann vom Balkon des Reichstages und zeitgleich durch den Radikalen Karl Liebknecht vor dem Berliner Stadtschloss – verhieß nichts Gutes für die Harmonie innerhalb der revolutionären Bewegung. Der britische Premierminister David Lloyd George warnte sein Kriegskabinett am nächsten Tag, dass die Ereignisse in Deutschland „einen ähnlichen Verlauf nehmen wie die in Russland.“²⁶

2. Revolutionäre Mobilisierungen

„Kein anderes Ereignis in der deutschen Geschichte hat so viele Beteiligte an sich binden und die nationale Bühne so komplett ausfüllen können wie die Novemberrevolution“, urteilt der Historiker Peter Fritzsche.²⁷ Die Revolution erzeugte eine staatsbürgerliche Energie, die die Beobachter in Erstaunen versetzte. Für Ben Hecht, den gut vernetzten Deutschland-Korrespondenten der „Chicago Daily News“, schien jeder Tag so viel Aufregung zu bieten wie „der Vorabend von Präsidentschaftswahlen zuhause ... alles drehte sich um Politik, Revolution, Anti-Revolution“.²⁸ Der Tagebuchschreiber Victor Klemperer dachte ähnlich. Die Revolution „war immer da, vom Morgen bis zum Abend“, notierte er.²⁹ Aktivisten wie die umtriebige Toni Sender in Frankfurt arbeiteten rund um die Uhr und gaben ihre Gesundheit für die revolutionäre Sache.³⁰ Erschöpft nach den monatelangen Unruhen, sprach der renommierte Soziologe Max Weber im März 1919 von der „allgemeinen eitlen und vielgeschäftigen Neigung, überall mit dabei sein zu müssen“.³¹ Die Menschenmengen auf den Straßen zeugten Anfang November 1918 von einer Periode intensiver politischer Mobilisierung und Auseinandersetzung, die über die gesamte Dauer der neuen Republik hinweg ihren Widerhall finden sollten. Die Rätebewegung, entstanden aus den Arbeitskämpfen der Kriegszeit, blühte auf und breitete sich über das gesamte Land aus. Sie nahm dabei beständig neue Formen an und gewann neue soziale Anhängergruppen. In Heidelberg gehörte Weber selbst schon frühzeitig zu den enthusiastisch Mitwirkenden. Die Ausrufung der Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung im Dezember 1918 setzte nimmermüde Kampagnen auf allen Seiten des politischen Spektrums in Gang. Neben den formalen Institutionen des öffentlichen Lebens wurden auch der Alltag und der soziale Raum zunehmend politisiert. In den Stadtzentren wimmelte es von demobilisierten Soldaten, die darauf warteten, dass der Staat ihr Opfer beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit anerkannte. Hoffnungen und Vorahnungen, geweckte und enttäuschte Erwartungen sollten den Kurs der deutschen Revolution massiv und in unberechenbarer Weise beeinflussen.

Anfang November 1918 lag die Macht auf der Straße. Die revolutionären Massen waren die Speerspitze einer populären Mobilisierung gegen Militarismus und Autokratie. Von ihnen gibt es weit weniger Geschichten als von den Scharen, die im August 1914 den Kriegsausbruch mit Jubelstürmen feierten.³² Beeindruckend ist aber die Menge an visuellen Zeugnissen. Die Menschenmengen vom November 1918 waren sozial diversifizierter, und ihr Erscheinen wirkte weniger einstudiert und patriotisch gefärbt. Fotografien und Zeitungsberichte zeugen von organisierten Radikalen, streikenden Arbeitern, Matrosen und Soldaten, Frauen, Teenagern und neugierigen Zuschauern aus allen Bevölkerungsschichten.³³ Diese Massen inszenierten die Novemberrevolution als politisches Theater und Spektakel. Unter Missachtung der kriegsbedingten Einschränkungen der Versammlungsfreiheit eigneten sie sich den öffentlichen Raum an, wobei der Übergang zwischen Beteiligten und Beobachtern fließend und kaum wahr-

nehmbar war.³⁴ Polizei- und Militäreinheiten legten fast durchgängig deutlichen Unwillen an den Tag, die Menschenmengen zu zerstreuen, was den Zusammenbruch der staatlichen Autorität nur zu gut widerspiegelte. Niemals zuvor in den Jahrzehnten ungestüme politischer Kundgebungen hatten sich Demonstranten so frei bewegt auf der Prachtstraße des Kaiserreiches, Unter den Linden in Berlin. Überall in Deutschland wurden Rathäuser, Polizeistationen, Gefängnisse, Kasernen, Zeitungsbüros, Bahnhöfe und Telegrafstationen zu Knotenpunkten der Darbietung und Inszenierung der Volkssouveränität. Vor allem aber symbolisierten die Menschenmassen den Sieg einer sozialen Protestbewegung, im Unterschied zum bloßen Transfer politischer Macht auf der Grundlage der Oktoberreformen. Dies erklärt die Beunruhigung, die sie bei dem Rat der Volksbeauftragten, den Nutznießer der Revolution, hervorriefen. Ebert und Scheidemann, die beide die breit gefächerten Institutionen der SPD durchlaufen hatten, bereitete die unberechenbare Politik auf der Straße Kopfschmerzen. In seinem allerersten „Aufruf an die deutschen Bürger“ mahnte Ebert am 9. November: „Verlaßt die Straßen!“³⁵ „Ruhe und Ordnung“ war die Losung der MSPD-Revolution. Dennoch bezog die neue Regierung ihre populistische Legitimität aus der Erinnerung an die Menschenmengen vom November 1918. Die Straße sollte ein entscheidender Ort des politischen Engagements und der Auseinandersetzung bleiben. Die nervösen Medien verfolgten genauestens die Ruhe im städtischen öffentlichen Raum und nahmen sie als ein Barometer für Ordnung oder „Anarchie“.³⁶ Vor allem radikale Linke erkannten dies als eine Möglichkeit, um Druck auf die Regierung Ebert auszuüben.



Abb. 1.1: Die Mitglieder des Arbeiterrates der AEG in Hennigsdorf bei Berlin posieren Ende 1918 für ein Gruppenfoto.

Eine ähnliche Ambivalenz kennzeichnete das Verhältnis zwischen Regierung und Rätebewegung, die ebenfalls Anspruch auf die demokratische Volkssouveränität erhob. Der Rat der Volksbeauftragten begrüßte die am 9. November ausgesprochene Unterstützung des Groß-Berliner Vollzugsrats. Doch insbesondere die drei Delegierten der Mehrheits-SPD hegten tiefes Misstrauen gegen die Rätebewegung, die sie für einen russischen Import und der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung fremd hielten.³⁷ Die Existenz der Räte verschlechterte außerdem die Beziehungen zwischen der MSPD und den bürgerlichen Gruppierungen, die in ihnen bestenfalls eine Verschwendung öffentlicher Gelder und schlimmstenfalls ein Instrument der Leninistischen Klassendiktatur sahen. Die MSPD hatte sich die Einberufung einer demokratischen, verfassungsgebenden Versammlung auf ihre Fahnen geschrieben, sobald die Demobilmachung eine solche zuließ, was eine sozialistische Mehrheit eher unwahrscheinlich machte. Aus dieser Sicht schien es kaum plausibel, dass die Räte mehr als ein reines Übergangsinstrument bis zur Verabschiedung einer neuen Verfassung durch die Nationalversammlung sein würden. Jahrzehntlang haben Historiker darüber gestritten, ob dies eine verpasste Gelegenheit für die junge Republik darstellte.³⁸ So gesehen hätte der strategische Einsatz der Räte möglicherweise eine umfassendere Demokratisierung von Wirtschaft und Verwaltung zur Folge haben können. Diese Debatten haben eine unschätzbare Fülle empirischer Studien nach sich gezogen. Viele von ihnen ergehen sich allerdings in kontrafaktischen Spekulationen, was die synchrone Bedeutsamkeit und Integrität der Revolution von 1918/19 als einem momentan gelebten historischen Ereignis schmälert. Im Folgenden soll die Rätebewegung stattdessen als eine Form revolutionärer Mobilisierung der Zivilgesellschaft gesehen werden.

Als die Revolution am 9. November in Berlin begann, hatten sich bereits in jeder Stadt im Westen Deutschlands und bis weit in den Süden hinein Arbeiter- und Soldatenräte gebildet.³⁹ Besonders aktiv war die Rätebewegung in Bayern, dem zweitgrößten deutschen Flächenstaat. In ganz Bayern reagierten Aktivisten der Arbeiterbewegung enthusiastisch auf die Einladung von Ministerpräsident Kurt Eisner in seiner Ansprache zur Amtseinführung: „Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt!“⁴⁰ Eisner, risiko- und experimentierfreudiger als Ebert, wusste, dass die Revolution Spektakel und charismatische Persönlichkeiten benötigte. Begeistert schwärmte er Theodor Wolff am 22. November vor, die bayerische Revolution sei ein „prachtvolles Schauspiel“.⁴¹ Mehr als jeder andere Politiker seiner Zeit begriff Eisner das propagandistische Potenzial der Rätebewegung als eine Inszenierung der Transformation. Er setzte die bayerischen Räte als pädagogische Instrumente einer direkten, substanziellen Demokratie in Szene, welche den schalen Formalismus des „bürgerlichen Parlamentarismus“ ergänzen und letztlich ablösen würden.⁴² Binnen zwei Wochen nach seinem Triumph in München erreichte die Rätebewegung jede Stadt und wohl auch den größten Teil aller Dörfer und Gemeinden in Bayern.⁴³ In der Provinz kam die Bevölkerung, eingeladen von linken Aktivisten, auf öffentlichen Plätzen zusammen, um in Versammlungen

Arbeiterräte zu bilden. Dies wurde manchmal feierlich und sogar mit Musik begangen. Fast immer gab es mahnende Reden, die den historischen Moment mit erhebenden und hymnischen Worten priesen und, typisch für die deutsche Revolution, zu „Ruhe und Ordnung“ aufriefen.⁴⁴ In einer Abstimmung per Zuruf wählte man die Mitglieder der Räte, die oft Veteranen der Arbeiterbewegung und vertraut mit Gremienarbeit waren. Es muss in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, dass die Mehrheit dieser ersten Generation der Räte-Aktivisten, selbst derjenigen in Bayern, die schnellstmögliche Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung unterstützte.

In ganz Deutschland wurden kurz nach den Arbeiterräten auch Soldatenräte gebildet, wenn dies nicht schon in örtlichen Garnisonen geschehen war.⁴⁵ Anders als im Nachbarstaat Österreich, wo die beiden Rätetypen als eigenständige Einheiten erhalten blieben, schlossen sie sich in Deutschland in der Regel zu Arbeiter- und Soldatenräten zusammen. Die Arbeitervertreter der Räte ließen sich in Rathäusern und Bezirksämtern nieder, beflaggten ihre neue Arbeitsstätte mit der roten Fahne und machten sich an die Organisation von Arbeitslosenhilfe und gerechter Lebensmittelverteilung zur Lösung lokaler sozialer Probleme. Die Soldatenräte waren im Gegenzug für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung verantwortlich. Unabhängige Sozialdemokraten und mehrheitssozialdemokratische Aktivisten der Rätebewegung stritten weiterhin hitzig über die Burgfriedenspolitik der Kriegszeit, arbeiteten aber für gewöhnlich kameradschaftlich zusammen, um die noch aus dem Kaiserreich stammenden administrativen Altlasten zu beseitigen.⁴⁶ Bei ihrem andauernden Kampf gegen das Horten von Lebensmitteln und Schwarzmarktgeschäfte stellten die Räte die Einhaltung der existierenden Richtlinien sicher, wobei sie den Ärger, den dies bei manchen erzeugte, sichtlich genossen. Sie erstellten Listen mit leer stehendem Wohnraum zur Verbesserung der problematischen Wohnsituation in den Städten, deren Bevölkerung zunächst durch die Kriegswirtschaft und danach im Zuge der Demobilisierung stark angewachsen war. Die örtliche Presse publizierte ihre Mitteilungen und Ankündigungen, oft an prominenter Stelle. Der Historiker Francis L. Carsten hat geurteilt, dass diese alltäglichen Aktivitäten der Räte zwar sehr „nützlich“, aber „völlig unpolitisch“ gewesen seien.⁴⁷ Diese Einschätzung gründet sich auf ein äußerst enges, staatsbezogenes Verständnis des Politischen. Denn die deutsche Revolution bestand aus beidem: fiebernden Aktivitäten von unten und dramatischen Szenen der hohen Politik. Max Weber feierte den staatsbürgerlichen Geist der Heidelberger Arbeiter- und Soldatenräte, die „ihre Sache ganz vorzüglich und ohne alles Gerede gemacht“ hatten.⁴⁸ Der Topos des unnahbaren wilhelminischen Bürokraten war den Räten ein Anti-Vorbild. Sie boten Sprechstunden an, die von Rat- und Hilfesuchenden förmlich überschwemmt wurden.⁴⁹ Örtliche Honoratioren und Verwaltungen behandelten sie zunächst äußerst brüsk. Die Eliten der Städte und Gemeinden – angefangen bei gewählten Amtsträgern und Beamten über Offiziere der Armee bis hin zu Priestern, Pastoren und Zeitungsredakteuren – hatten während des Krieges ungeachtet der bedrohlichen materiellen Lage fast überall im Reich die

Bevölkerung mit Durchhalteparolen zur Unterstützung der Kriegsanstrengungen angefeuert. In diesem Sinne war die Rätebewegung von unten eine Fortsetzung der politisierten Friedensbewegung der Kriegszeit. Nach der Auflösung der monarchischen und, wie es schien, auch der militärischen Macht sahen sich diese lokalen Eliten mit der nüchternen Forderung auf Volkssouveränität konfrontiert. Um die in den Städten bisher durch ein restriktives, an Einkommen oder Besitz gebundenes Wahlrecht zementierte bürgerliche Hierarchie aufzubrechen, stellten die Räte neue politische Akteure mit Befugnissen aus. In einer „verkehrten Welt“ übertrugen sich so der Charakter und die Dynamik der lokalen Aufstände gewissermaßen auf die Räte.⁵⁰ In Hamburg hatte beispielsweise die Regierungsgewalt bisher in den Händen reicher, auf Lebenszeit gewählter Senatoren gelegen, obwohl es in der Hansestadt eine starke Arbeiterbewegung gab. Am 12. November marschierte der neue Arbeiter- und Soldatenrat in den Senat ein und entließ kurzerhand dessen Mitglieder mit vorgehaltener Waffe. Die Senatoren wurden darüber informiert, dass „alle Brücken zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit verbrannt“ seien.⁵¹

In der Praxis erzwangen die angeschlagenen öffentlichen Finanzen der Stadt Hamburg jedoch bald den Rückzug von einem solchen revolutionären Maximalismus. Der Senat wurde unter Beteiligung von vier Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates mit Veto-recht wieder einberufen. Die Beaufsichtigung anstelle der völligen Beseitigung lokaler Institutionen avancierte bald zu einer häufigen, in ganz Deutschland angewandten Strategie der Räte. Obgleich dies zur Enttäuschung der radikaleren Teile der Rätebewegung beitrug, sollte der politische Symbolismus der Beaufsichtigung nicht übersehen werden. In Frankfurt saß beispielsweise die junge Toni Sender als Delegierte des Arbeiter- und Soldatenrates im völlig überalterten Ältestenrat der Stadt. Sie war außerdem als Vertreterin der USPD in den Frankfurter Stadtrat gewählt worden, dessen während der Kriegszeit meist gähnend leerer Besucherbereich nun oft vor Menschen wimmelte – ein weiteres Zeichen der durch die Revolution hervorgerufenen zivilgesellschaftlichen Aufbruchsstimmung.⁵² Die Arbeiter- und Soldatenräte konnten im Prinzip aufsässige oder un-bequeme Beamte entfernen, doch das Ausmaß der Entlassungen unterschied sich je nach Region erheblich. Der Rat der Volksbeauftragten und die einzelnen Länderregierungen waren bemüht, die öffentliche Verwaltung so wenig wie möglich zu beeinträchtigen und Entlassungen und Amtsniederlegungen auf ein Minimum zu beschränken. Der Kampf war besonders ungleich im konservativen Ostpreußen, wo nur 15 der 105 Landräte aus ihrem Amt entfernt wurden.⁵³ Noch trüber sah es in den Teilen des Rheinlandes aus, die am 1. Dezember 1918 unter den Bedingungen des Waffenstillstands von alliierten Truppen besetzt worden waren. Die militärischen Besatzungsmächte erkannten die rheinischen Arbeiter- und Soldatenräte nicht an. Trotz des vollmundig verkündeten Kriegsziels der Alliierten einer Demokratisierung Deutschlands arbeiteten ihre Offiziere ausschließlich mit Vertretern des wilhelminischen Verwaltungsapparates zusammen. Amerikanische Armeeinghörige beriefen sich darauf, dass ihnen dies Zugang „zu hochkompetenten

Beamten“ verschaffe, im Gegensatz zu „Beauftragten der Arbeiterräte, die während der Hysterie der Revolution ausgewählt worden“ seien.⁵⁴ Die französische Armee, die schon die Arbeiter- und Soldatenräte in Elsass-Lothringen aufgelöst hatte, fuhr ebenfalls einen harten Kurs gegen die Räte in ihrer Besatzungszone. Die Kommunistische Internationale kam zu dem bitteren Schluss, dass „die Alliierten die Revolution in den besetzten Gebieten strangulieren“.⁵⁵ Die weitreichenden, durch die Furcht vor einem radikalen, „bolschewistischen“ Räteystem ausgelösten Interventionen der Alliierten blieben während der gesamten Revolutionszeit ein strukturelles Hindernis.

Die deutsche Rätebewegung unterschied sich auch hinsichtlich ihrer organisatorischen Vielfalt von ihrem russischen Vorläufer. Während sich die agrarischen Regionen in Russland nur langsam auf das Sowjetsystem einließen, entstanden in Deutschland in rascher Folge Bauernräte auf dem Land. So bildeten sich in Oberschlesien und Bayern, Regionen, in denen es eine Tradition des bäuerlichen Populismus gab, spontan unabhängige radikale Bauernräte.⁵⁶ Weit verbreiteter waren allerdings die durch den Bund der Landwirte protegierten Bauernräte, die als konservatives Gegengewicht gegen die städtischen Gewerkschaften und die Arbeiterräte fungieren sollten und die eher defensiv und antidemokratisch eingestellt waren.⁵⁷ Als stärker engagiert erwiesen sich die in vielen Städten und Gemeinden entstehenden Bürgerräte der Mittelschichten, die bei den wieder auflebenden politischen Auseinandersetzungen die Interessen des Bürgertums vertraten. Ihr Tenor war antisozialistisch, aber nicht unbedingt antirevolutionär. In ihrer Eigenständigkeit gegenüber traditionellen, patrizischen Institutionen der bürgerlichen politischen Kultur hatten die Bürgerräte fast etwas Rebellisches.⁵⁸ Trotzdem hielten viele Aktivisten der Arbeiterbewegung, für die die Räte kein Privileg, sondern ein Instrument zur Emanzipation darstellten, die Mobilisierung von bürgerlichen Berufsinteressen durch die Bürgerräte für abgeschmackt. Bei einer Ansprache vor dem Plenum der Berliner Arbeiterräte am 19. November warnte der Vorsitzende der Revolutionären Obleute, Richard Müller: „Genossen, seit Euch dessen gewahr! Neben Hausbesitzerräten fehlen nur noch Millionärräte. Solche Räte brauchen wir nicht.“⁵⁹

Eine soziale Gruppierung blieb demgegenüber in der Rätebewegung stark unterrepräsentiert: die Frauen. Während des Krieges waren deutsche Frauen als Lehrerinnen, Krankenschwestern, Postbeamtinnen und Straßenbahnschaffnerinnen, aber auch im Wohltätigkeits- und Fürsorgebereich zunehmend sichtbar geworden.⁶⁰ Selbst wenn man zugesteht, dass Polizei und Bürokratie in ihren Berichten der Beteiligung von Frauen an inneren Unruhen besondere Aufmerksamkeit schenkten, gibt es keinen Zweifel, dass Frauen während des Krieges bei öffentlichen Unzufriedenheitsbekundungen über die soziale Situation die Hauptrolle spielten.⁶¹ Frauen standen an der Spitze der in Bedrängnis geratenen deutschen Friedensbewegung und waren sowohl als Streikende und als Gewerkschaftsvertreterinnen bei Streiks und Arbeitskämpfen aktiv.⁶² Die Einführung des Frauenwahlrechts, seit Langem von der SPD gefordert, war zweifellos die wichtigste transformative Maßnahme der Revolution. Mit einem Schlag bekam die im Ent-

stehen begriffene deutsche Demokratie eine neue Wählerbasis mit rund zwei Millionen mehr weiblichen als männlichen Wählern. Am 17. November 1918 hielten der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht und die SPD eine feierliche Veranstaltung in der Frankfurter Paulskirche ab.⁶³ Die ehrwürdige Stätte der Nationalversammlung der Revolution von 1848 signalisierte, dass nun endlich ein emanzipatorisches Ziel der vorherigen Revolution erreicht war. Die sozialistische Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ jubelte, die deutschen Frauen seien nun „die freiesten auf der Welt“.⁶⁴ Den Münchner Frauenrechtlerinnen Lida Gustava Heymann und Anita Augspurg erschien der Aufbruch der Revolution rückblickend wie „ein schöner Traum“, und sie erinnerten sich an „Winterwochen voller Arbeit, Hoffen und Glück“.⁶⁵ In weiten Teilen konzentrierte sich ihre Arbeit auf die politische Weiterbildung von Frauen als Vorbereitung auf die Wahlen zur Nationalversammlung. Auf Eisners nachdrückliches Eintreten hin richtete das bayerische Ministerium für Soziale Fürsorge ein Referat für Frauenrechte ein. In Braunschweig wurde Minna Faßhauer zur Volkskommissarin für Volksbildung ernannt und war damit Deutschlands erste weibliche Regierungsministerin.⁶⁶ Die Sozialistinnen Clara Zetkin und Rosa Luxemburg, herausragende Intellektuelle der radikalen Linken, waren einflussreiche Verfechterinnen einer zweiten, sozialen Revolution. Auf der politischen Rechten propagierten Frauen konservative und maternalistische Werte.⁶⁷ In den meisten deutschen Ländern waren Frauen bis 1908 von der formalen Politik ausgeschlossen gewesen und wurden nun oft immer noch wie Eindringlinge in eine männliche Sphäre behandelt. Am 19. November riss Heymann die Besucher eines voll besetzten Münchner Bierkellers von den Stühlen, als sie vor Kräften warnte, welche die hart erkämpfte Gleichstellung der Frau wieder zurückdrängen wollten.⁶⁸ Die Rede der Wissenschaftlerin und Sozialreformerin Dr. Rosa Kempf wurde durch Zwischenrufe unterbrochen, als sie im folgenden Monat als erste Frau vor dem revolutionären Provisorischen Nationalrat Bayerns sprach. Sie berichtete, an Sitzungen teilgenommen zu haben, die regelmäßig in gewaltsamen Auseinandersetzungen endeten, und fürchtete, dass ein Klima der Bedrohung Frauen abschrecken würde, sich mehr an der Revolution zu beteiligen.⁶⁹ Auch die 37 weiblichen Delegierten der Nationalversammlung erlebten im Februar 1919 einen sehr unterschiedlichen Empfang durch ihre männlichen Kollegen.⁷⁰ Mit 8 Prozent stellten sie hier immerhin mehr Vertreterinnen als in der vermeintlich radikalen Rätebewegung. Auf dem ersten Reichsrätekongress im Dezember 1918 waren nur zwei der 489 Delegierten Frauen.

3. Gegenrevolutionäre Mobilisierung

Dieses klägliche Ergebnis auf der Ebene der Delegierten entsprach um die Jahreswende herum einer allgemeinen Maskulinisierung der Revolution. Ein entscheidender Grund hierfür war die Ende November beginnende Demobilmachung der deutschen Armee.

Mit einer aufwendigen Parade begrüßte man die geordnet heimkehrenden Frontsoldaten in Berlin, wo die Straßen zum ersten Mal seit der Revolution wieder voll von Kränzen, den schwarz-weiß-roten Flaggen des Kaiserreiches und Armeeeoffizieren waren. Auf der ersten und größten Veranstaltung dieser Art am 10. Dezember lobte Ebert die Truppen für ihre „mannhafte“ Tapferkeit und beteuerte: „Kein Feind hat euch überwunden.“⁷¹ Die überwiegende Mehrheit der Soldaten dachte an nichts anderes als an die Rückkehr zu ihren Familien, nachdem sie einmal den Rhein überquert hatten. Sie waren nicht die brutalisierten, rachelustigen Veteranen, wie der nationalistische Mythos sie später beschreiben sollte. Etwa Mitte Februar 1919 war fast die gesamte acht Millionen Mann starke Armee demobilisiert.⁷² Die deutschen Frauen, die bis dahin die wirtschaftliche Hauptlast getragen hatten, verloren ihre Arbeitsplätze an die Kriegsheimkehrer in einem, wie es die feministische Frauenzeitschrift „Die Frau“ ausdrückte, „umfassenden Schlag gegen die arbeitenden Frauen im Allgemeinen“.⁷³ Ungeachtet der persönlichen Ansichten der einzelnen Soldaten selbst beflügelte ihre Rückkehr auf deutschen Boden gegenrevolutionäre Fantasien. Rechte Kräfte fühlten sich unter der Deckung der Armee zum Wiederauftauchen ermutigt. Am 6. Dezember versuchte eine Gruppe Offiziere mittlerer Dienstgrade, Richard Müllers Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte zu verhaften und Ebert als Diktator zu installieren. Ebert lehnte dankend ab, und die Intrige kollabierte umgehend. Aber die Nachricht des Putschversuches erreichte eine im Norden Berlins abgehaltene Demonstration des Spartakusbundes, einer linksradikalen Gruppe unter der Leitung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Eine Einheit mit 60 loyalen Soldaten wurde losgeschickt, um die Spartakisten an einer Straßenbahnhaltestelle abzufangen. Dem Anschein nach in einem Zustand aufgeregter Panik, eröffneten sie das Feuer auf die einfahrende Straßenbahn, wobei 16 Zivilisten ums Leben kamen.⁷⁴ Diese bis dahin gewalttätigste Episode der Revolution stellte die Weichen für sechs Wochen andauernde blutige Unruhen in der Hauptstadt.

Der Vorfall war nicht die erste Einmischung der deutschen Armee in revolutionäre Politik. Am 10. November, dem Tag, an dem Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ den Untergang des preußischen Militarismus feierte, sprach Ludendorffs Nachfolger Wilhelm Groener mit Ebert. Er sicherte ihm die Unterstützung der OHL zu, wenn er im Gegenzug den Fortbestand des Offizierskorps und die Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung zusicherte. Dieser Austausch von Höflichkeiten ist oft als ein „Pakt“ bezeichnet worden, was seine Bedeutung stark übertreibt. So verfügten weder Groener noch Ebert über den entsprechenden Einfluss, um ein solches Vorhaben in die Tat umzusetzen. Am 16. Dezember 1918 versammelte sich der Reichsrätekongress im Gebäude des preußischen Landtages. Obwohl er sich mit 400 zu 50 Stimmen für die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar aussprach, verabschiedete er außerdem einstimmig die sogenannten Sieben Hamburger Punkte, die unter anderem die Entfernung aller Rangabzeichen und die Abschaffung des stehenden Heeres forderten.⁷⁵ Um Weihnachten herum stellte sich heraus, dass Groener nicht über genügend zuver-

lässige militärische Ressourcen zur Unterstützung Eberts verfügte. Schon seit geraumer Zeit hatten sich die Beziehungen zwischen der Regierung und der Volksmarinedivision, einer am 9. November im Wesentlichen von Kieler Matrosen geschaffenen Einheit, verschlechtert. Am 23. Dezember revoltierte diese Division gegen das Ausbleiben ihres Soldes und setzte den Stadtkommandanten Otto Wels von der MSPD fest. Ebert forderte den preußischen Kriegsminister zur Aussendung von Truppen auf, die am Morgen des 24. Dezembers die Stellung der Division unter Beschuss nahmen. Die Auseinandersetzung endete jedoch mit einer blamablen Niederlage für die Regierung und die Einheit der OHL, die 56 Männer verlor, während die Rebellen nur 11 Todesopfer zu beklagen hatten.

Dieses von den Spartakisten als „Eberts Blutweihnacht“ titulierte Debakel hatte zwei wichtige Konsequenzen. Aus Protest gegen die Anwendung militärischer Gewalt gegen die als Helden der Revolution verehrten Matrosen verließen zunächst die USPD-Delegierten den Rat der Volksbeauftragten. Der linke USPD-Flügel, der schon seit der Entscheidung des Rätekongresses zugunsten einer Nationalversammlung mit den Hufen scharfte, bekam wieder Aufwind. Zweitens verdoppelten Regierung und OHL ihre Bemühungen, verlässliches Militärpersonal zum Schutz des Staates und der Nationalversammlung gegen die Linke zusammenzustellen. Um den Demobilmachungsprozess zu verlangsamen, gab das Kriegsministerium Anfang Januar bekannt, dass Soldaten so lange freiwillig in der Armee verbleiben durften, bis sie einen Arbeitsplatz gefunden hatten. Vor allem aus diesem Pool erfolgte anfänglich die Rekrutierung der gegenrevolutionären Stoßtruppen der Freikorps.⁷⁶ Ebert und Gustav Noske, der nach dem Ausscheiden der Unabhängigen der Regierung beigetreten war, inspizierten am 4. Januar 1919 die erste dieser neuen Formationen in einem Armeestützpunkt in Zossen. Beindruckt von ihrem männlichen Auftreten, soll Noske Ebert vor Freude auf die Schulter geklopft haben.⁷⁷

Diese Freiwilligen mussten nicht lange auf ihren ersten Einsatz gegen die Revolution warten. Wenige Tage zuvor war in einem Klima gegenseitiger Beschuldigungen unter den Anhängern der Linken die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet worden. Ihre Gründungsmitglieder stimmten mit überwiegender Mehrheit gegen eine Teilnahme an den Wahlen zur Nationalversammlung.⁷⁸ Sie verabschiedeten gegen den ausdrücklichen Wunsch von Luxemburg und Liebknecht eine Resolution, die einen möglichen Putsch implizierte. Diese Dynamik setzte sich in den Folgemonaten fort, als das Führungspersonal der Kommunisten, der Revolutionären Obleute und der USPD wiederholt entweder die Kontrolle über die revolutionären Impulse ihrer Mitglieder verlor oder sich diesen widersetzte. Das bekannteste Beispiel für spontanen Aufruhr ist der Januaraufstand 1919 in Berlin. Die populäre Bezeichnung als „Spartakusaufstand“ ist dabei in höchstem Maße irreführend, denn die Revolte war weder von den Spartakisten geplant noch angeführt. Ausgelöst wurde der Januaraufstand durch die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn, Mitglied der USPD-Radikalen und den

Volksbeauftragten ein Dorn im Auge. KPD, USPD und Obleute riefen zu Demonstrationen am Folgetag auf, an denen sich völlig unerwartet Hunderttausende beteiligten.⁷⁹ Die Ereignisse gerieten bald außer Kontrolle, als eine kleine Gruppe bewaffneter Radikaler die Räumlichkeiten der verhassten MSPD-Zeitung „Vorwärts“ und einiger liberaler Verlage besetzte. Liebknecht und andere Radikale überschätzten die Bereitschaft zu einer zweiten, sozialen Revolution innerhalb und außerhalb Berlins und riefen zu einem Generalstreik auf, der Ebert stürzen und die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern sollte. Tatsächlich war der Plan für dieses Vorhaben verworren und abwegig und wäre vermutlich von allein im Sande verlaufen, hätte nicht die parteiliche, nach Blut lechzende Presse Berlins dazwischengefunkt.⁸⁰ Die MSPD, die sich selbstgerecht zur Beschützerin von Ordnung und Pressefreiheit aufspielte, witterte eine Gelegenheit, nach der Blamage der „Blutweihnacht“ die Staatsmacht zu stärken und die Beziehungen zum bürgerlichen Lager in der zukünftigen Nationalversammlung zu festigen. Noske war nur zu gern bereit, die Initiative zu ergreifen. Am 11. Januar nahmen loyale Soldaten das Gebäude des „Vorwärts“ unter Beschuss und überrannten die Besatzer innerhalb kürzester Zeit. Aber dann rief Noske die Freikorps, um die Straßen Berlins von Radikalen zu reinigen. Mindestens 150 mutmaßliche Spartakisten, manche von ihnen einfache Streikende, wurden getötet. Von den 400 Verhafteten verloren mindestens 9 ihr Leben im Gefängnis. Aus dem Untergrund schrieb Liebknecht, eine „ungeheure gegenrevolutionäre Schlammlut aus den zurückgebliebenen Volksteilen und den besitzenden Klassen ersäufte“ die deutsche Revolution.⁸¹ Er wurde zur Strecke gebracht und angeblich „beim Fluchtversuch erschossen“, eine fiktive Version der Ereignisse, welche die MSPD und ihre Mitstreiter in der Presse hitzig verteidigten. Einige Monate später fischte man Luxemburgs Leiche aus dem Landwehrkanal. Ebert zeigte sich von der Leistungsfähigkeit der Freikorps beeindruckt. Auf einer Sitzung der Länderregierungen am 31. Januar bemerkte er: „Wenn man nur über eine ausreichende Militärmacht verfügt, ist das Regieren einfach; es war sehr schwierig, eine Militärmacht aufzubauen, endlich ist es uns gelungen.“⁸²

Ebert stand zu seinem Wort, und die in Berlin begonnene Gewalt breitete sich über das ganze Reich aus. Im Januar 1919 wurden in Cuxhaven und Bremen sozialistische beziehungsweise Räterepubliken ausgerufen, Mannheim und Braunschweig folgten im Februar, Bayern im April. Alle diese Proklamationen erfolgten unüberlegt und improvisiert, und alle wurden mit beispiellosem gegenrevolutionärem Terror niedergeschlagen.⁸³ Einer der Protagonisten verglich diese rastlose Kampagne staatlicher Gewalt mit einem „Kreuzzug“.⁸⁴ Mit 25 Tagen hielt sich die Bremer Räterepublik am längsten. In der Freien Hansestadt Bremen hatte der Radikalismus in der Arbeiterbewegung Tradition. Die dortigen Arbeiterräte wurden von Kommunisten und Vertretern der USPD kontrolliert, die den Aufruf des Rätekongresses zu den Wahlen zur Nationalversammlung nicht anerkannten. Am 10. Januar riefen die Kommunisten in Solidarität mit dem Berliner Aufstand die „Unabhängige Republik Bremen“ aus. Der Bremer Senat wurde abgesetzt und



Abb. 1.2: In diesem ikonischen Foto hat der Fotograf Willy Römer eine Szene aus dem Januaraufstand in Berlin 1919 festgehalten. Am Morgen des 5. Januar installierten 14 männliche Aufständische ein Maschinengewehr, das auf das Gebäude der SPD-Zeitung „Vorwärts“ zielte. Römer hielt jenen Moment fest, in dem die Aufständischen ihn selbst und seine Kamera entdecken, und der Beobachter zum Teil des Geschehens wird. Kurz darauf wurde Römer für ein vierstündiges Verhör von den Linksradikalen in Gewahrsam genommen.

die Bevölkerung darüber informiert, dass bei konterrevolutionären Handlungen das Erschießungskommando eingesetzt würde.⁸⁵ Die Kündigung von Bankkrediten und das Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung, die eine nur geringe Bereitschaft der Öffentlichkeit zu radikalen Abenteuern verriet, nahmen den Revolutionären bald den Wind aus den Segeln. Als Berlin militärische Interventionen androhte, bot die Führung der Räterepublik ihren Rücktritt an, um Blutvergießen zu verhindern. Am 4. Februar marschierten dennoch Noskes Truppen zusammen mit örtlichen Freikorpseinheiten in die Stadt ein und machten der Bremer Republik ein Ende. 75 Tote und 200 Verwundete, unter ihnen viele Zivilisten, waren auf beiden Seiten insgesamt zu beklagen. Es wurde der Belagerungszustand ausgerufen und überlebende Aktivisten der Rätebewegung mithilfe vorbereiteter Arrestlisten zusammengetrieben. Etwa 30 Jahre später sollte Noske noch immer mit Stolz auf das didaktische „Exempel“ zurückblicken, das er in Bremen statuiert hatte.⁸⁶

Die Maßnahmen gegen die radikale Linke erschütterten die ohnehin schon angeschlagene Führungsrolle der MSPD innerhalb der mit der Revolution unzufriedenen

Arbeiterbewegung zusätzlich. Die Zusammensetzung der Nationalversammlung, in der die sozialistischen Parteien keine Mehrheit besaßen, deutete auf weitere Kompromisse mit dem bürgerlichen Lager hin. Die MSPD gewann 165 der 423 Sitze, die USPD nur 22, womit der nominell sozialistische Block weit von einer Mehrheit entfernt war. Damit stand es schlecht um die Aussichten auf eine bedeutende Rolle der Räte in der neuen Verfassung. Die weiterhin bestehende britische Seeblockade, die Deutschland zur Einwilligung zu einem künftigen Friedensvertrag zwingen sollte, brachte dem Liberalismus der Entente einen schlechten Ruf ein. Die durch ihre frühere Haltung zur Burgfriedenspolitik kompromittierte Führungsriege der sozialistischen Freien Gewerkschaften konnte den Radikalismus innerhalb der Arbeiterbewegung nicht eindämmen. In erster Linie von Metallarbeitern angeführte spontane Massenproteste richteten sich gegen das Stinnes-Legien-Abkommen und forderten die sofortige Verstaatlichung der Industrie.⁸⁷ Verschiedenste Vorstellungen machten die Runde, was wie sozialisiert werden sollte. Der Begriff „Sozialisierung“ war ein flottierender, nicht eindeutig festgelegter Signifikant; er konnte sowohl die komplette Verstaatlichung der Kommandohöhen der Industrie als auch eine syndikalistische Übernahme einzelner Unternehmen oder lediglich eine Verbesserung von Löhnen und Arbeitsbedingungen bedeuten. Diese Vieldeutigkeit erwies sich als ein Vorteil. „Die Idee der Sozialisierung“, klagte der Merseburger Regierungspräsident im Februar 1919, „hat den Massen völlig die Köpfe verdreht“.⁸⁸

Mit dem Abbau der im Allgemeinen eher moderaten Soldatenräte bewegten sich die Arbeiterräte in eine radikalere Richtung. Im Ruhrgebiet, einem Tummelplatz für revolutionäre Aktivisten, entwickelten sich die ersten Anzeichen von Unruhen im Dezember 1918 zu einem umfassenden Generalstreik mit verheerenden Folgen für die Wirtschaft. In Mitteldeutschland konnten Streiks in der Chemieindustrie und im Bergbau erst geschlichtet werden, nachdem die Regierung die Einführung von Betriebsräten als einem wirtschaftsdemokratischen Instrument und die Sozialisierung der Kohleindustrie zusicherte. In Berlin riefen Arbeiterräte Anfang März 1919 einen Generalstreik aus und forderten die formelle Institutionalisierung der Rätebewegung und die Erfüllung der Hamburger Sieben Punkte, einschließlich der Auflösung der Freikorps. In Berlin und an der Ruhr entschied sich die Regierung für militärische Maßnahmen. Noske verhängte den Belagerungszustand über Berlin und schickte 30 000 Freikorps-Männer, ausgestattet mit Panzern, Haubitzen und Militärflugzeugen. Am 3. März erließ er den berüchtigten – und illegalen – „Schießbefehl“, nach dem jeder, der mit einer Waffe angetroffen wurde, kurzerhand erschossen werden konnte.⁸⁹ Das Blutbad dauerte bis zum 12. März und forderte mehr als 1000 Todesopfer, von denen die Mehrzahl unbewaffnete Streikende waren. Sowohl der „Vorwärts“ als auch Wolffs „Berliner Tageblatt“ befürworteten die Handlungsweise von Noskes Truppen.⁹⁰

Dies war indes noch nicht das Ende des konterrevolutionären „Kreuzzugs“. In Bayern hatte sich die politische Stimmung gegen Kurt Eisner gewandt, nachdem dieser Dokumente des Außenministeriums hatte veröffentlichen lassen, die Deutschlands Rolle

beim Kriegsausbruch beleuchteten. Die antiklerikale Schulpolitik seiner Regierung war ebenfalls unbeliebt und rüttelte das einflussreiche katholische Establishment aus seiner Apathie.⁹¹ Doch der Beginn einer zweiten revolutionären Welle in Richtung eines Räte-systems im Februar 1919 überraschte alle Beobachter. In den Vormonaten hatte Bayern noch als sicherer Hafen für Kapital gegolten, das aus anderen, unruhigeren Teilen des Reiches hierher transferiert wurde.⁹² Der Auslöser der Ereignisse war die Ermordung Eisners durch einen rechtsradikalen Studenten am 21. Februar. Das nachfolgende politische Chaos erreichte seinen Höhepunkt mit der Ausrufung von zwei Räterepubliken kurz nacheinander, die zweite von den Kommunisten initiiert. Die Aufständischen ent-waffneten die Münchner Polizei und stellten eine Rote Armee aus Kommunisten, de-mobilisierten Soldaten und Kriegsgefangenen auf, deren Ausrüstung und Sold sie zum Teil durch Erpressung und Plünderungen in den reicheren Bezirken der Stadt finan-zierten. In den ärmeren Stadtteilen riefen Plakate die Bevölkerung auf, die Wohnungen der Wohlhabenden zu besetzen. Der Kommunistenführer Eugen Leviné, ein Veteran der russischen Revolution von 1905, ventilierte die Idee, Kinder aus dem Bürgertum verhungern zu lassen, die ansonsten zu „Feinden des Proletariats“ heranwachsen. Eine Lawine idealistischer Verordnungen erließ die Sozialisierung von Bergwerken, Banken, Universitäten und der Presse. Selbst der sonst so nüchterne Thomas Mann, der in Mün-chen lebte, verzweifelte angesichts der Vorstellung eines sich von Bayern aus trium-phierend über ganz Deutschland bis hin zu den Ententemächten ausbreitenden Räte-sozialismus.⁹³

Für solche weitreichenden Vorhaben war jedoch die Durchsetzungskraft des Räte-regimes zu gering. Hätte man das bayerische Projekt sich selbst überlassen, wäre es zweifellos binnen Kurzem von selbst zusammengebrochen. Doch wieder waren OHL und MSPD nicht zum Abwarten bereit. Die abgesetzte Regierung des MSPD-Minister-präsidenten Johannes Hoffmann rief lokale Freikorps-Einheiten zur Zerschlagung des „russischen Terrors“ in München auf. 15 000 bayerische Freiwillige konnten gewonnen werden, zuzüglich einer etwa ebenso starken Truppe, die von Berlin aus nach München geschickt wurde.⁹⁴ Erneut erging ein Schießbefehl an die konterrevolutionären Trup-pen. Deren Rachsucht wurde angestachelt durch die von Revolutionären durchgeführte Exekution von zehn Geiseln, unter ihnen eine Gräfin, in einer Münchner Schule. Diese sinnlose Aktion war die berüchtigtste Gräueltat der Aufständischen während der ge-samten Revolution und sollte die öffentliche Erinnerung an diese Zeit während der Wei-marer Republik und im „Dritten Reich“ dominieren. Die mörderische Gewalt der baye-rischen Freikorps und der Truppen Noskes stellte sie jedoch bei Weitem in den Schatten. Mehr als 600 Menschen kamen bei dem Angriff auf München ums Leben, viele von ihnen wurden, ebenso wie in Berlin, erst nach ihrer Inhaftierung exekutiert.

Mit dem Feldzug der Freikorps im Jahr 1919 stellte der deutsche Staat kalkuliert und todbringend seine Macht zur Schau.⁹⁵ Er sicherte der Armee eine prominente Stellung im politischen Leben der künftigen Republik zu, die in keinem Verhältnis zu ihrer durch

den Versailler Vertrag ausgedünnten Truppenstärke stand. Doch die militärischen Operationen waren lediglich ein kleiner Teil einer sehr viel umfangreicheren konterrevolutionären Mobilisierung durch bereits etablierte Institutionen gegen die im November 1918 eingeführte neue Ordnung. Die keiner Reform unterworfenen deutsche Justiz verfolgte revolutionäre Aktivisten mit beispielloser Entschlossenheit und hielt allein in Bayern nicht weniger als 5000 Gerichtsverfahren ab. Bis weit in die Zeit der Weimarer Republik hinein blieb sie notorisch parteiisch und ihren konterrevolutionären Sympathien verhaftet.⁹⁶ Die deutschen Universitäten entwickelten sich zu Hochburgen eines romantischen Nationalismus und reißerischer Verschwörungstheorien wie der Dolchstoßlegende, wonach die deutsche Revolution nicht die Folge, sondern die Ursache der militärischen Niederlage gewesen sei.⁹⁷ Die christlichen Kirchen stellten ebenfalls eine Bastion innerhalb des weit ausgedehnten konterrevolutionären Milieus dar. Ihrer traditionellen Rolle gemäß hatten sie schon während des Krieges die politische Ordnung von der Kanzel herab gerechtfertigt und waren daher tief in die Kriegsanstrengungen verstrickt. Die sich daraus ergebende Notwendigkeit einer theologischen Erklärung der Niederlage erzeugte nun eine institutionelle Sympathie für die Dolchstoßlegende, um Sozialisten, Liberale und Juden als vermeintlich falsche Propheten zu entlarven.⁹⁸ Die nationalistischen evangelischen Kirchen erfuhren eine weitere Legitimationskrise durch das Verschwinden der deutschen Fürsten, ihrer weltlichen Repräsentationsfiguren und Kirchenoberhäupter. Artikel 137 der Weimarer Verfassung erklärte explizit: „Es besteht keine Staatskirche“, und besiegelte damit das für die Kirchen traumatische Ende der Union zwischen Thron und Altar. Noch bevor die Nationalversammlung zusammentrat, bildete sich eine antirevolutionäre Frömmigkeit heraus, angefacht durch das vom preußischen Staat verhängte Verbot der Religionsausübung in Schulen.⁹⁹ Erzbischof Michael von Faulhaber prangerte ähnliche Maßnahmen der Regierung Eisner in Bayern als einen neuen „Kulturkampf“ an. Einige Jahre später urteilte er: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet.“¹⁰⁰ Keine der deutschen Kirchen tat sich während der Weimarer Republik mit Formulierungen demokratischer Werte hervor.

Zum Jahrestag der Revolution, die er mit so enthusiastischen Worten begrüßt hatte, schrieb Theodor Wolff 1919 einen Leitartikel für das „Berliner Tageblatt“, der allerdings weniger begeistert ausfiel. Wolff räumte ein, dass im republikanischen Deutschland „viel vom Geist des monarchistischen Staates“ erhalten geblieben sei. Verglichen mit der Französischen Revolution beklagte er die Unfähigkeit der deutschen Revolutionäre, sich wie „Beaumarchais“ mit „dreistem Witz“ über das „Fallende“ lustig machen zu können und das Fehlen einer die „Herzen“ fortreißenden Nationalhymne wie der Marseillaise.¹⁰¹ Die prominenten Sozialisten Ernst Däumig und Oskar Maria Graf waren der gleichen Ansicht.¹⁰² Doch diese Beschwerden waren deplatziert. Der jungen Republik mangelte sich ganz sicher nicht an talentierten Satirikern, und auch die russischen Revolutionäre von 1917 hatten in der Marseillaise eine äußerst brauchbare Inspiration

gesehen.¹⁰³ Es ist paradigmatisch für die Selbstgeißelung der deutschen Revolutionäre, dass sie glaubten, im Vergleich mit Frankreich oder Russland eine Revolution inszeniert zu haben, die „lendenlahm“ (Ernst Däumig) sei.¹⁰⁴ Doch der Vergleich hinkt. Die soziale und politische Ordnung Deutschlands, eines hoch industrialisierten Staates, war mit den für Länder mit einer vorwiegend agrarischen Wirtschaft entwickelten revolutionären Programmen unvereinbar. Seine Institutionen waren widerstandsfähiger und tief im gesellschaftlichen Gefüge verankert. Wie die Unabhängigen Sozialdemokraten bei den Wahlen zur Nationalversammlung feststellen mussten, gab es in der deutschen Öffentlichkeit wenig Bereitschaft zu weiteren revolutionären Umbrüchen. Das Wahlergebnis deutete darauf hin, dass selbst die an den Volksaufständen im November 1918 Beteiligten das revolutionäre Mandat durch den Waffenstillstand, die Vertreibung der deutschen Dynastien und die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung für beendet ansahen. Gern überließen sie die Ausarbeitung der Details den neuen, demokratisch gewählten Politikern. Die Bilanz der Nationalversammlung bestätigte sie im Großen und Ganzen. Zwar wiesen die Delegierten den Räten im neuen politischen System nur eine symbolische Rolle zu, aber mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, einer parlamentarischen Demokratie, des uneingeschränkten Versammlungsrechts, umfangreichen Sozialleistungen und der Trennung von Kirche und Staat waren lang gehegte Ziele der Sozialdemokraten eingelöst worden. Dies waren zweifellos Errungenschaften der Revolution: Wie Wolff schon in seinem Leitartikel von 1919 ausführte, wären diese unter der Regierung Max von Badens und den Oktoberreformen mit einem hinter den Kulissen intrigierenden Ludendorff kaum vorstellbar gewesen. Objektiv gesehen haben ihre Errungenschaften ein weit größeres Anrecht darauf, in den Darstellungen der Revolution eine Hauptrolle zu spielen, als die eher randständigen Spartakisten, deren Schicksal die historische Erinnerung bisher so gefesselt hat. Dies heißt aber keineswegs, dass die konterrevolutionäre Gewalt von 1919 in historischer Hinsicht peripher gewesen wäre, und schon lange nicht, dass die vielen Gräueltaten als das Werk einzelner Freikorps-Reaktionäre abgetan und aus der historischen Bilanz der deutschen Sozialdemokratie getilgt werden könnten.¹⁰⁵ Diese staatliche Gewalt stellte 1919, ganz wie es MSPD und OHL beabsichtigten, die Beendigung der Revolution sicher. Zwar reichen manche Darstellungen der Revolution chronologisch bis 1920 oder sogar 1923 und schließen die fortgesetzte Militanz der Arbeiterbewegung und Aufstandsversuche von rechts und von links mit ein. Aber in verfassungsrechtlicher Hinsicht fand die deutsche Revolution mit der Vereidigung Eberts als Reichspräsident am 21. August 1919 ihren Abschluss. Wie schon Harry Kessler, einer der scharfsinnigsten Beobachter seiner Zeit, in seinem Tagebuch notierte, strafte die Banalität dieser Zeremonie die historische Bedeutung dieses Moments Lügen.¹⁰⁶ Der Blick nach Osten auf das Blutvergießen und die Bürgerkriege in weiten Teilen der früheren österreichischen, russischen und osmanischen Reiche nach 1918 macht die Errungenschaften der deutschen Revolution deutlich.¹⁰⁷ Die nachfolgenden Krisen und Kämpfe der in Ost- und Mitteleuropa

gebildeten demokratischen Nachfolgestaaten heben die fundamentale Lebensfähigkeit der Weimarer Republik als ein Experiment in der Ausübung der Volkssouveränität hervor. Die deutsche Revolution von 1918/19 schuf eine stürmische, streitsüchtige, pluralistische und hoch entwickelte Demokratie mit all den zu einer solchen Regierungsform dazugehörigen Möglichkeiten. Sie sollte nicht in ahistorischer Weise durch die Brille des späteren Untergangs der Republik gesehen werden.

Aus dem Englischen übersetzt von Christine Brocks

Anmerkungen

- 1 Theodor Wolff, Der Erfolg der Revolution, in: Berliner Tageblatt v. 10. 11. 1918.
- 2 Ebd.
- 3 KOLB 2013, S. 166–178.
- 4 NIESS 2013, S. 18–23.
- 5 GEYER 2001, S. 465–473.
- 6 ZIEMANN 2011.
- 7 HORNE 1997.
- 8 ROSENBERG 1928, S. 193.
- 9 HOFFFROGGE 2014, S. 49.
- 10 VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 314 (22. 10. 1918), S. 6161.
- 11 TOCQUEVILLE 2012, S. 179.
- 12 Siehe das vernichtende Urteil bei MACHTAN 2013.
- 13 ROSENBERG 1928, S. 240.
- 14 VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 314 (22. 10. 1918), S. 6190.
- 15 Zit. in WINKLER 2000, S. 365.
- 16 GEYER 2001, S. 459f.
- 17 JONES 2016a, S. 38–43.
- 18 KOLB 1978, S. 71–82.
- 19 KLUGE 1975, S. 69–82.
- 20 Das Wort „Lawine“ benutzt CARSTEN 1972, S. 33.
- 21 MITCHELL 1965, S. 88–94.
- 22 KLUGE 1975, S. 75f.; SENDER 1981, S. 95–111.
- 23 FULDA 2009, S. 45.
- 24 BALDUS 2019.
- 25 DOKUMENTE UND MATERIALIEN 1958, S. 348f.
- 26 The National Archives, London, CAB 23/14, Protokoll der Besprechung im Kriegskabinett vom 10. 11. 1918, S. 299.
- 27 FRITZSCHE 1998, S. 93.
- 28 HECHT 1985, S. 282.
- 29 KLEMPERER 2015, S. 21f.
- 30 SENDER 1981, S. 119.
- 31 WEBER 1950, S. 699.
- 32 VERHEY 2000, S. 21–47.
- 33 Siehe zwei aufwendige Fotogeschichten der Revolution bei HALLEN, KREBS 1989; HERZ, HALFBRODT 1988.
- 34 JONES 2015.
- 35 Vgl. http://www.documentarchiv.de/wr/1918/erbert_deutsche-buerger_prkl.html [13. 2. 2021].
- 36 JONES 2016a, passim.
- 37 KOLB 1978, S. 169–182.
- 38 Vgl. KOLB 2013, S. 166–178, MOMMSEN 1978a.

- 39 KOLB 1978, S. 71–113; KLUGE 1975, S. 48–93; CARSTEN 1972, S. 33–49, 144–209.
- 40 „An die Bevölkerung Münchens!“, in: Münchner Neueste Nachrichten Nr. 564 v. 8. 11. 1918.
- 41 WOLFF 1936, Kap. V, hier zitiert nach der online-Ausgabe: <https://www.projekt-gutenberg.org/wolfft/2jahrzeh/chap005.html> [13. 2. 2021].
- 42 Ausführlich erörtert in einer Rede vom 30. 11. 1918: VERHANDLUNGEN DES PROVISORISCHEN NATIONALRATES. Beilagen-Band, S. 13–23.
- 43 MITCHELL 1965, S. 145f.; MATTES 1921, S. 96.
- 44 Siehe eine detaillierte Untersuchung der Örtlichkeiten bei CARSTEN 1972, S. 144–209.
- 45 KLUGE 1975, 145–159; CARSTEN 1972, S. 69–77, 144–177.
- 46 RÜRUP 1975.
- 47 CARSTEN 1972, S. 194.
- 48 WEBER 1950, S. 681.
- 49 FÖLLMER 2018, S. 173–175.
- 50 GEYER 1998.
- 51 STALMANN 2013, S. 187–189 (Zitat); vgl. CARSTEN 1972, S. 144–146.
- 52 SENDER 1981, S. 132–140.
- 53 KOLB 1978, S. 360, 371–383; McELLAGOTT 2014, S. 157–165.
- 54 AMERICAN MILITARY GOVERNMENT 1943, S. 268f.
- 55 DEGRAS 1956, S. 33.
- 56 MATTES 1921; CARSTEN 1972, S. 178–209. Zu Russland siehe FIGES 1989.
- 57 MUTH 1973.
- 58 FRITZSCHE 1990a, S. 21–92.
- 59 KUHN 2012, S. 64.
- 60 BOAK 2013, S. 14–25.
- 61 CANNING 2010.
- 62 HOFFFROGGE 2014, S. 29, 49, 65.
- 63 GREBING 1994, S. 9.
- 64 BOAK 2013, S. 63.
- 65 HEYMAN, AUGSPURG 1992, S. 178.
- 66 BOAK 2019, S. 34.
- 67 SCHECK 2004, 23–47.
- 68 Frauenversammlung, in: Münchener Post v. 20. 11. 1918.
- 69 VERHANDLUNGEN DES PROVISORISCHEN NATIONALRATES 1919, S. 114.
- 70 DILLON 2018, S. 381f.
- 71 Siehe Eberts Ansprache an die heimkehrenden Truppen unter: http://ghdi.ghi-dc.org/sub_document.cfm?document_id=4016&language=german [12. 2. 2021].
- 72 WETTE 1993.
- 73 Zitiert bei SHARP 2011, S. 146.
- 74 JONES 2016a, S. 104–110.
- 75 Abgedruckt in FOWKES 2014, S. 229f.
- 76 WETTE 1993; zu den oft mythologisierten Freikorps vgl. SCHULZE 1969.
- 77 STEPHENSON 2009, S. 311.
- 78 LUBAN 2017.

- 79 Die beste Beschreibung des Aufstands findet sich bei JONES 2016a, S. 173–209. Eine eher wohlwollende Einschätzung der Rolle der MSPD bei WINKLER 2000, S. 389f.
- 80 JONES 2016a, S. 192–196
- 81 Karl Liebknecht, Trotz alledem, in: *Rote Fahne* v. 15. 1. 1919.
- 82 FELDMAN 1993, S. 123. Siehe zur Vorgeschichte KLUGE 1975, S. 325–341.
- 83 KOLB 1978, S. 325–339.
- 84 JONES 2016a, S. 246.
- 85 SOMMER 2005.
- 86 Ebd., S. 13.
- 87 MOMMSEN 1978a; GEARY 1980.
- 88 FELDMAN 1993, S. 123.
- 89 JONES 2016a, S. 252–258.
- 90 Ebd., S. 270f.
- 91 MITCHELL 1965, S. 188.
- 92 GEYER 1993, S. 62.
- 93 In einem Tagebucheintrag vom 7. April 1919: MANN 1979, S. 188.
- 94 GERWARTH 2018, S. 168.
- 95 JONES 2016a, passim.
- 96 McELLAGOTT 2014, S. 99–111.
- 97 NIESS 2013, S. 26–59.
- 98 Ebd., S. 35f.
- 99 MOTSCHMANN 1969, S. 28–31; BOCKERMANN 1998.
- 100 HÜBNER 2014, S. 322.
- 101 Berliner Tageblatt v. 10. 11. 1919.
- 102 NIESS 2013, S. 25f.; GRAF 1928, S. 413.
- 103 FIGES, KOLONITSKII 1999, S. 36, 62.
- 104 FÖLLMER 2018, S. 161.
- 105 Vgl. WINKLER 2000, S. 390.
- 106 KESSLER 2000, S. 108f.
- 107 GERWARTH 2018, passim.

Ausgewählte Literatur

- Carsten, Francis L., *Revolution in Mitteleuropa 1918–1919*, Köln 1973.
- Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, Oxford 1993.
- Fritzsche, Peter, *Germans into Nazis*, Cambridge/MA 1998.
- Gerwarth, Robert, *Die Besiegten. Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs*, München 2018.
- Gerwarth, Robert, *Die größte aller Revolutionen. November 1918 und der Aufbruch in eine neue Zeit*, München 2018.
- Jones, Mark, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*, Berlin 2017.
- Mitchell, Allan, *Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik*, München 1967.
- Mommsen, Wolfgang J., *Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 362–391.
- Ritter, Gerhard A., Susanne Miller (Hg.), *Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente*, Frankfurt/M. 1983.
- Stephenson, Scott, *The Final Battle. Soldiers of the Western Front and the German Revolution of 1918*, Cambridge 2009.

Die Zeit der Inflation 1919–1923

Martin H. Geyer

In der Forschung zur Weimarer Republik ist es inzwischen üblich, die Jahre nach der Revolution und dem Kapp-Putsch im März 1920 bis zum Beginn der Hyperinflation und der Ruhrbesetzung 1923 als eine, wenn auch nur kurze Zeit innenpolitischer Normalisierung zu beschreiben. Schon für die Zeitgenossen rückten nach der Revolution wirtschaftliche Fragen mit ihren Folgen für Politik, Gesellschaft und Kultur in den Vordergrund. „Die Wirtschaft ist das Schicksal“, formulierte 1921 der Industrielle und spätere Reichsaußenminister Walther Rathenau.¹ Die neuere Forschung hat sehr nachdrücklich auf die Erfolge der Republik bei der Demobilisierung des Millionenheeres, der Wiedereingangssetzung der Friedenswirtschaft und dem Abbau der Arbeitslosigkeit hingewiesen.² Dennoch: Das politische Leben befand sich fast durchgängig in einem nach-revolutionären Krisenmodus, wobei innere und äußere Unsicherheitsfaktoren, darunter die Hyperinflation, die Reparationen mit der französisch-belgischen Ruhrbesetzung sowie Putsch- und Diktaturpläne 1923, eine große Rolle spielten.

1. Ungewisse Stabilisierung

Die am 6. Juni 1920 abgehaltenen Reichstagswahlen markieren eine Zäsur in der Geschichte der jungen Republik und der revolutionären Entwicklung seit dem November 1918. Insbesondere die MSPD und die DDP, weniger dagegen das Zentrum, erlitten eine Wahlniederlage. Das war ein Einschnitt, da diese Parteien seit der Friedensresolution 1917 als Inbegriff der Koalition von Arbeiterbewegung, politischem Katholizismus und demokratisch gesonnenem Bürgertum galten und die Weimarer Koalition trugen. Hatte sie im Januar 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung noch 76,4 Prozent der Stimmen erhalten, so schrumpfte ihr Anteil nun auf 43,6 Prozent. Die Gewinner der Wahlen waren einerseits die konservativen bürgerlichen Parteien DVP und DNVP, andererseits der linke Flügel der Arbeiterbewegung mit der USPD, während die KPD mit gerade 2,1 Prozent unbedeutend blieb. Der seit dem späten Kaiserreich zu beobachtende Zulauf zu den liberal-demokratischen Parteien war, wie die späteren Wahlen bestätigen sollten, gebrochen.³ Im Aufwind befanden sich die Konservativen (was die Wahlen 1924 zeigten) ebenso wie die lautstark und öffentlichkeitswirksam agierenden, antisemitischen und antirepublikanischen, völkischen Gruppierungen.

Das Wahlergebnis im Juni 1920 brachte die politischen Polarisierungen und den Stimmungsumschwung seit dem Sommer 1919 zum Ausdruck. Zu den unglücklichen Konstellationen der frühen Weimarer Republik zählte die zeitliche Nähe der Unter-

zeichnung des Friedensvertrags zur Verabschiedung und dann zum Inkrafttreten der Verfassung. Selbst die Mehrheitsparteien der Weimarer Koalition unterzeichneten am 28. Juni 1919 nur höchst widerwillig und unter massivem außenpolitischem Druck den Vertrag, nachdem zuvor das Kabinett Philipp Scheidemann (SPD) aus Protest zurückgetreten war. Das neue Kabinett Gustav Bauer (SPD) war eine Notlösung. Wenige Wochen später stimmte der Reichstag am 31. Juli zwar mit überwältigender Mehrheit, aber gegen die Stimmen der USPD sowie der DVP und der DNVP, für die Weimarer Reichsverfassung. Das war kein gutes Omen, denn aus dieser Verweigerung resultieren die nun einsetzenden Probleme bei der Bildung politischer Koalitionen mit der DVP, mehr noch mit der radikal-oppositionellen DNVP.⁴ Das betraf zunächst weniger die Länder, sondern vor allem die Reichspolitik, wo die Reparationsfrage eine prominente Rolle spielte. Die aus früheren Konservativen, Christlich-Sozialen, Völkischen und Nationalliberalen gebildete DNVP hegte Vorbehalte nicht so sehr gegen den eingeübten Parlamentarismus, sondern gegen die Formen demokratischer, parlamentarischer Politik, die nach anderen Regeln und Machtverhältnissen als denen des Kaiserreichs funktionierten.⁵

Die Verfassung gilt aus gutem Grund als Triumph liberal-demokratischer Kräfte, eröffnete sie doch viele neue Zukunftsperspektiven. Dazu zählten das Versprechen des Sozialstaates und die Möglichkeit einer Überführung geeigneter privater, wirtschaftlicher Unternehmungen in Gemeineigentum. Die Koalitionsfreiheit und damit verknüpft die Freiheit, sich zu politischen und wirtschaftlichen Verbänden zusammenzuschließen und „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“ (Art. 165), unterfütterte die politische Demokratie mit wirtschaftlichen Rechten.⁶ Während die revolutionäre Grundstimmung der ersten Jahreshälfte 1919 am Abflauen war und die Zahl der politischen Streiks seit 1920 schnell zurückging, rückte der Kampf um die Verbesserung der Einkommen noch stärker in den Vordergrund. Sozialpolitische Reformen ließen sich als Alternative zum Sozialisierungsprogramm formulieren. Dazu zählte das seit dem August 1919 als Entwurf vorliegende Betriebsrätegesetz, das den – bestehenden – Betriebsräten und damit den Gewerkschaften sehr viel größeren Einfluss als bisher in den Betrieben einräumte. Darüber wäre angesichts der Blockade der in dieser Frage unternehmerfreundlichen DDP im Winter beinahe die Regierung Bauer zerbrochen. Und nicht nur das: Gegen eine Verwässerung des geplanten Gesetzes riefen die USPD und linke Gewerkschaftsgruppen für den 13. Januar 1920 zu einem Kundgebungsmarsch vor dem Reichstag auf. Nicht geplant war, dass diese Demonstration in einen Sturm auf den Reichstag münden würde. Es kam zum Schusswechsel zwischen Demonstranten und den aufgebotenen Sicherheitstruppen aus Reichswehr und Freikorpskämpfern. Am Ende waren 42 Tote und über 100 Verletzte zu beklagen. Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) verhängte über weite Teile Deutschlands den Ausnahmezustand auf der Grundlage des Artikels 48 der Weimarer Verfassung.⁷

Diese Ereignisse befeuerten tief sitzende Ressentiments der Linken gegen die MSPD und die verhasste bewaffnete Macht. Ähnliches gilt für die radikale politische Rechte, die ihren Hass auf die Weimarer Republik unverhohlen zum Ausdruck brachte und es dann im Frühjahr 1920 zur Machtprobe kommen ließ. Zunächst war es ein Krieg der Worte. Der Vorwurf des Dolchstoßes im Zusammenhang mit Niederlage und Revolution verband sich im Winter mit einer Korruptionskampagne gegen Finanzminister Matthias Erzberger (Zentrum) und andere Politiker, darunter Friedrich Ebert.⁸ Erzberger war aus vielen Gründen eine Zielscheibe: wegen seiner Rolle als Mitinitiator der Friedensresolution 1917, als Unterzeichner des Waffenstillstandes im November 1918 und als profiliertes demokratischer Politiker, dann aber auch wegen seiner Pläne für eine massive Besteuerung der höheren Einkommen und Vermögen, darunter eine im Dezember 1919 erhobene einmalige, tatsächlich recht erhebliche Abgabe in Form eines „Reichsnotopfers“ zur Konsolidierung der Reichsfinanzen.⁹ Die medial und gerichtlich ausgefochtenen Kampagnen beschädigten den profilierten Zentrums-Politiker (wie im Übrigen auch Philipp Scheidemann), der schließlich sein Amt niederlegte. Es blieb nicht nur bei Worten. Nachdem der erste Anschlagversuch auf Erzberger im Januar 1920 noch gescheitert war, kostete ihn das nächste gegen ihn verübte politische Attentat am 26. August 1921 das Leben.

Zur entscheidenden Machtprobe kam es Mitte März 1920 anlässlich des sogenannten Kapp-Lüttwitz-Putsches. Der Anlass waren gleichermaßen prinzipielle wie eigennützige Interessen. Das im verhassten Versailler Vertrag vorgeschriebene 100 000 Mann starke Heer machte die Entlassung Hunderttausender Soldaten und Freikorpsmitglieder erforderlich. In bemerkenswerter Selbstüberschätzung forderte General Walther von Lüttwitz von Reichspräsident Ebert ultimativ nicht nur den Stopp des Truppenabbaus, sondern auch den Rücktritt Eberts und der Reichsregierung in Verbindung mit sofortigen Neuwahlen. Seine direkt folgende eigene Entlassung beantworteten der General und seine Anhänger am 13. März mit dem Putsch und der Ernennung seines Mitstreiters Kapp zum Reichskanzler. Alle Putschisten entstammten dem Umfeld der annexionistischen Vaterlandspartei des Weltkrieges, mit Galionsfiguren wie dem Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff und Wolfgang Kapp, einem hohen ostpreußischen Beamten. Sie setzten ihre Hoffnungen auch in von Lüttwitz, dem die mitteldeutschen und die ostelbischen Reichswehrverbände sowie große Teile der Freikorps, darunter das mit seinen mit Hakenkreuzen bemalten Helmen hervorstechende Freikorps Ehrhardt, unterstanden. In der Nacht auf den 13. März besetzten die aufständischen Truppen Berlin. Zahlreiche Mitglieder der Reichsregierung und der Reichspräsident sahen sich gezwungen, nach Stuttgart zu fliehen. Schlecht geplant und durchgeführt, scheiterte der Putsch schon nach wenigen Tagen.¹⁰

Die Ereignisse waren für alle Beteiligten ein Desaster. Das gilt an erster Stelle für die Putschisten, welche die Unterstützung aus den Reihen des Militärs wie der Beamten-schaft über- und den Widerstand der Arbeiterbewegung unterschätzt hatten. Düpiert

war die Reichsregierung unter Gustav Bauer mit dem ohnehin umstrittenen Reichswehrminister Gustav Noske (SPD), ja selbst der Reichspräsident Friedrich Ebert. Schon im Vorfeld der Ereignisse konnte ihnen ein fahrlässiger Umgang mit den Rädelsführern, die ganz offenkundig Hochverrat begingen, vorgeworfen werden. Dies führte dann auch zum Sturz der Regierung Bauer. Selbst für die Arbeiterbewegung war der gleich zu Beginn des Putsches ausgerufenen und erfolgreich durchgeführte reichsweite Generalstreik ein zwiespältiger Erfolg. Zwar zeigte sich noch einmal, über welche Macht die Arbeiterbewegung nicht nur in den Städten, sondern auch in den ländlichen Regionen verfügte. Jeder Widerstand war schnell erstickt. Zugleich öffnete der Generalstreik aber auch die Büchse der Pandora. Vielerorts schufen die Gewerkschaften Arbeiterselbstschutzverbände. Einen Namen machte sich dabei die Rote Ruhrarmee, die im März 1920 mit wohl 50 000 Arbeitern etliche Regionen des Ruhrreviers unter ihre Kontrolle brachte. Als sich große Teile dieser Verbände nicht auflösten, setzte die neue Regierung Hermann Müller (SPD) auf Reichswehrtruppen und Freikorpsverbände, darunter solche, die kurz zuvor noch gegen die Reichsregierung revoltiert hatten. Unter den Bedingungen des erklärten Ausnahmezustands führte der ungezügelter Hass der Regierungs- und Freikorps-truppen auf die, wie sie sagten, Bolschewisten zu zahlreichen grausamen Übergriffen. Es gab standrechtliche Erschießungen und blanke Mordaktionen, die in nichts den Ereignissen des Frühjahrs 1919 nachstanden. In dieses Bild passt, dass die ursprünglich zu den Putschisten gehörende Brigade Ehrhardt am 18. März bei dem ihr gewährten – geordneten – militärischen Rückzug aus Berlin und durch das Brandenburger Tor wahllos auf protestierende Arbeiterinnen und Arbeiter schoss, dabei zwölf Menschen tötete und mehrere Dutzend verletzte.¹¹

Diese Ereignisse verfestigten ältere Ressentiments in den Reihen der Linken gegen das aus ihrer Sicht reaktionäre und konterrevolutionäre Bürgertum und die Kapitalistenklasse. Für die Anhänger der USPD wie der KPD war die MSPD die Partei des Klassenverrats und der Repression. Zielscheibe dieser Kritik war nicht zuletzt die im Zuge des Kapp-Putsches etablierte preußische Regierung unter Carl Severing (SPD), die energisch nicht nur gegen die Putschisten, sondern im Kontext der Ruhrereignisse – wie auch später immer wieder – scharf gegen die linke Opposition vorging.¹²

Die Stimmung unter den Konservativen war zunächst düster: Die Republik hatte sich behauptet, mit Putschplänen war offenbar kein Staat zu machen, außenpolitische Revision rückte in weite Ferne; es fehlte an geeignetem Personal; der Kaiser war diskreditiert, auch wenn preußische Monarchisten nicht müde wurden, alte Kaiser-Herrlichkeiten zu beschwören.¹³ Nur in Bayern war der Kapp-Putsch erfolgreich gewesen. Hier begann die Zeit der bayerischen „Ordnungszelle“ unter dem Ministerpräsidenten Gustav Ritter von Kahr (BVP), der in den kommenden Jahren immer wieder die deutsche Politik in Atem halten sollte und zum Hoffnungsträger national-reaktionärer Kreise, einschließlich des Militärs, avancierte.¹⁴ Bei aller Unzufriedenheit und Sympathien für die Kapp-Putschisten in den Reihen des militärischen Personals, letztlich waren sie an der Reichswehr-

führung gescheitert, die zwar nicht auf eigene Truppen schießen lassen wollte, aber die Putschisten auch nicht unterstützte. Die während der Revolution gebildete Übereinkunft des Reichspräsidenten mit dem Militär hielt. Nur mit und nicht gegen den neuen Staat ließ sich eine Revision des Versailler Vertrags erreichen, so die Einsicht des Chefs der Heeresleitung, General Hans von Seeckt.¹⁵

Auch nach der überraschend schnellen Demobilmachung des Millionenheeres und der anlaufenden Umstellung der Wirtschaft auf Friedensproduktion blieb die wirtschaftliche Situation bis in den Sommer 1920 angespannt und führte zu viel Unzufriedenheit. Die Aufhebung der Wirtschaftsblockade im Juli 1919 nach Unterzeichnung des Friedensvertrags im Monat zuvor brachte nur langsam eine Besserung der wirtschaftlichen Lage. Es gab einen riesigen Nachfrageüberhang nach Konsumgütern, aber es fehlte an Rohstoffen aller Art, nicht zuletzt an Kohle. Die Infrastruktur war in einem desolaten Zustand. Es mangelte an Devisen, was auch den Einkauf von amerikanischen Nahrungsmitteln behinderte. Die Freigabe der Devisenkurse schon im September 1919 führte bis ins folgende Frühjahr hinein zu einem massiven Schub der Geldentwertung in Verbindung mit empfindlichen Preissteigerungen.

Versorgungsengpässe und Teuerung beherrschten nach wie vor das alltägliche Leben. Wie schon zu Kriegszeiten waren staatliche und kommunale Stellen für die Zuweisung rationierter Nahrungsmittel zu fixierten Höchstpreisen auf der Basis von Lebensmittelkarten zuständig. Daneben gab es umfangreiche Preiskontrollen für viele Güter des täglichen Bedarfs. Dieses ohnehin löchrige System geriet im Zuge der Revolution noch weiter aus den Fugen. Lebensmittelkarten garantierten kaum mehr das Überleben und befeuerten wiederum den Schwarzmarkt. Einen Ausweg aus dieser Lage versprach die Abkehr von der Kriegszwangswirtschaft, was aber zunächst weitere Preissteigerungen bedeutete, die mit einer Erregung über die ohnehin hohen Preise einhergingen. So kam es vereinzelt zu Feld- und Geschäftsplünderungen. In diesen Konsumentenprotest mischten sich antisemitische Stimmen. Sie brachten die allgemeine Teuerung und Knappheit mit der Rolle der Juden in der Wirtschaft und in staatlichen Stellen in Verbindung.¹⁶

Der Kurswechsel in der Ernährungszwangswirtschaft zielte auch darauf ab, die öffentliche Verschuldung zu begrenzen. Der Krieg war nur zu einem geringen Teil aus Steuermitteln und überwiegend mithilfe der Notenpresse finanziert worden, was sich in der Nachkriegszeit auch nicht grundlegend änderte. Denn die inneren Kriegsfolgelasten summierten sich. Dazu zählen die Aufwendungen für Kriegsinvalide und die Hinterbliebenen ebenso wie für Flüchtlinge und Ausgewiesene, die aus den infolge des Versailler Vertrags abgetrennten Gebieten in das Reichsgebiet drängten. Sie mussten versorgt und für Vermögensverluste entschädigt werden. Die sich hinziehende Demobilmachung des Millionenheeres erforderte weitere hohe Summen. Streiks und Unruhen lähmten vielerorts das Wirtschaftsleben, und damit fielen auch die Steuereinnahmen weg. Die öffentlichen Schulden sprechen ihre eigene Sprache: Beliefen sie sich am Schluss des Fiskaljahres 1918/19 im März 1919 auf rund 156 Milliarden Mark, waren

es am Ende des folgenden Haushaltsjahres schon 184 Milliarden Mark.¹⁷ Das war eine beträchtliche Summe, selbst wenn man die in der Zwischenzeit eingetretene Geldentwertung in Betracht zieht.

Im Kampf um die Konsolidierung der Staatsfinanzen verfolgte der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger einschneidende Maßnahmen.¹⁸ Dazu gehörten an erster Stelle das Anziehen der Steuerschraube sowie eine grundlegende Reform des Steuersystems und der Finanzverwaltung, die in die Hände des Reichs überging. Das Problem bestand darin, dass unter den Bedingungen selbst der gemäßigten Geldentwertung Steuern (zumal die der Wohlhabenden) vielfach erst nachträglich erhoben wurden, in anderen Worten: sie wurden mit entwertetem Geld bezahlt.

Die andere Seite dieser Konsolidierungsstrategie bestand darin, die Ausgaben der öffentlichen Hand einzuschränken. Wegen der anhaltenden Teuerung, der akuten sozialen Notlage der ärmeren Bevölkerung, aber auch aus der Angst vor sozialen Protesten war dieser Weg fast noch schwieriger als Steuererhöhungen und scheiterte ebenfalls. Sparmaßnahmen hätten nicht zuletzt Beamte, Angestellte und Arbeiter im Bereich des aufgeblähten öffentlichen Dienstes getroffen. Ähnlich wie die Beschäftigten in der Privatwirtschaft waren diese Gruppen gewerkschaftlich gut organisiert, pochten auf die Erhöhung ihrer Bezüge und zögerten nicht, zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik zu treten.¹⁹ Außerdem waren öffentliche Investitionen im Bereich der infolge des Krieges zerrütteten Infrastruktur, etwa bei der Eisenbahn und im Straßenbau, aber auch im Sektor der Energieerzeugung durch Wasserkraft gefragt. Unter den Bedingungen der Wohnungszwangswirtschaft kam der private Wohnungsbau zum Erliegen. Staat und Kommunen mussten hier einspringen. Nicht zu vergessen sind schließlich die Reparationen. Der Versailler Vertrag verschob 1919 ihre endgültige Regelung auf einen späteren Zeitpunkt, aber umfangreiche Sachlieferungen, darunter Kohle und Lokomotiven, dann auch erste Geldzahlungen, waren schon bis zum 1. Mai 1921 fällig, wobei die Siegermächte die Summe nicht in (Papier-)Mark, sondern auf 20 Millionen Goldmark festsetzten, Kosten, die den Reichshaushalt belasteten.

Die Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine Währungsstabilisierung, verbunden mit der Rückkehr zum Goldstandard, standen nach dem Krieg auch auf der Agenda anderer Länder. Überall erforderte das drastische Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung in Verbindung mit Krediteinschränkung der Zentralbanken, was einen Anstieg von Firmenzusammenbrüchen und Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Auf der britischen Insel beantworteten die Gewerkschaften diese Politik mit großen Generalstreiks, in deren Verlauf die Regierungen das Land zeitweise unter Ausnahmezustand stellten. Ein starker Staat, zumindest aber ein aktionsfähiges Regierungssystem war notwendig, um eine solche Konsolidierungspolitik gegen Widerstände auch der eigenen politischen Klientel durchzusetzen. Mit der Rückkehr zum Goldstandard ging in der Regel auch das Bekenntnis einher, zur politischen, sozialen und wirtschaftlichen Normalität der Vorkriegszeit zurückkehren zu wollen.²⁰

Diesen Weg der Austeritätspolitik beschritt Deutschland zunächst nicht, sondern erst am Ende der Hyperinflation. Die Historiker Gerald D. Feldman und Carl-Ludwig Holtfrerich haben das auf wirtschafts- und reparationspolitische Gründe zurückgeführt: Ansätze einer solchen Politik der Haushaltskonsolidierung seit dem Winter 1919/20 führten zwar zu einer Verbesserung des Außenwertes der Mark, sie brachten aber auch in Deutschland die Wirtschaft zum Stocken und ließen die Arbeitslosigkeit hochschnellen. Eine gemäßigte Inflation dagegen entpuppte sich als ein „Schmiermittel“, das die Wirtschaft in Schwung hielt und schnell Vollbeschäftigung garantierte. Deutschland produzierte billiger als das Ausland und wurde außerdem für die internationale Finanzwelt attraktiv. Vor allem amerikanische Banken begannen sich im großen Stil in Deutschland zu engagieren. Sie warben bei ihren heimischen Kleininvestoren damit, dass das Land wieder den Anschluss an die Industrienächte finden und sich die Mark erholen würde, was satte Gewinne versprach.²¹

Half in dieser Phase die Inflation, „die deutsche Demokratie zu retten“, wie Gerald D. Feldman argumentiert hat?²² Tatsächlich versackten die revolutionären Energien. Ein guter Indikator dafür ist im Oktober 1920 die erste Spaltung und der damit beginnende Zerfall der USPD, also der Partei, die mehr als jede andere den politischen Widerstand gegen das Kaiserreich und die revolutionäre Bewegung auch in den Betrieben verkörperte. Die Mehrheit der Partei wechselte bis 1922 zur SPD, die Rest-USPD war danach nur noch ein Schatten ihrer selbst. Das ist insofern bemerkenswert, als sich die Mitglieder der USPD mehrheitlich nach wie vor als Anhänger einer marxistischen Partei verstanden, die die Kooperation mit bürgerlichen Parteien ablehnte. Die SPD rückte dagegen in ihrem Görlitzer Programm vom September 1921 nach rechts, sprach nicht länger vom Klassencharakter des Staates und stellte ihrer alten Staatsfeindlichkeit das neue Bekenntnis zum „demokratischen Volksstaat“ gegenüber.²³ Damit waren in der Folgezeit viele parteiinterne Auseinandersetzungen innerhalb der – insgesamt gestärkten – SPD programmiert. Immer ging es dabei um die heftig umstrittene Bildung von Koalitionen mit bürgerlichen Parteien, zumal der DVP, dann aber auch um den Abbau sozialpolitischer Errungenschaften der Revolution.

Zugleich ließ die Abwanderung von USPD-Mitgliedern zur KPD diese Partei erstmals zu einer Mitgliederpartei anwachsen. In einem Akt der Fehleinschätzung der eigenen Schlagkraft zettelte die so erstarkte KPD im mitteldeutschen Industrievier, wo die Linke seit dem Krieg und der Revolution stark war, unter Anleitung Karl Radeks und der Komintern 1921 die sogenannte Märzaktion an. Ziel war die Auslösung eines breiten, reichsweiten Aufstands, was kläglich scheiterte, nicht zuletzt weil die preußische Regierung mit der Entsendung von Schutzpolizeieinheiten hart antwortete. Bezeichnenderweise war es nicht die KPD, sondern der charismatische Max Hölz, der die Schlagzeilen füllte. Hölz gehörte der anarchisch-syndikalistischen KAPD an und wurde mit seinen in Robin-Hood-Manier durchgeführten, gewalttätigen Aktionen wie Brandstiftungen, Plünderungen, Bankraub sowie Sprengstoffattentaten und Anschlägen auf Eisenbahnen

bekannt.²⁴ Die revolutionäre Mobilisierung der Massen war 1921, wie dann nochmals 1923, eine „revolutionäre Illusion“, so rückblickend Curt Geyer, der nach Ausflügen in die USPD und KPD 1922 wieder zur SPD zurückkehrte.²⁵

Beunruhigend waren die sich häufenden Mordanschläge, die seit der Ermordung Kurt Eisners, Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts eine blutige Spur durch die Nachkriegszeit zogen. Der an der Universität Heidelberg tätige Mathematiker und Publizist Emil Julius Gumbel bilanzierte in seiner Schrift „Vier Jahre politischer Mord“ (1922) für die Jahre zwischen 1919 bis 1922 die Anzahl von 376 politisch motivierten Morden, von denen 354 dem rechten und 22 dem linken Spektrum zuzuordnen waren.²⁶ Im August 1921 traf es Matthias Erzberger, im Juni 1922 den Reichsaußenminister Walther Rathenau (DDP). Hier waren nicht nur Einzeltäter, sondern rechtsradikale Mörderbanden tätig. Die Spuren der Attentäter führten nach Bayern, zur bayerischen „Ordnungszelle“, die eine schützende Hand über diese rechtsradikale und nationalistische Bewegungskultur legte. Adolf Hitler mit seiner NSDAP war nur eine von vielen Führer- und Hoffnungsfiguren. Sie alle hatten die Vorstellung, dass der Feind links stand, womit nicht nur die marxistische SPD, sondern auch Demokraten und andere bürgerliche Politiker gemeint waren.²⁷ Sie sahen sich in einem Krieg nach dem Krieg, egal ob es sich um Entwaffnungsfragen, die Grenzkämpfe wie 1921 in Oberschlesien oder 1923 in Memel oder ganz allgemein den Kampf gegen die „Novembervbrecher“ und den Versailler Vertrag handelte. Eine ausdifferenzierte Medienlandschaft lieferte eine Vielzahl von Sprachrohren für diese Gruppen.

Wider Erwarten ging der Rathenau-Mord mit einer starken pro-republikanischen Mobilisierung einher. Die Empörung über die Morde war groß und ließ für kurze Zeit politische Differenzen in den Hintergrund treten. Der Außenminister erhielt das erste Staatsbegräbnis seit Bismarck. Ähnlich wie nach dem Kapp-Putsch war die radikale Rechte zeitweise gelähmt. Mit dem am 21. Juli 1922 verabschiedeten Republikenschutzgesetz zeigte die Republik Zähne. Es ermöglichte Parteienverbote, Einschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit und die Durchführung von Hochverratsverfahren. Am 11. August 1922 fand im Reichstag die erste Verfassungsfeier statt und begründete eine Tradition; es war eine, wie Reichsinnenminister Adolf Köster (SPD) meinte, „kraftvoll[e] Demonstration des republikanischen Deutschland“.²⁸

Nimmt man den Wert der Mark als Indikator für Stabilität, dann wird deutlich, dass seit dem Sommer 1922 das wirtschaftliche Vertrauen in die Republik schwand. Deutschland befand sich im Übergang zur Hyperinflation: Hatte ein Dollar Anfang des Jahres noch 45 Mark gekostet, waren es im Juni schon 75 Mark, im August 270 Mark und im Dezember 1922 1807 Mark – danach gab es kein Halten mehr.²⁹ Diese Entwicklung der deutschen Währung war eng an außen- und reparationspolitische Entscheidungen gekoppelt.³⁰ Die 1919 aufgeschobene Frage der Reparation war 1920 auf der Konferenz im belgischen Kurort Spa in den Vordergrund gerückt. Es ging dabei um die Höhe der Zahlungen wie auch um die deutsche Leistungsfähigkeit. Die Reparationsforderungen, die seit dem Januar 1921 auf dem Tisch lagen, waren aus deutscher Sicht selbst dann noch

exorbitant, als die Alliierten sie nach Protesten um die Hälfte verminderten. Nach einem nervenaufreibendem Hin und Her lagen sie in Form des Londoner Ultimatums (5. Mai 1921) auf dem Tisch: 132 Milliarden Goldmark mit Jahreszahlungen für Zinsen und Tilgung in Höhe von zwei Milliarden, außerdem Abgaben von 26 Prozent des jährlichen Exportwerts, alles zu leisten in Form von Geld- und Sachlieferungen. Die erste Milliarde war Ende August 1921 fällig und mit einem Ultimatum verbunden: Im Falle der Nichterfüllung wurde die Besetzung des Ruhrgebiets angedroht; um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, besetzten alliierte Truppen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort als „Sanktionsstädte“. Die Zahlung erfolgte prompt.

Nicht dass die Forderungen, insbesondere die jährlichen Zahlungen, unerfüllbar gewesen wären. Aber die politischen und diplomatischen Konflikte erzeugten ein hohes Maß an Unsicherheit, was Rückwirkungen auf das Vertrauen in die deutsche Währung haben musste. Im Mai 1921 zerbrach über den reparationspolitischen Kurs die Regierung Fehrenbach (Zentrum), der die DVP die Unterstützung verweigerte; die neue Regierung unter Joseph Wirth, ebenfalls eine Minderheitsregierung aus Zentrum, SPD und DDP, stand auf schwachen Füßen.³¹ Überforderten die Reparationsforderungen die Leistungsfähigkeit Deutschlands? Würde die „Erfüllungspolitik“ das Reich finanziell in den Ruin treiben und die Geldentwertung anheizen? Der englische Ökonom John Maynard Keynes galt als Gewährsmann für solche Argumente der Nichterfüllbarkeit.³² „Erfüllungspolitik“ lautete der in dieselbe Kerbe schlagende, trotzige Begriff der Regierung Wirth (den die politische Opposition dann polemisch gegen die „Erfüllungspolitiker“ wendete). Die Geldentwertung wurde damit in gewisser Weise eine sich selbst erfüllende Prophezeiung: Die Verantwortung ließ sich hierdurch auf die Schultern der früheren Kriegsgegner Deutschlands abwälzen.³³ Die Strategie der deutschen Hinhaltepolitik war nicht ohne Erfolg. 1922 wurden die Reparationsleistungen in Form von Geldzahlungen ausgesetzt und ganz durch Sachleistungen in Form von Kohle, Stahl und Holz ersetzt. Deutsche Pläne für eine zeitliche Aussetzung der Reparationen hatten wenig Erfolgsaussichten, eher schon eine Reduktion der Reparationszahlungen, Erwartungen, die sich dann aber im Verlauf des Jahres 1922 zerschlugen. Die Bildung des Kabinetts Raymond Poincarés im Februar erschwerte jede Vereinbarung mit Frankreich, während sich die deutsche Position versteifte: „Erst Brot, dann Reparationen!“, war seit dem Sommer 1922 der Slogan der Regierung Wirth.³⁴

Viel Beachtung fand nicht zuletzt mit Blick auf Reparationen die Verständigung Deutschlands mit der international isolierten jungen Sowjetunion im Rapallo-Vertrag im April 1922. Beide Staaten normalisierten ihre diplomatischen Beziehungen, verzichteten auf Reparationen und vereinbarten eine wirtschaftliche, auch militärische Zusammenarbeit.³⁵ Der Abschluss des Vertrags traf wie ein Donnerschlag mitten in die Konferenz in Genua, in der die früheren Teilnehmer des Ersten Weltkrieges Fragen der Nachkriegsfinanz- und Wirtschaftsordnung und damit auch die Zukunft der Reparationen verhandelten.

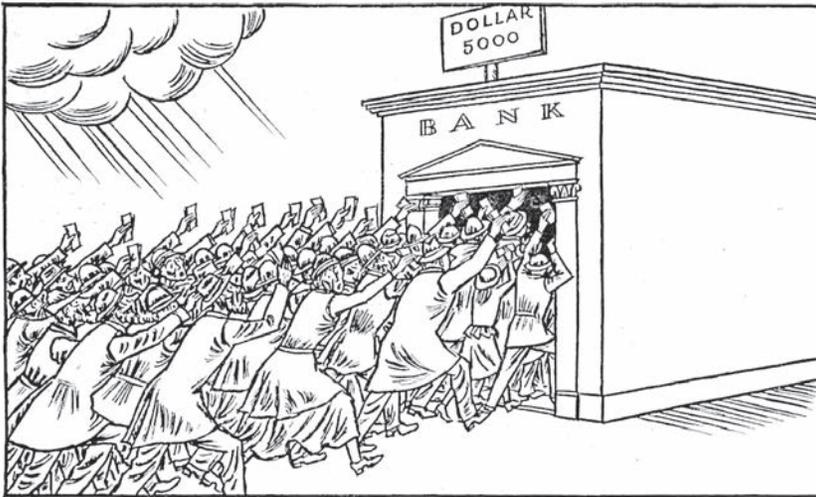
Nicht minder undurchschaubar blieb für Außenstehende das politische Ränkespiel der Parteien, an dem sich nicht unwesentlich auch der Reichspräsident beteiligte. Reparationsfragen spielten dabei eine prominente Rolle. Pläne, die Regierung Wirth zu einer großen Koalition unter Einbeziehung der DVP zu erweitern, scheiterten. Stattdessen wurde im November 1922 eine Mitte-Rechts-Regierung ohne die SPD unter dem parteilosen, aber als dezidiert konservativ geltenden Wilhelm Cuno gebildet.³⁶ Der frühere Manager der Hapag-Reederei machte sich den Slogan „Erst Brot, dann Reparationen!“ zu eigen und legte in den anhaltenden Auseinandersetzungen über die Hinhaltepolitik bei Reparationszahlungen eine Schippe nach, als er sich entschied, auch den Sachlieferungen – Kohle und Holz – nicht nachzukommen. Das war, wie die Reparationskommission beschied, ein Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen. Frankreich und Belgien machten ihre früheren Drohungen wahr und antworteten ab dem 11. Januar 1923 mit der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes einschließlich einiger angrenzender Gebiete als produktives Pfand. Eine Armee von insgesamt 100 000 Soldaten sollte den Abtransport der ausstehenden Reparationsgüter sicherstellen. Im Gegenzug stoppte die Reichsregierung alle Reparationszahlungen und rief, unterstützt von der überwältigenden Mehrheit des Reichstags, am 13. Februar die Bevölkerung zum passiven Widerstand auf. Was zunächst als kurze Machtdemonstration gedacht war, sollte sich über Monate hinziehen und ganz Deutschland in das Chaos der Hyperinflation treiben.

Mit dem sogenannten Ruhrkampf befand sich Deutschland in einem „Krieg nach dem Krieg“.³⁷ Große und kleine Unternehmen, Regierungsstellen, Beamte, Bergarbeiter und nicht zuletzt die Eisenbahnarbeiter legten ihre Arbeit nieder, was die Besatzungsmächte mit Verhaftungen, harten Strafen durch Militärgerichte und der Ausweisung von 180 000 Personen quittierten. Aus dem passiven entwickelten sich Formen von gewalttätigem Widerstand: Sabotageakte, wie die Sprengung von Brücken, Gleis- und Kanalanlagen, aber auch direkte Angriffe auf Repräsentanten der Besatzungsmacht. Bald gab es mit dem 29-jährigen Albert Leo Schlageter, einem ehemaligen Freikorpsoldaten und Mitglied der NSDAP, der Ende Mai 1923 hingerichtet wurde, einen Märtyrer, den auch die Kommunisten auf ihr Schild hoben.³⁸

Das Pfand erwies sich für Frankreich und Belgien als nur bedingt „produktiv“ und mit der Entsendung von großen Truppenkontingenten als kostspielig. Weit höher jedoch waren die menschlichen und wirtschaftlichen Kosten für Deutschland. Löhne und Gehälter in den besetzten Gebieten wurden weiterbezahlt, Unternehmen erhielten Entschädigungen, Unsummen versickerten in dunklen Kanälen der subventionierten Industrie, der Gewerkschaften und der Bürokratie. Schließlich musste das Reich sogar knappe Kohle mit Devisen im Ausland einkaufen. Das Geld beschaffte sich die Regierung über die Ausweitung der Haushaltsverschuldung: Die Gelddruckereien arbeiteten auf Hochtouren. Im In- wie im Ausland schwand nun endgültig das Vertrauen in die deutsche Währung. Die Bevölkerung rechnete bald nicht mehr nur in Tausenden, sondern seit dem Sommer in Millionen und seit Oktober in Milliarden Mark. Trotz einer

Die Falle

(Zeichnungen von G. Schilling)



Die Götter haben es gewollt,
Zur Warnung wird einmal gegoltt:

Der Dollar fällt — die Kleinen laufen.
Devisen Angst: Nur rasch verkaufen!



Wie manhafte tickt der Wasst hingegen:
Der Kleinen Angst wird ihm zum Segen.

Er ist wohl jenem Gott verwandt,
Der das Mandover dienlich fand.

Abb. 2.1: Mit der Inflation rückte die Sozialfigur des Spekulanten und Inflationsgewinners in das Zentrum des öffentlichen Diskurses. Diese Karikatur aus dem „Simplicissimus“ vom Januar 1923 ist nur eine von vielen.

guten Ernte drohte in Deutschland eine Hungersnot, da der wirtschaftliche Austausch infolge der Geldentwertung ins Stocken geriet und Waren aller Art gehortet wurden.

Im Sommer 1923 stand die Regierung Cuno vor einem Scherbenhaufen. Frankreich lehnte Konzessionen ab, die Reparationsfrage war ungelöst geblieben und die

wirtschaftlichen Probleme waren gravierend. Der passive Widerstand fand keine breite Unterstützung mehr. Die Frage lautete nur noch, wann, wie, unter welcher Führung und von wem das Chaos gestoppt werden könnte. Der Abbruch des passiven Widerstandes war gleichbedeutend mit dem bitteren Eingeständnis einer Niederlage, was absehbare innenpolitische Implikationen haben musste, umso mehr als die verfahrenere Reparationsfrage nicht gelöst war. Das erste Opfer war das Kabinett Cuno. Die am 13. August 1923 gebildete Regierung der Großen Koalition von DVP, SPD, DDP und dem Zentrum unter Gustav Stresemann (DVP) brach am 26. September den passiven Widerstand ab. Nun begann ein langes Ringen um die Währungsreform.³⁹ Im Oktober 1923 wurde die Deutsche Rentenbank gegründet: Die Immobilien von Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, also Sachwerte, die nicht unter der Hyperinflation gelitten hatten, wurden mit Hypotheken und Grundschulden belegt. Auf dieser Basis begann am 15. November die Ausgabe der sogenannten Rentenmark, deren Kurs am 20. November auf 1 Billionen (Papier-)Mark und entsprechend dem Kurs von 1 Dollar gleich 4,2 Mark festgelegt wurde. Was oft übersehen wird: Der Erfolg der damit begonnenen Währungsreform war alles andere als sicher und wurde erst Ende August 1924 mit der Ablösung der Rentenmark durch die Reichsmark endgültig bestätigt.

2. Die Inflation: Die stille Vermögensrevolution

Ab 1923 etablierte sich der Begriff Inflation im breiten Sprachgebrauch, nachdem man zuvor meist von Teuerung gesprochen hatte. Ihre Folgen waren von Anfang an umstritten. Für den Hamburger Bankier Max Warburg war Deutschland „a country divided into three classes of society: one that suffers and goes under in decency; another that profiteers cynically and spends recklessly; and another that writhes in desperation, and wishes to destroy in blind fury whatever is left of a government and a society that permits such conditions“.⁴⁰ Solche Bilder von zur Schau gestelltem Luxus, besonders der Neureichen einerseits und Armut der großstädtischen Bevölkerung mit verarmten Bürgern, Kriegskrüppeln, Wohnungslosen und Prostitution andererseits waren weit verbreitet und prägen unseren Eindruck dieses Jahres bis heute, genauso wie die Geldscheine mit einem hohen nominalen Wert, der kaum noch ausreichte, um etwas zu kaufen. Aber das war nur die eine Seite der Medaille. Tatsächlich florierten noch bis in die erste Jahreshälfte 1923 nicht nur Industrie und Handel, sondern auch die Künste. Die Arbeitslosigkeit war niedrig, Kneipen, Cafés, Kinos und Theater waren gut besucht, und Freizeitvergnügen wie Sport und Wandern erlebten infolge des Achtstundentags eine Blüte. Das Geld, das es nicht lohnte für morgen zu sparen, saß locker und wurde schnell umgeschlagen.

Dieses widersprüchliche Bild der Zeit ist bis heute in der Literatur zu finden und hat mit unterschiedlichen Perspektiven auf das Phänomen Inflation zu tun. Insbesondere

Wirtschaftshistoriker haben sich kritisch mit – überlieferten – negativen Beurteilungen der Wirkungen der Inflation auseinandergesetzt und in diesem Zusammenhang die schwierige wirtschaftliche Ausgangslage des Landes nach vier Jahren Krieg ins Gedächtnis gerufen. Die Industrieproduktion lag 1920 nur wenig über der Hälfte und das deutsche Volkseinkommen bestenfalls bei zwei Dritteln der Vorkriegszeit.⁴¹ Auch ohne Reparationen waren die aufzubringenden Kriegsfolgelasten enorm. Die Geldentwertung hielt die Wirtschaft in Gang und ging zugleich einher mit einer Vermögensumverteilung. Der Staat hatte zwar Schulden angehäuft, die sich aber infolge der Geldentwertung real, das heißt gerechnet in Goldmark oder in Dollar, verminderten. Am Ende der Inflation waren die öffentlichen Haushalte weitgehend entschuldet. Anders formuliert: Die Geldentwertung hatte wie eine Vermögenssteuer gewirkt, die ein breites Publikum, wenngleich nicht alle im gleichen Maße, aufgebracht hatte.

Ähnlich gestärkt kamen viele Unternehmen aus der Inflationszeit. So betrug das Verhältnis von Nominalkapital im Jahr 1913 zu dem im Jahre 1924 in der Eisen- und Stahlindustrie 100:134, im Bergbau 100:136, in der chemischen Industrie sogar 100:227. Anders sah es im Bereich von Banken und Handel aus, wo das Verhältnis nur 100:30 betrug.⁴² Industrie, Handel und Bankgewerbe waren also sehr ungleich betroffen; Versicherungen und Banken hatten massiv Kapital verloren. Tausende von kleinen und mittleren Unternehmen in allen Branchen gingen 1924 Bankrott. Die Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, der Verlust früherer Import- und Exportmärkte ebenso wie die Beschränkungen des Versailler Vertrags stellten für alle Unternehmer eine große Herausforderung dar. Der Schleier der Inflation legte sich über Geschäftsbilanzen, was eine gesicherte Rechnungsführung erschwerte und viele, auch ineffiziente, Betriebe über Wasser hielt, also sogenannte „Inflationsblüten“ hervorbrachte. Unternehmer, die Zugang zum Kreditmarkt hatten, nicht zu konservativ wirtschafteten, in anderen Worten eine Inflationsmentalität ausbildeten, konnten sich bis Ende 1923 zu lächerlich geringen Zinsen mit Geld eindecken, um es später entwertet zurückzubezahlen. Der Ruhr-Industrielle Hugo Stinnes, der seit dem Krieg einen verschachtelten Konzern im Bereich der schwer- und elektrotechnischen Industrie aufbaute, gilt bis heute als skandalhaftes Beispiel dafür, wie sich günstige Finanzierungsmöglichkeiten in Verbindung mit der Entwertung von Schulden wirtschaftsstrategisch nutzen ließen. Tatsächlich gab es eine Vielzahl von oft erstaunlich jungen Unternehmern, viele davon *self-made men*, die Stinnes in nichts nachstanden.⁴³

Arbeiter, Angestellte und breite Schichten des Bürgertums, darunter Beamte, Ärzte und Rechtsanwälte, waren wirtschaftlich fast alle schlechter gestellt als vor dem Krieg. Dafür waren die Wochen- und Monatslöhne, nicht unbedingt die Stundenlöhne verantwortlich; mit dem Achtstudentag verkürzte sich aber die Wochenarbeitszeit. In einer vergleichsweise günstigen Position befanden sich all diejenigen, die in Gewerkschaften organisiert und in der (groß-)industriellen Produktion tätig waren. Die große Gruppe der Bergarbeiter, die mit der Reichsknappschaft 1923 auch eine eigene privilegierte öf-

fentliche Sonderversicherung erhielt, ist dafür ein Beispiel. Den Gewerkschaften gelang es, für ihre Mitglieder Teuerungszuschläge herauszuhandeln.⁴⁴ Das hat Historiker dazu bewogen, von einem Inflationskonsens zu sprechen.⁴⁵ Damit gemeint ist, dass sich so etwas wie eine Inflationsmentalität ausbreitete und sich Individuen, Wirtschaftsgruppen und der Staat mit der Geldentwertung arrangierten.

Ein spezifisches Charakteristikum der Inflation war die Nivellierung von Einkommen, die schon im Krieg einsetzte und sich danach verstärkte. Konkret hieß das, dass sich die Einkommen beispielsweise der besser verdienenden höheren Angestellten und Beamten sowie der Facharbeiter denen der schlechter bezahlten Gruppen annäherten. In allen Berufsgruppen hatten die früher höheren Einkommensgruppen die größten finanziellen Einbußen aufzuweisen. Dabei sticht vor allem in der Nachkriegsinflationszeit wiederum in allen Branchen die vergleichsweise bessere Einkommensentwicklung der Frauen hervor. Gerade Angestellte und Beamte betrachteten diese Nivellierung der Einkommen als eine Form der sozialen und wirtschaftlichen Proletarisierung und als Bedrohung des Mittelstandes, was zweifellos die negative Beurteilung der Inflationszeit erklärt. Diese Nivellierung betraf mehr als jede andere Gruppe die Besitzer von Kapitalvermögen. Es ist eine Binsenweisheit, dass Inflationen Geldvermögen, darunter Sparvermögen, Staatsanleihen, Versicherungen und Stiftungsvermögen, vernichten. Dazu bedurfte es nicht der Hyperinflation.⁴⁶ Für diejenigen Personen, die von erspartem Vermögen lebten, bedeutete diese Entwertung eine dramatische Form der – stillen – Vermögensenteignung. Die sogenannten Kapitalkleinrentner, darunter sehr viele Frauen, galten den Zeitgenossen als Inbegriff der Inflationsverlierer. Diese Personengruppe war aber nur die Spitze des Eisbergs, denn betroffen waren breite Schichten des Bürgertums, darunter nicht zuletzt bildungsbürgerliche Schichten wie Ärzte, Rechtsanwälte und Vertreter anderer freier Berufe. Der Ökonom und Universitätsprofessor Werner Sombart, der sich wie wenige andere in der Vorkriegszeit einen Namen mit historischen Analysen des modernen Kapitalismus gemacht hatte, verlor infolge von unglücklichen Fehlentscheidungen große Teile seines Vermögens.⁴⁷ Das provozierte allenthalben Ressentiments. Der liberale Ökonom Moritz J. Bonn meinte rückblickend, die Geschäftswelt habe mit der Inflation „a capitalist variant of communist expropriation“ entwickelt: „They robbed not their class enemies, but the broad mass of their own supporters“.⁴⁸ Hinter solchen und vielen ähnlichen Äußerungen kann man Verteilungskonflikte und -kämpfe in einer ohnehin nach Klassen, Statusgruppen und politischen Orientierungen fragmentierten Gesellschaft erkennen. Sie verweisen zugleich auf Erfahrungsverluste und veränderte Erwartungshorizonte seit dem Krieg, die regelmäßig einhergingen mit idealisierenden Beschreibungen der „Welt von Gestern“ (Stefan Zweig),⁴⁹ also der Zeit vermeintlicher Sicherheiten vor dem Krieg.

Mit Blick auf die Zeit der Hyperinflation konstatieren viele Autoren und Zeitgenossen eine aus den Fugen geratene, „verkehrte Welt“, einen „Hexensabbat der Entwertung“ (Elias Canetti).⁵⁰ Ein gutes Beispiel ist der Romanist und Tagebuchschreiber Victor

Klemperer, der sich trotz seiner lang ersehnten Berufung auf eine Professur in Dresden im Jahr 1920 in den Strudel der Inflation gezogen sah. Seine beständigen Auslassungen im Tagebuch über Geld, wirtschaftliche Schwierigkeiten, eigene, zunächst kleine, dann größere Spekulationsgeschäfte mit Devisen und Aktien, nicht zuletzt sein fast obsessives Schreiben über Essen und Preise, darunter auch Beschreibungen von Exzessen von „Gewinnlern“, erschienen ihm selbst „jämmerlich“ (und verschwanden im Übrigen schlagartig nach der Währungsreform, um dann nach 1930 erneut aufzutauchen). Bei all den täglichen wirtschaftlichen Frustrationen genoss der Wissenschaftler aber auch die kleinen Erfolge eigener Spekulationsgeschäfte, die ihn selbst überraschten und ihm und seiner Frau über die Runden halfen: „Selbst den Schuß Bohème unserer [unsicheren] Lebenshaltung u[nd] die Unsicherheit der Gesamtlage empfinde ich als Reiz und Genuss“, notierte er 1923.⁵¹

Wie viele Zeitgenossen bemerkte auch Klemperer, dass sich das Alte nicht länger zu bewähren schien: „Die Zeit ist aus den Fugen“,⁵² lautete die scheinbar triviale Formulierung. Sie kann als Metapher für die Erfahrung einer Moderne gelesen werden, in der sich Werte verflüssigten. Dazu zählte das wertlose Papiergeld, das eben nicht mehr auf dem Goldstandard fußte, was unter anderem die viel gescholtenen Inflationsgewinnler mit ihrer Geschäftsmoral auszunutzen vermochten. Die sogenannten Rentiers, die ebenso wie „viele geistige Arbeiter“ – der Ökonom Alfred Weber sprach von „Rentenintellektuellen“ – von ihrem angesparten Vermögen lebten, erschienen als ein Anachronismus in der modernen Erwerbsgesellschaft.⁵³ Neue soziale Leitfigur waren die Angestellten, ihre Freizeitkultur mit Sport, Kino und Weekend. Neue Formen machten sich in allen Bereichen breit. So erlebte die künstlerische Avantgarde gerade in den frühen 1920er Jahren unter den Bedingungen der Inflation eine Blüte.⁵⁴ Viele ihrer Vertreter mochten den üblichen Kleingeist der alltäglichen Welt des Geldes ins Visier nehmen. Aber auch Kunstwerke, ähnlich wie Aktien, Münzen und andere Wertgegenstände, stießen bei der Flucht in Sachwerte auf große Nachfrage. Künstler wie George Grosz warfen ihre Kunstmappen für jede Käufergruppe passend, signiert oder unsigniert, mit oder ohne Hand-Koloration, auf billigem und auf edlem Papier auf den Markt. Klemperer berichtet über einen Universitätskollegen, der Kunst und Bücher als „seine Dividenden-Anlage“ kaufte und für Hunderttausende Mark Bücher auf das Schönste binden ließ, „[a]lles mit Geschmack und Bildung. Aber ein bitteres Gefühl über dieses maßlose industrielle Verdienen bleibt doch unüberbrückbar“. Das war eine Moderne, in der, wie es schien, „everything solid melts into air“.⁵⁵ Rückblickende Betrachtungen auf die Inflation haben dieses Bild verfestigt.



Abb. 2.2: Dieses Foto von Willy Römer zeigt die Besetzung des Rheinlandes durch französische Posten am Deutschen Eck 1923.

3. Währungsstabilisierung, Ausnahmezustand und Diktatur im Herbst und Winter 1923/24

Ende November 1923 schrieb der Lektor Ludwig Feuchtwanger an seinen Autor Carl Schmitt, dass man mit Blick auf die jüngsten Ereignisse „Tag für Tag Anschauungsunterricht über Allgemeine Staatslehre“ bekomme. Die alten Meister wie Machiavelli, Bodin und Hobbes, die man früher nur in der Historie zu lesen bekommen habe, würden „fatal lebendig“. Trocken antwortete Schmitt, dass das vor allem für Hobbes gelte.⁵⁶ Zeitgenossen der Inflationszeit kamen immer wieder auf dieses Bild des Kampfes „aller gegen alle“ zurück. Es war verbunden mit dem Ruf nach Diktatoren, „starken Männern“ und einem „starken Staat“. Der Winter 1923/24 war das Exerzierfeld des Ausnahmezustandes. Diktaturdebatten begleiteten Deutschland seit dem Krieg und der Revolution, aber sie nahmen im Spätherbst 1923 Fahrt auf, als das Geld zunehmend seine Funktion als Tauschmittel verlor und es so schien, als ob sich damit auch staatliche Autorität auflöste. Die Zeitungen berichteten über Teuerungsunruhen und Plünderungen im ganzen Reich, an denen sich Frauen, Jugendliche, Arbeitslose, aber auch politische Aktivistinnen der Linken wie antisemitisch-völkischer Gruppen beteiligten. Sie plünderten Geschäfte und verkauften dabei gelegentlich dem Publikum die beschlagnahmten Waren

zu „angemessenen Preisen“. Die pogromartigen Exzesse im Berliner Scheunenviertel Anfang November, die als Proteste von Arbeitslosen begannen und sich dann gegen die jüdische Bevölkerung nicht nur dieses Berliner Kiezes richteten, waren nur die Spitze des Eisbergs. Unverhohlen trat hier der grassierende Antisemitismus zutage.⁵⁷ Die vielen Toten, die reichsweit bei diesen (meist aber nicht antisemitisch motivierten) Plünderungen auch wegen des Einsatzes von Sicherheitskräften einschließlich des Militärs zu verzeichnen waren, bleiben bis heute ungezählt. Anzeichen von Anarchie konnte man im Westen des Reiches, im preußischen Rheinland und der bayerischen Pfalz beobachten, wo deutsche Separatisten, unterstützt von Frankreich, ihre Aktivitäten verstärkten, öffentliche Gebäude besetzten und „autonome Republiken“ ausriefen. Das mündete in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen, da die selbst erklärten Separatisten auf den Widerstand breiter Schichten der Bevölkerung stießen.⁵⁸

Standen die Zeichen nicht günstig für einen „deutschen Oktober“ (analog zum russischen Oktober der Bolschewiki 1917), wie Vertreter der KPD und der Kommunistischen Internationale wie Karl Radek meinten?⁵⁹ Das Chaos der Hyperinflation schien, so auch die Annahme in Moskau, eine revolutionäre Situation zu schaffen. Sowjetisches Geld und Militärexperten halfen beim Aufbau eines paramilitärischen Apparats in Form von Proletarischen Hundertschaften mit bald über 50 000 Mitgliedern. Die KPD forcierte den Aufbau von (Preis-)Kontrollkommissionen, die in Aktionen der Selbsthilfe gegen Wucher, Schleichhändler und unangemessen hohe Preise vorgehen und dabei auch Waren und Nahrungsmittel beschlagnahmen sollten.⁶⁰ Ziel war der Aufbau einer breiten, proletarischen Einheitsfront, wozu auch der Eintritt der KPD in SPD-geführte Regierungen in Sachsen und Thüringen in der ersten Oktoberhälfte zählte.

Der Kurs der KPD blieb umstritten. Wie eine Delegiertenversammlung linker Gewerkschafter, Kommunisten und Sozialdemokraten in Chemnitz am 21. Oktober in ihrer Mehrheit feststellte, war die wirtschaftliche Not infolge der Hyperinflation keine gute Voraussetzung für einen Generalstreik. Derart isoliert, blies die deutsche KPD-Führung unter Heinrich Brandler die geplanten Aktionen ab. Ein lokaler Aufstand in Hamburg am 23. Oktober endete in einem blutigen Desaster. Die kommunistischen Revolutionsparolen waren Wasser auf die Mühlen derjenigen, die ihrerseits Pläne für eine „nationale Diktatur“ hegten und dabei auf die drohenden Gefahren von Links hinwiesen. An die Wand gemalt wurde der über kurz oder lang ausbrechende Bürgerkrieg, ein Zustand der Anarchie, der nur mittels diktatorischer Machtmittel gelöst werden könne.

Tatsächlich herrschte schon seit dem 26. September, dem Ende des passiven Widerstands, in Deutschland reichsweit der militärische Ausnahmezustand, den der Reichspräsident in Absprache mit der Regierung Stresemann auf der Grundlage des Artikel 48 Absatz 2 der Verfassung erklärt hatte.⁶¹ Die Angst vor Unruhen als Protest gegen die Beendigung des passiven Widerstands – einem zweiten Dolchstoß, wie manche meinten – war nur ein Motiv. Entscheidend war das Vorpreschen der bayerischen Regierung, die mit dem bayerischen Ausnahmezustand (mit Verweis auf Art. 48 Abs.

5) der Reichsregierung zuvorkam und diese in Zugzwang brachte. Die Ernennung von Gustav Ritter von Kahr zum bayerischen Generalstaatskommissar zeigte, woher der Wind wehte. Seit März 1920 bayerischer Ministerpräsident, zählte von Kahr zu den Hoffnungsträgern konservativer Kräfte in der Bayerischen Volkspartei. Er pflegte vielfältige Verbindungen zur Reichswehr und den Wehrverbänden, darunter auch denen, die sich um ihre Führer Ludendorff und Hitler scharten und sich 1923 zunehmend zu einer politischen Konkurrenz mauserten. Seit der Niederschlagung der Räterepublik hatte sich der bayerische Ausnahmezustand zum Markenzeichen der Ordnungszelle unter von Kahr entwickelt. Ausnahmezustand hieß zum einen ein scharfes Vorgehen gegen die linken Parteien (einschließlich der SPD) und ihre Mitglieder, eine exzessive Anwendung der Schutzhaft, Versammlungsverbote und Einschränkungen der bürgerlichen Freiheitsrechte der Linken; zum anderen war damit der systematische Ausbau sicherheitsstaatlicher Strukturen von Landespolizei, Reichswehr und den Wehrverbänden verbunden. Unverhohlen kritisierten die Bayern die in ihren Augen nicht tragbare große Koalition mit den Sozialdemokraten, die den Reichsinnenminister stellten. Im November 1923 war Kahr der Initiator der Internierung und Ausweisung von sogenannten Ostjuden aus Bayern.⁶²

Mit dem militärischen Ausnahmezustand ging die vollziehende Gewalt im September 1923 auf den Reichswehrminister Otto Geßler (DDP) über, der seine Befugnisse wiederum an die regionalen Wehrkreisbefehlshaber delegierte. Diese bekamen damit sehr weitreichende Machtmittel gegenüber den staatlichen Regierungen und Verwaltungen an die Hand. Schon vor und mehr noch nach dem gescheiterten Hamburger Aufstand erhöhten Reichswehrminister und Reichskanzler den Druck auf die sächsische Linkregierung des Ministerpräsidenten Erich Zeigner (SPD). Sie forderten ultimativ den Ausschluss der KPD aus der Regierung und drohten mit der Reichsexekution (auf der Grundlage von Art. 48, Abs. 1 der Verfassung). Als die linke sächsische Koalitionsregierung den Anweisungen nicht nachkam, erfolgte am 28. Oktober die angedrohte Reichsexekution: Ermächtigt durch den Reichspräsidenten entthob der Reichskanzler Stresemann die Mitglieder der sächsischen Regierung sowie der Landes- und Gemeindebehörden ihrer Ämter; am folgenden Tag besetzte die Reichswehr Sachsen und stellte die Polizei unter ihre Führung. Die Proletarischen Hundertschaften wurden verboten und entwaffnet. Ähnliches wiederholte sich nach dem 6. November in Thüringen. Die Regierungsgeschäfte übernahmen zivile Reichskommissare in Zusammenarbeit mit den Vertretern der Reichswehr. Dass es bei einem Intermezzo blieb, war der Intervention des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zu verdanken. Schon am 31. Oktober wählte der sächsische Landtag eine neu gebildete sozialdemokratische Regierung, so wie dann später der thüringische Landtag eine bürgerliche Regierung mit Unterstützung der Völkischen wählte. Dabei gab es 1923 viele Stimmen, darunter die des Militärs, die sich eine politische Generalbereinigung wünschten, dazu zählten Regierungsbildungen ohne Sozialdemokraten – auch in Preußen. Im Dezember protestierte die neue sächsische Regie-

rung, es spreche dem „Grundsatz der Demokratie Hohn, wenn es ein General wagen kann, alle sozialdemokratischen Beamten lediglich auf Grund ihrer parteipolitischen Einstellungen als unverlässlich zu kennzeichnen und ihres Dienstes zu entheben.“⁶³

Die Erbitterung der Sozialdemokraten war groß, und am 3. November verließen sie im Groll die Regierung Stresemann. Neben Sachsen blickten sie auf die zurückliegenden Ereignisse in Bayern, wo die Reichsregierung wie die Reichswehr aus Opportunitätsgründen auf Zeit spielten, obwohl hier genauso gute Gründe für eine Reichsexekution vorlagen. In Bayern verweigerte sich die Reichswehr den Befehlen aus Berlin und stellte sich demonstrativ auf die Seite des Staatskommissars von Kahr. Das war eine Form von Hochverrat. Die Reichswehrführung unter von Seeckt stellte nicht erst jetzt klar, dass sie sich im Falle Bayerns einer Reichsexekution wie der in Sachsen verweigern würde. Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Reichsregierung und den Vorgängen in Sachsen, Thüringen und Bayern schossen die unterschiedlichsten Diktatur- und Umsturzpläne ins Kraut. Unter den Bedingungen des militärischen Ausnahmezustands waren sie schon über Wochen und Monate hinweg ventiliert worden. Dazu zählten Pläne für ein mit Ausnahmevollmachten ausgestattetes, vom Parlament unabhängiges Direktorium (mit allen Anklängen an das napoleonische Frankreich). Die Exponenten waren politisch agierende Industrielle und Politiker mit Beziehungen zum Bund der Landwirte und dem Alldeutschen Verband, deren Mitglieder enge Kontakte zur DNVP und zur DVP pflegten. Der Reichspräsident war in diese Pläne eingeweiht, zumal die Initiatoren davon ausgingen, dass ein solches Direktorium nur mittels des in der Hand des Reichspräsidenten liegenden Ausnahmerechts gebildet werden konnte. Aber wer die richtigen Männer für diese Posten waren, blieb offen. Stinnes meinte gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Berlin schon im September: „So ein Mann muß die Sprache des Volkes reden und selbst bürgerlich sein, und so ein Mann steht bereit.“⁶⁴ Dabei dachte er wohl weniger an Hitler als vielmehr an von Kahr.

In diesen Diktaturplänen spielte von Anfang an der Chef der Reichswehr Hans von Seeckt eine wichtige Rolle. Viele Militärs setzten auf ihn. Dass aus allen diesen Plänen nichts wurde, hat mit seiner Person, aber mehr noch mit den Ereignissen in Bayern zu tun. Seit der Gründung der NSDAP im Februar 1920 war diese kleine Partei zu einer einflussreichen Kraft herangewachsen. Ihr Führer Adolf Hitler galt als Trommler für die nationale Sache. Bei allem Misstrauen standen Regierungsstellen, Polizei und Reichswehr der jungen Bewegung wohlwollend gegenüber. Seit der Ruhrbesetzung und dem passiven Widerstand war Hitler in Bayern eine nicht mehr zu übergehende Kraft und im Herbst kämpften von Kahr, Hitler und seine Verbündeten im völkischen Lager um die Führungsrolle in der nationalen Bewegung. Die Ereignisse spitzten sich am Vorabend des Jahrestags der Novemberrevolution am 9. November 1923 anlässlich einer großen Veranstaltung im Münchener Bürgerbräukeller zu. Mitten in einer pathetischen, mit Invektiven gegen den Marxismus und Berlin gespickten Rede des bayerischen Generalstaatskommissars stürmte der mit einer Pistole bewaffnete Hitler auf die Bühne, unter-

brach von Kahr und erklärte – unter Jubel des anwesenden bürgerlichen Publikums – die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt. Hitler stellte die Bildung einer „nationalen Regierung“ in Aussicht. Die so Überrumpelten zogen noch in der gleichen Nacht ihre erzwungene Zusage zurück, und schon am 9. November wurde das Ende des Putsches unter dem Kugelhagel der bayerischen Landespolizei vor der Feldherrnhalle besiegelt.⁶⁵

Noch in der Nacht des Putsches übertrug Friedrich Ebert von Seeckt (anstelle des Reichswehrministers Geßler) direkt die vollziehende Gewalt: Der General konnte „alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen ergreifen“, wie es in der ersten öffentlichen Bekundung hieß. Damit war das Militär näher an der Macht als je zuvor.⁶⁶ Hoffnungen auf eine „Diktatur Seeckt“ wurden aber schnell enttäuscht. Denn mit der Übertragung der Macht an von Seeckt noch in der Nacht des Putsches band der Reichspräsident den Militär an seine Person: Seine erste Aufgabe bestand darin, auch in Bayern für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Und wie sich zeigte, bewegte sich der von Ebert beauftragte „Militärdiktator“ im Rahmen der Verfassungsordnung und unter der Führung des Reichspräsidenten. Die von ihm veranlassten Maßnahmen sind dennoch gerade auch mit Blick auf spätere Jahre von Bedeutung. Dazu zählen Parteien- und Zeitungsverbote, die Außerkraftsetzung bürgerlicher Grundrechte und Strafverschärfungen, darunter die militärische Schutzhaft, aber auch Interventionen in das wirtschaftliche Leben.⁶⁷

Bei allen diesen Ereignissen ging es um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die andere Seite der Anwendung des Ausnahmezustands betraf die Behebung der wirtschaftlichen und fiskalischen Notstände auf der Grundlage des Artikels 48. Damit ermächtigte der Reichspräsident die Reichsregierung, weitreichende Beschlüsse auf dem Feld der Wirtschaft auch ohne Konsultierung des Reichstags zu fassen. Dieser hätte ein Veto einlegen können, was aber nicht geschah, auch nicht mit der SPD in der Opposition. In die gleiche Richtung zielten Ermächtigungsgesetze, mit denen der Reichstag seine legislativen Kompetenzen an die Regierungen (und damit indirekt an die Bürokratien) delegierte – und sich selbst vertagte. Wie es im Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923 hieß, sollten damit die Voraussetzungen geschaffen werden, „die Maßnahmen zu treffen“, die die Regierung „im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet“.⁶⁸ De facto handelte es sich um „ein nacktes Diktaturgesetz“⁶⁹ – in diesem Fall aus der Hand des Reichstages.

Mit dem Artikel 48 zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, wirtschaftlichen Notverordnungsgesetzen und Ermächtigungsgesetzen regierten Militär, Bürokratie und Reichsregierung über ein halbes Jahr hinweg. In den Ländern gab es ähnliche Arrangements. Erlassen wurde eine Vielzahl von Verordnungen und Gesetzen, von denen die meisten ohne den Ausnahmezustand zweifellos keine Chance gehabt hätten, den Reichstag zu passieren, schon gar nicht in dieser Geschwindigkeit. Die Materie, um die es ging, war außerordentlich kontrovers, weil dabei wichtige Errungenschaften der Re-

volution wie der Achtstundentag zur Disposition standen, wogegen sich die SPD lange gesträubt hatte.⁷⁰ Zu diesem Maßnahmenbündel zählt etwa der am 17. Oktober 1923 beschlossene schrittweise Personalabbau von 25 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Damit wurden bis zum 1. April 1924 400 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter, darunter überproportional viele Frauen, entlassen. Die Gehälter und Löhne wurden auf 60 Prozent des Vorkriegssatzes reduziert, der Achtstundentag wurde aufgeweicht; zugleich stiegen die Steuern und Abgaben stark an. Reichsbahn und Reichspost erhielten keine Zuschüsse mehr.⁷¹ Die Härte der Austeritätspolitik erklärt sich auch dadurch, dass lange nicht sicher war, ob die Währungsreform tatsächlich gelingen würde. Am 15. Februar 1924 lief das letzte, zeitlich befristete Ermächtigungsgesetz aus, sodass wenige Tage später der Reichstag wieder zusammentrat. Als Sozialdemokraten, Kommunisten und Deutschnationale versuchten, die erlassenen Sparbeschlüsse abzuändern, löste der Reichspräsident am 13. März auf Bitten der Reichsregierung kurzerhand den Reichstag auf. Neuwahlen wurden für den 4. Mai anberaumt, was der Regierung eine weitere Atempause verschaffte.

Nach dem Winter 1923/24 war die deutsche Gesellschaft erschöpft. Bilder von riesigen Mengen wertloser Geldbündel, die verfeuert wurden oder Kindern als Spielzeug dienten, setzten sich nicht zuletzt dank ihrer medialen Reproduktion im kollektiven Gedächtnis fest. Die Währungsreform war mit allergrößter materieller Not, zahllosen Geschäftspleiten, hoher Arbeitslosigkeit und extrem niedrigen Einkommen verbunden. Die düstere wirtschaftliche Gesamtsituation besserte sich erst in der zweiten Jahreshälfte 1924, als im Zusammenhang mit der Übereinkunft in der Reparationsfrage, dem Dawes-Abkommen, auch amerikanische Kredite nach Deutschland flossen.

Aus den im Mai abgehaltenen Reichstagswahlen gingen die Deutschnationalen eindeutiger als noch vier Jahre zuvor als Wahlsieger hervor. Als oppositionelle Partei, die sich im Reich an keiner Koalition beteiligt hatte, bündelte sie die Unzufriedenheit bürgerlicher Gruppen nicht weniger als die der Landbevölkerung, aber auch der deutschnationalen Angestellten, Arbeiter und Beamten. Der soziale Protest war im wahrsten Sinne des Wortes deutschnational, unterfüttert mit einem grassierenden Antisemitismus. Die durchweg negativ beurteilten Folgen der Inflation verorteten nicht nur die Deutschnationalen im Kontext der zurückliegenden Revolution 1918/19, demokratischen Republik und Reparationen. Hatten sich der neue Staat ebenso wie mächtige wirtschaftliche Interessen nicht auf Kosten breiter Schichten der Bevölkerung ihrer Schulden entledigt?⁷² Die DNVP verbiss sich in das Thema Aufwertung, wobei es um einen finanziellen, aus Steuern zu finanzierenden Ausgleich zugunsten von Sparern und Besitzern von privaten und öffentlichen Anleihen ging: Die „Kapitalkleinrentner(innen)“ waren das Symbol dieses sich nun über Jahre hinziehenden moralischen Kampfes um Gerechtigkeit. Das Thema war schon deshalb explosiv, weil sich Richter am Leipziger Reichsgericht des Aufwertungsthemas annahmen, mit der Drohung, in diesem Kampf des „Rechts(empfindens)“ des Volkes gegen die (ungerechten) „Gesetze“



Abb. 2.3: Auf dem Höhepunkt der Hyperinflation wird 1923 wertlos gewordenen Papiergeld vernichtet.

die erlassenen Gesetze nicht anzuerkennen. Das war eine in der deutschen Verfassungstradition unbekannt, nachgerade revolutionäre Anmaßung eines richterlichen Nachprüfungsrechts. Als die DNVP dann als wenig glücklich agierende Regierungspartei von ihren früheren Positionen abrückte, driftete dieser Protest des „Rechts(empfindens) gegen die Gesetze“ in völkische Richtung ab.⁷³

Seit 1924 wurden Bilanzen erstellt, wer zu den Verlierern und wer zu den Gewinnern der Inflation zählte, ein Bild, das, wie wir sahen, auf der Ebene der Statistik durchaus ambivalent ausfiel und viele (Selbst-)Einschätzungen relativierte: Der Mittelstand war nicht „vernichtet“, das gesellschaftliche System sozialer Ungleichheit, das auf dem Zugang zu gesellschaftlicher wie politischer Macht und Status auf der Grundlage von Bildung, Habitus und sozialer Position basierte, wies über alle politischen und sozialen Zäsuren hinweg große Kontinuitäten auf. Bei allen nivellierenden Folgen der Inflation war Deutschland nach wie vor eine Klassengesellschaft. Der Kapitalismus hatte sich entgegen der Erwartungen vieler behauptet, auch wenn sich seine Vertreter bitter über die hohen sozialen Lasten, Steuern und Staatsinterventionen beklagten. Aber das Land war nicht nur politisch, sondern nicht zuletzt infolge der Inflation auch sozial gespalten: zwischen Stadt und Land, Konsumenten und Produzenten, Hausbesitzern und Mietern, Gläubigern und Schuldern sowie Arbeitern, Bauern und Bürgern. Die Zerrüttung gesellschaftsvertraglicher Beziehungen nahmen schon die Zeitgenossen als Dominanz partikularer Interessen wahr. Das betraf nicht zuletzt auch die bürgerlichen liberalen Parteien, die immer verschiedene Interessengruppen ihrer bürgerlichen Klientel zu integrieren versucht hatten.⁷⁴

Einigkeit herrschte hinsichtlich der negativen Einschätzung der Inflationsgewinner und der „Inflationsblüten“, die als Symptom wie als Ursache des Phänomens der Inflation Zielscheibe der Kritik waren. Das zeigt eine ganze Reihe von politischen Finanz- und Wirtschaftsskandalen. In ihnen wurden sehr unterschiedliche Dinge verhandelt: Not und Verschwendung, die vermeintliche Korruption republikanischer Politiker, nicht zuletzt auch die Exzesse eines spekulativen Kapitalismus, wie er sich in der Inflation tatsächlich gezeigt hatte, der nun aber primär als „jüdischer Kapitalismus“ karikiert und attackiert wurde. War dieser Kapitalismus getilgt? Solche Fragen tauchten nach 1930 erneut auf. Antisemitismus und Antikapitalismus, seit jeher verschwistert, entwickelten nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise eine fatale Brisanz. Im Raum stand die Frage, ob die konjunkturelle Scheinblüte die nach wie vor bestehenden strukturellen wirtschaftlichen Probleme verdeckt hatte. Musste die mit der Währungsreform begonnene, möglicherweise aber nicht radikal genug durchgeführte Austeritätspolitik unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise zu Ende geführt werden?⁷⁵

Der Enthusiasmus und Aufbruchgeist der Revolutionszeit war 1924 verfliegen. Nüchternheit und ein neuer Realitätssinn machten sich breit. Putsche und Aufstände waren erfolglos geblieben, die Republik hatte sich erfolgreich als politische Herrschaftsform behauptet, und alles sah danach aus, als ob Republikaner fest im Sattel säßen.

Politik, Militär und Bürokratie hatten den Ausnahmezustand höchst variantenreich eingeübt, sei es in der Bekämpfung sozialer und politischer Unruhen, wirtschaftlicher und fiskalischer Notstände oder sei es im Republikenschutz. Damit waren wichtige, handlungspraktische Präzedenzfälle etabliert worden, die unter den veränderten wirtschaftlichen politischen Bedingungen nach 1930 erneut von Bedeutung wurden und sich am Ende gegen die Republik richteten.

Nicht leicht zu bestimmen sind die mittel- und langfristigen psychologischen Folgewirkungen der Inflation. Dazu zählt die bis in die heutigen Tage mobilisierbare Inflationsangst der Deutschen mit wiederkehrenden Verweisen auf das Jahr 1923. Dazu zählt auch die These des Schriftstellers Elias Canetti, dass ohne die Inflation als „Massenphänomen“ mit ihren schwerwiegenden Entwertungsvorgängen „ein Verbrechen von solchen Ausmaßen“ wie während der NS-Zeit unvorstellbar gewesen sei: „Man hätte sie schwerlich so weit bringen können, wenn sie nicht wenige Jahre zuvor eine Inflation erlebt hätten, bei der die Mark bis auf ein Billionstel ihres Wertes sank. Es ist diese Inflation als Massenphänomen, die von ihnen auf die Juden abgewälzt wurde“.⁷⁶

Anmerkungen

- 1 RATHENAU 1921.
- 2 Vgl. HOLTFRERICH 1986; FELDMAN 1993; BESSEL 1993; für einen Überblick vgl. MCELLIGOTT 2014; WINKLER 1993.
- 3 FALTER 1986, S. 44; ROHE 1992, S. 142.
- 4 MOMMSEN 1989, S. 63–140.
- 5 GASTEIGER 2018 S. 147–201.
- 6 SCHOLL 2015, bes. S. 73–105; DREIER 2018.
- 7 WINKLER 1985, S. 183–294.
- 8 GEYER 2018, bes. S. 64–79; EPSTEIN 1962.
- 9 FELDMAN 1993, S. 162f., 198f.
- 10 Auch für das Folgende HÜRTEEN 1989; GASTEIGER 2018, S. 178–185.
- 11 WINKLER 1993, S. 131–135; HARTEWIG 1993, S. 294–303; GEYER 2014, S. 363.
- 12 ALEXANDER 1996, S. 451–503.
- 13 Zum Monarchismus vgl. GASTEIGER 2018, S. 202–218.
- 14 HENNIG, 1990 S. 424–444.
- 15 Zum republikanischen Wehrkonsens vgl. BERGIEN 2012, S. 75–120.
- 16 GEYER 1990.
- 17 Die Zahlen in: BÜTTNER 2008, S. 168.
- 18 Vgl. ausführlich FELDMAN 1993, S. 156–165.
- 19 BÄHR 1989.
- 20 Diese Konstellationen betonen sowohl HOLTFRERICH 1986, S. 197–220 als auch FELDMAN 1998, S. 165–227; FELDMAN 1982; vgl. auch EICHENGREEN 1992.
- 21 HOLTFRERICH 1986, S. 198; SCHUKER 1988.
- 22 FELDMAN 1993, S. 854f.; FERGUSON 1996, S. 269–309.
- 23 MILLER, POTTHOFF 1991, S. 76–78.
- 24 HOELZ 1929; KOCH-BAUMGARTEN 1986.
- 25 GEYER 1976.
- 26 GUMBEL 1922, S. 81.
- 27 SABROW 1994.
- 28 JASPER 1963; GRÜNTHALER 1995, S. 229 (Zitat); ACHILLES 2010b.
- 29 Als Überblick siehe MCELLIGOTT 2014, S. 35–51. Für das Folgende vgl. FELDMAN 1993, S. 309–507; KENT 1989.
- 30 KRÜGER 1993.
- 31 Auch für das Folgende vgl. KÜPPERS 1997, S. 104–122.
- 32 KEYNES 1920.
- 33 FELDMAN 1993, S. 344–384.
- 34 KÜPPERS 1997, S. 137, 199.
- 35 FINK 1984.
- 36 Vgl. MÜHLHAUSEN 2006, S. 552–593.
- 37 Auch für das Folgende: KRUMEICH 2004; FISCHER 2003; WRIGHT 2002, S. 157–191.

- 38 HOFFROGGE 2017.
- 39 KROHN 1974; WINKLER 1984, S. 608–612; FELDMAN 1993, S. 780–802.
- 40 FERGUSON 1996, S. 342.
- 41 HOLTFRERICH 1986, S. 224, 294.
- 42 FELDMAN, HOMBURG 1977, S. 164. Zu beachten ist, dass sich bei den Banken die extrem niedrige Bewertung der Aktien im Stabilisierungsjahr 1924 niederschlug.
- 43 FELDMAN 1998; UFERMANN 1924; vgl. auch PIERER 2011; GEYER 2018.
- 44 ABELSHAUSER 1981; HOLTFRERICH 1986, S. 221–278; KUNZ 1986; TSCHIRBS 1986; GEYER 1999, S. 142–156.
- 45 Der Begriff stammt von Gerhard A. Ritter, vgl. FELDMAN 1984, S. 55–66, hier S. 60; KUNZ 1982a.
- 46 HUGHES 1988; GEYER 1999, S. 205–222.
- 47 LENGER 1994, S. 257–271.
- 48 BONN 1948, S. 151.
- 49 Auch für eine Beschreibung der Inflation vgl. ZWEIG 1968.
- 50 CANETTI 1981, S. 211.
- 51 KLEMPERER 1996, S. 258, 645, 702; der Unternehmer und spätere Reichsfinanzminister Hermann Dietrich (DDP) war wirtschaftlich sehr viel besser situiert als Klemperer, konnte sich aber ebenfalls nur durch ähnliche kleine Geschäfte über Wasser halten, vgl. MEYER 2018, S. 177–212.
- 52 KLEMPERER 1996, S. 697.
- 53 WEBER 1923.
- 54 Vgl. KESSLER 2007; WIDDIG 2001.
- 55 KLEMPERER 1996, S. 703; BERMAN 1982; GEYER 1999, insbes. S. 243–277, 379–388.
- 56 RIESS 2007, S. 44, 45.
- 57 LOBERG 2018, S. 90–104.
- 58 SCHLEMMER 2007.
- 59 Auch für das Folgende vgl. WINKLER 1984, S. 619–624, 655–664; MÜHLHAUSEN 2006, S. 641–675; vgl. die Quellensammlung BAYERLEIN 2003.
- 60 GEYER 1990, S. 210–212.
- 61 Auch für das Folgende HÜRTEIN 1980; vgl. MÜHLHAUSEN 2006, S. 628–640, 759–763.
- 62 DEUERLEIN 1962; POMMERIN 1986.
- 63 Vgl. HÜRTEIN 1980, S. xvi–xvii, 128, 185 (Zitat).
- 64 FELDMAN 1998, S. 888.
- 65 DEUERLEIN 1962.
- 66 ERDMANN, VOGT 1978, S. 998–1000.
- 67 MÜHLHAUSEN 2006; Denkschrift des Reichswehrministers über den Ausnahmezustand, 12. August 1924, in HÜRTEIN 1980, S. 348.
- 68 Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923, in: Reichsgesetzblatt (1923), S. 1179; eine Gesamtaufstellung der Verordnungen in ABRAMOWSKI, 1973, S. 369–373.
- 69 Zusammenfassung der vom Truppenamt vorgetragenen Beurteilung der inneren Lage, 7. Dezember 1923, in HÜRTEIN 1980, S. 196.
- 70 KROHN 1975; FELDMAN 1993, S. 736–753.

- 71 KUNZ 1982a.
 72 HUGHES 1988; JONES 1979.
 73 GEYER 1994; RÜTHER 1994.
 74 JONES 1988.
 75 Vgl. dazu GEYER 2018.
 76 CANETTI 1981, S. 212.

Ausgewählte Literatur

- Bessel, Richard, *Germany after the First World War*, Oxford 1993.
 Feldman, Gerald D., *The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, 1914–1924*, New York. Oxford 1993.
 Feldman, Gerald D., *Hugo Stinnes. Biografie eines Industriellen 1870–1924*. München 1998.
 Fischer, Conan J., *The Ruhr Crisis*, Oxford 2003.
 Geyer, Martin H., *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914–1924, Göttingen 1999*.
 Hartewig, Karin, *Das unberechenbare Jahrzehnt. Bergarbeiter und ihre Familien im Ruhrgebiet 1914–1924*, München 1993.
 Holtfrerich, Carl-Ludwig, *The German Inflation 1914–1923*, Berlin. New York 1986.
 Hughes, Michael, *Paying for the German Inflation*. Chapel Hill/NC. London 1988.
 Loberg, Molly, *The Struggle for the Streets of Berlin. Politics, Consumption, and Urban Space, 1914–1945*, Cambridge 2018.
 Widdig, Bernd, *Culture and Inflation in Weimar Germany*, Berkeley/CA 2001.

Koalitionsbildung und politische Fragmentierung 1924–1930

Matthew Stibbe

Ende der 1950er und Anfang der 1960er Jahre haben konservative Intellektuelle der Bundesrepublik das konstitutionelle Gefüge der Weimarer Republik heftig kritisiert. Vor allem bemängelten sie, die traditionelle, historisch gewachsene Idee des Staates sei nicht mit den besonderen Sicherheitsanforderungen einer modernen, permanent krisenanfälligen parlamentarischen Demokratie in Einklang gebracht worden. In ihren Augen hätte der Staat, insbesondere seine Regierbarkeit und Handlungsfähigkeit, prinzipiell Vorrang haben müssen vor dem Recht organisierter politischer Bewegungen auf Vertretung der materiellen Interessen oder ideologischen Glaubenssätze ihrer Massenmitgliedschaften.¹ Dieses Prinzip sei, wie sich gezeigt habe, in der Weimarer Republik unmöglich aufrechtzuerhalten gewesen. Als Gründe hierfür nannten diese Kritiker einerseits die schiere Menge politischer Parteien im Reichstag, aber auch deren Unvermögen, zusammenzuarbeiten und stabile Mehrheiten zur Verteidigung der bestehenden verfassungsrechtlichen Ordnung zu bilden. Stattdessen habe es lediglich negative Mehrheiten gegen die rechtsstaatliche Grundlage der Republik oder deren Handhabbarkeit gegeben. Erschwerend hinzugekommen sei die vermeintliche Tendenz der Parteien, ihrer eigenen inneren Geschlossenheit Vorrang vor dem Schutz der legitimen Macht der Regierungen einzuräumen, insbesondere in Zeiten enormer Herausforderungen von innen und außen.²

Während einer der periodisch auftretenden Krisen seiner Minderheitsregierung rief Reichskanzler Hans Luther, ein parteiloser Technokrat, in einer Reichstagsplenarsitzung im Januar 1926 den sich befehdenden Parlamentariern in Erinnerung, dass Deutschland doch „irgendwie regiert werden“ müsse. Für diese Bemerkung erntete er öffentlich Hohn und Spott.³ Das beschämende Schauspiel drückt aus, wie tief das Ansehen der regierenden Klasse seit den Tagen Bismarcks gesunken war. Ein weiteres Beispiel für diesen Autoritätsverlust stellen die Annahmen der Amnestiegesetze von 1928 und 1930 für vor 1924 begangene politische Morde dar. Zwar wurde diese Amnestie de jure im Namen von Reichspräsident Paul von Hindenburg ausgesprochen, war aber de facto vom Reichstag (anstatt von den Gerichten) initiiert und von allen Parteien mit Ausnahme der SPD unterstützt worden. Viele Kritiker prangerten diese Maßnahme als eines konstitutionellen Rechtsstaates unwürdig an.⁴ Zur Vermeidung solch chaotischer Situationen und demokratischer Exzesse, die vermeintlich so typisch für die Weimarer Republik gewesen waren, schufen die Väter und Mütter des Grundgesetzes 1948/49 die sogenannte „Kanzlerdemokratie“. Dieses liberale parlamentarische System sollte dem Amt des Kanzlers als föderaler Regierungschef sein Ansehen zurückgeben und die Bil-

derung von „verantwortungsbewussten“ politischen Parteien befördern. Diese hatten nun den Auftrag, größtmögliche Unterstützung nicht nur für sich selbst und ihre Partikularinteressen, sondern auch für den verfassungsmäßigen Staat zu gewinnen.⁵

Im Folgenden sollen die Unzulänglichkeiten dieser konservativen Kritik an der Weimarer Demokratie aufgezeigt werden. Nicht nur leitet sie sich aus einem überholten, dem Staat verpflichteten Historismus ab, der an Fritz K. Ringers „deutsche Mandarine“ und ihre Tradition erinnert.⁶ Sie basiert außerdem auf einem einseitigen Verständnis der deutschen politischen Kultur während der 1920er Jahre. Gewiss kamen und gingen die Kabinette unter dem Weimarer System mit alarmierender Häufigkeit, vor allem im Vergleich mit der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Insgesamt gab es zwischen 1919 und 1933 21 verschiedene Reichsregierungen und 13 Reichskanzler. Außenstehende Beobachter konnten kaum Anzeichen einer „Neuorientierung“ im Verhalten von Koalitions- und Oppositionsparteien gegenüber den parlamentarischen Regierungen und deren Rolle beim Aufbau demokratischer staatlicher Strukturen entdecken, und dies nicht einmal in den politisch ruhigeren, „mittleren Jahren“ der Republik, so das kritische Urteil des Historikers Michael Stürmer und anderer.⁷ Es steht jedoch außer Zweifel, dass Regierungsbildungen auf Reichs- und Länderebene unmöglich gewesen wären, hätte es nicht zumindest eine rudimentäre Bereitschaft zum Kompromiss und zur Koalitionsbildung gegeben. Der Mordanschlag auf Reichsaußenminister Walther Rathenau 1922 durch ehemalige Freikorps-Mitglieder, die Hyperinflation und die Ruhrkrise von 1923, gefolgt von einem kommunistischen Aufstand in Hamburg, Reichsexekutionen gegen linke Koalitionsregierungen in den Ländern Sachsen und Thüringen sowie der gescheiterte Hitler-Putsch in München im Herbst desselben Jahres schufen den Wunsch nach einer stabilen, rationalen Politik als notwendige Entsprechung zur Währungsreform, und dies quer zu den „bisherigen Grenzen zwischen liberalen und konservativen Visionen von Macht“.⁸

Auch die Reichswehr, die zu diesem Zeitpunkt lieber hinter den Kulissen agierte, hatte ein Interesse an der Beendigung des reichsweiten militärischen Ausnahmezustands, den Reichspräsident Friedrich Ebert im September 1923 ausgerufen hatte, und an der Rücknahme der außerordentlichen Exekutivbefugnisse, die dem Chef der Heeresleitung Hans von Seeckt am 8./9. November 1923 verliehen worden waren. Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands am 28. Februar 1924 – und zwar nicht durch zivile Reichsministerien, sondern von Generalstabschef von Seeckt initiiert – war ein einschneidender Moment.⁹ Er ermöglichte die Abhaltung der Reichstagswahlen am 4. Mai (und danach am 7. Dezember) desselben Jahres in einer Atmosphäre relativer Ruhe. Er bewirkte weiterhin die Außerkraftsetzung von Schutzhaftbefehlen, die Aufhebung des Verbots der KPD und verschiedener rechtsextremer Gruppierungen sowie die Wiedererlangung parlamentarischer Souveränität über die Gesetzgebung, die über die folgenden sechs Jahre bestehen blieb. Außerdem kehrten in Bayern, Sachsen und Thüringen verfassungsgemäße Regierungen zurück und die Gewaltenteilung wurde bis zu einem

gewissen Grad wiederhergestellt, nachdem in den Jahren 1923 und 1924 von der bayerischen beziehungsweise Reichsregierung ernannte zivile Staats- oder Reichskommissare diese Länder regiert hatten.¹⁰

Der vorliegende Beitrag untersucht, auf welche Weise die politischen Parteien in den Jahren von 1924 bis 1930 Machtteilung verhandelten und kommunizierten. Einen Schwerpunkt bilden dabei die beachtenswerten Erfolge der Koalitionsregierungen, insbesondere die Verabschiedung eines neuen Reichsgesetzes zur Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung im Jahr 1927. Außerdem soll das Konzept der Koalitionsbildung ausgeweitet und auch auf den Bereich der Direktwahlen angewendet werden, bei denen die Parteien die deutschen Wähler als einen unteilbaren, das gesamte deutsche Volk umfassenden Wahlkörper betrachteten – oder vielmehr die Wähler dazu aufforderten, sich selbst als einen solchen zu sehen. Im Mittelpunkt stehen hier vor allem die 1925 in zwei Wahlgängen durchgeführte Wahl des Reichspräsidenten, welche der ehemalige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg knapp gewann, und die Wahlkampagnen für die Volksentscheide von 1926 und 1929. Beim ersten Plebiszit ging die Linke eine vorübergehende Allianz im Kampf um die Fürstenenteignung ein, beim zweiten taten sich nationalistische und rechtsradikale Gruppierungen kurzfristig gegen den Young-Plan zusammen.

Keine der hier untersuchten Regierungs- oder parteiübergreifenden Allianzen war jedoch stabil oder unumstritten, und so soll im dritten Teil des Beitrages die wachsende politische Fragmentierung während der ausgehenden 1920er Jahre in den Blick genommen werden. Die Forschungsliteratur hat bisher vor allem die zunehmende Zersplitterung der politischen Rechten betrachtet, besonders das schlechte Abschneiden der national-konservativen DNVP bei den Reichstagswahlen von 1928, die schwindende Zustimmung der Wähler für die liberalen Parteien DVP und DDP und den politischen Aufstieg von wirtschaftlichen Interessenparteien des Mittelstandes.¹¹ Doch es gab auch Anzeichen für Brüche innerhalb der Linken. Nicht nur verschlechterten sich die Beziehungen zwischen SPD und KPD, auch spaltete sich die KPD-O (Kommunistische Partei-Opportunisten) von der Kommunistischen Partei ab. Der Beitrag schließt mit dem Versuch einer Erklärung und Bewertung dieser Fragmentierungen. Lag ihre Ursache vor allem in dem Spannungsverhältnis zwischen wirtschaftlichen Beschränkungen und utopischen Erwartungen, wie Detlev J. K. Peukert in seinem bahnbrechenden, 1987 erstmals erschienenen Buch über die Weimarer Republik argumentierte?¹² Oder benötigen wir einen Ansatz, der stärker kommunikative, performative, symbolische und räumliche Dimensionen der politischen Erfahrung berücksichtigt? Thomas Mergel hat dies kenntnisreich in seiner Kulturgeschichte des Reichstages, der höchsten gesetzgebenden Körperschaft der Weimarer Republik, demonstriert.¹³ Dieser Ansatz ist ebenfalls nutzbringend für die Untersuchung der oben erwähnten Reichspräsidentenwahlen von 1925 und der Volksentscheide von 1926 und 1929, bei denen sich alternative, direktere Wege der „Repräsentation des Volkes in seiner Gesamtheit“ herauskristallisierten.¹⁴ Und

schließlich ist zu fragen, wie die Periode der Koalitionsbildung und politischen Fragmentierung zu sehen ist in Bezug auf umfassendere Fragen nach Kontinuität und Wandel, Stabilität und Krise in der Weimarer Republik.

1. Koalitionsbildung im Parlament

Als Friedrich Ebert im Februar 1924 den militärischen Ausnahmezustand aufhob, war das Kabinett des Zentrums politiklers Wilhelm Marx bereits seit einigen Wochen im Amt. Unterstützt durch wechselnde Koalitionsparteien und ein am 8. Dezember verabschiedetes, zeitlich begrenztes Ermächtigungsgesetz hatte die Regierung das Mandat, verschiedene finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen zu erlassen und dadurch schrittweise eine Währungsreform auf den Weg zu bringen. Für eine Analyse der Koalitionsbildung ist es allerdings sinnvoller, den Untersuchungszeitraum etwas später anzusetzen und mit dem Kabinett Marx II zu beginnen, das nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai gebildet wurde. Diese Minderheitsregierung setzte sich aus parteilosen Ministern und Vertretern der drei bürgerlichen Parteien – dem Zentrum, der DDP und der DVP – zusammen. Sie hatte nur 138 der 472 Reichstagsabgeordneten hinter sich und war daher von Fall zu Fall angewiesen auf die Unterstützung entweder der SPD mit 100 Sitzen oder der nationalkonservativen DNVP und anderer rechter Parteien, die etwas mehr als 95 Abgeordnete stellten. Diese Situation war langfristig kaum tragfähig. So wurde der im Mai 1924 gewählte Reichstag schließlich am 20. Oktober 1924 wieder aufgelöst. In seiner letzten Sitzung am 30. August bewilligte er, ohne eine formale Abstimmung, die Einführung der neuen, durch Gold gedeckten Reichsmark und erfüllte damit eine Bedingung des Dawes-Plans.¹⁵

Die Reichstagswahlen am 7. Dezember 1924 führten einen Monat später zum Rücktritt der zweiten Regierung Marx und zur Bildung der ersten Bürgerblock-Regierung mit rein bürgerlicher Kabinettsbeteiligung unter der Leitung des ehemaligen Finanzministers und parteilosen Technokraten Luther und mit den vier wichtigsten rechts von der Mitte angesiedelten Parteien Zentrum, DVP, DNVP und BVP. Diese Regierung kam mit 242, beziehungsweise 274, von 493 Stimmen (je nachdem, ob die linksliberale DDP im Reichstag mitspielte oder nicht) näher an eine Mehrheit heran. Sie konnte sich fast bis Ende 1925 halten, als die DNVP aus Protest gegen die Verträge von Locarno, vor allem den Rhein- oder Westpakt, denen zufolge Deutschland die neuen, nach 1919 gezogenen Grenzen Westeuropas formal anerkennen musste, die Regierung verließ. Kurz darauf billigte der Reichstag die Locarno-Verträge mit den Stimmen der SPD. Doch die Weigerung der Sozialdemokraten, sich in innen- und wehrpolitischen Fragen mit der DVP zu verständigen, verhinderte, zumindest vorläufig, die Bildung einer Großen Koalition.¹⁶ Stattdessen konnte Luther als Reichskanzler mit einer umgestalteten bürgerlichen Minderheitsregierung bis Mai 1926 weiterregieren.

Von Mai 1926 bis Juni 1928 leitete Marx zwei weitere bürgerliche Minderheitsregierungen, die erste ohne Beteiligung der DNVP und ab Januar 1927 die zweite, eine wiederbelebte Bürgerblock-Regierung mit einigen DNVP-Ministern, einschließlich Oskar Hergt als Vizekanzler und Justizminister. Es bleibt umstritten, ob sich die bis dahin stramm antirepublikanische DNVP ab Mitte der 1920er Jahre tatsächlich auf dem Weg hin zu einer „stummen“ oder schrittweisen Parlamentarisierung befand. Diese Entwicklung fand mit den enormen Verlusten unter den Stammwählern bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928 und einer in der Folge deutlichen Verlagerung nach rechts unter dem neuen Vorsitzenden Alfred Hugenberg zweifellos ihr Ende.¹⁷ Die anderen etablierten bürgerlichen Parteien unterstützten von nun an eine Große Koalition unter Führung der SPD, die ihren Stimmenanteil von 26 auf knapp 30 Prozent steigern und somit für sich beanspruchen konnte, die Wahlen nominell „gewonnen“ zu haben. Der SPD-Vorsitzende und Reichskanzler Hermann Müller mit seiner Fünfparteienkoalition aus Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien führte die letzte Regierung der Weimarer Republik, die auf verfassungsrechtlicher und parlamentarischer Grundlage stand. Müllers Nachfolger, der konservative Zentrumsolitiker Heinrich Brüning, der ab März 1930 unter Beteiligung der Mitte-rechts-Parteien eine Minderheitsregierung ohne die SPD leitete, benutzte präsidiale Notverordnungen, um seine Politik auch ohne Reichstagsmehrheit durchzusetzen.

Tab. 3.1 Koalitionsregierungen der Weimarer Republik von 1924 bis 1930

unter der Leitung von	gebildet am	zurückgetreten am	unterstützt von	Nominelle parlamentarische Mehrheit
Wilhelm Marx (Zentrum)	3. 6. 1924	15. 1. 1925	Zentrum, DDP, DVP	138 von 472 Stimmen (= -196)
Hans Luther (parteilos)	15. 1. 1925	5. 12. 1925	Zentrum, DNVP, DVP, BVP, (DDP)	242 (274) von 493 Stimmen (= -9 [+55])
Hans Luther (parteilos)	19. 1. 1926	12. 5. 1926	Zentrum, DDP, DVP, BVP	171 von 493 Stimmen (= -151)
Wilhelm Marx (Zentrum)	16. 5. 1926	17. 12. 1926	Zentrum, DDP, DVP, BVP	171 von 493 Stimmen (= -151)
Wilhelm Marx (Zentrum)	28. 1. 1927	12. 6. 1928	Zentrum, DNVP, DVP, BVP	242 von 493 Stimmen (= -9)
Hermann Müller (SPD)	28. 6. 1928	27. 3. 1930	SPD, Zentrum, DDP, DVP, BVP	301 von 491 Stimmen (= +111)

Quelle: Wahlen in der Weimarer Republik, <http://www.gonschior.de/weimar/>

Gab es bestimmte Muster, nach denen sich diese verschiedenen Koalitionsregierungen zusammensetzten, und wie stellten die Medien sie dar? Und in welchem Umfang spiegelte sich die Erfahrung der Koalitionsbildung auf Reichsebene auch in den Ländern wider? Um die erste Frage zu beantworten, muss zunächst zwischen objektiven Reali-

täten und subjektiven Wahrnehmungen unterschieden werden. Im Nachhinein treten hinter den häufigen Regierungswechseln erhebliche Kontinuitäten auf politischer und personeller Ebene zutage, ebenso wie ein wachsendes Selbstverständnis des Reichstags als eines „sozialen Raums“, in dem Absprachen getroffen und Gesetze gemacht wurden. So bekleidete zum Beispiel Gustav Stresemann den Posten als Außenminister vom 30. November 1923 bis zu seinem frühzeitigen Tod am 3. Oktober 1929 und wurde erst dann durch seinen DVP-Kollegen Julius Curtius ersetzt. Die lange Amtszeit machte ihn zur Verkörperung der Weimarer Außenpolitik der späteren 1920er Jahre. Trotz des Widerstands gegen seinen prowestlichen Ansatz vonseiten der DNVP und der Parteien rechts von ihr (und der extremen Linken) war es ihm möglich, eine Reihe von Erfolgen für sich zu verbuchen: 1924 den Dawes-Plan, 1925 die Verträge von Locarno, 1926 Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, 1929 den Young-Plan und zwischen 1927 und 1930 – fünf Jahre früher als geplant – den Rückzug der Alliierten aus dem militärisch besetzten Rheinland.¹⁸ Otto Geßler von der DDP war als Verteidigungsminister sogar noch länger im Amt (März 1920 bis Januar 1928), während der Zentrumspolitiker Heinrich Brauns volle acht Jahre, vom Juni 1920 bis Juni 1928, als Reichsarbeitsminister diente. Auch andere Politiker bekleideten mehr oder weniger ununterbrochen Ministerämter, wenn auch manche das Ressort wechselten, so beispielsweise Hans Luther (Dezember 1922 bis Oktober 1923 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; Oktober 1923 bis Januar 1925 Reichsfinanzminister; Januar 1925 bis Mai 1926 Reichskanzler); Julius Curtius (Januar 1926 bis Oktober 1929 Reichswirtschaftsminister; Oktober 1929 bis Oktober 1931 Reichsaußenminister); Karl Stingl (November 1922 bis August 1923 und Januar 1925 bis Dezember 1926 Reichspostminister) und Stingls Kollege von der BVP, Georg Schätzel (Januar 1927 bis Mai 1932 Reichspostminister).¹⁹

Im Reichstag entwickelte sich zunehmend eine parlamentarische, parteiübergreifende Kultur, die sich durch eine gemeinsame Semantik und ein gemeinsames Verständnis über eine möglichst effizient durchgeführte Gesetzgebung auszeichnete – mit ein oder zwei zugegebenermaßen bedeutenden Ausnahmen. Historiker weisen hier besonders auf den sogenannten Flaggenstreit vom Mai 1926 hin, bei dem ein vermeintlich trivialer Disput über die Frage, welche Flagge(n) in den deutschen Handelsmissionen und Konsulaten in Übersee gehisst werden sollte(n) – eine Sache von größter symbolischer Bedeutung für Republikaner und Antirepublikaner gleichermaßen –, zu einem Misstrauensvotum und dem Zusammenbruch des zweiten Kabinetts Luther führte.²⁰ Für Franklin C. West und andere Historiker war der Flaggenstreit ein Beispiel unter vielen für das Hauptproblem des Weimarer Vielparteiensystems: „Keine Parteiführung konnte oder wollte Maßnahmen riskieren, welche die Einheit der Partei gefährdet hätten.“²¹ Kompromisse zwischen den Parteien seien nur dann möglich gewesen, wenn sie „die eigenen Prinzipien so wenig wie möglich unterliefen.“²² Diese Sichtweise bedarf allerdings der Revision oder zumindest einer Nuancierung. Vor allem sollte sie nicht darüber hinwegtäuschen, dass – wie Benjamin Ziemann es ausgedrückt hat – die „for-